

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Bfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Serbien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Interlions-Gebühr**  
 beträgt für die schlaggebaltene Rollenrolle oder deren Raum 50 Bfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stündliche) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. April 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Stille Wahlen.

Paris, 17. April. (Fig. Ver.)

Es war vorauszu sehen, daß die diesjährigen Kammerwahlen keine starken Leidenschaften auslösen würden. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur, namentlich einige gute Jahre in der Landwirtschaft wirken politischen Erregungen in den Massen der kleinen Wähler entgegen. Auch wirkt die Macht des Bestehenden zu sehr, als daß der Kampf gegen die republikanische Staatsform, mag er auch in neuerer Zeit von einer feltamen Gruppe von feudalen Standaalbrüdern und anmaßenden Literaten in einem heftigen Stil betrieben werden, in normalen Zeitläuften eine Aussicht haben sollte. Auf der anderen Seite schließt die Verfahrenheit der französischen Arbeiterbewegung einen alle Klassen aufrüttelnden Ansturm des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht aus. Aber dennoch — die vollständige Teilnahmslosigkeit, die das Kennzeichen dieser Wahlperiode ist, übertrifft alle Vermutungen. Am nächsten Sonntag soll Frankreich seine Gesetzgeber wählen, aber jede Morität aus der „Gesellschaft“, die die Sensationsblätter zu melden wissen, scheint die Bürger mehr zu interessieren. Und diese Stumpfheit der Wähler ist nicht nur auf das oberflächliche, nach neuen Verheißungen gerichtete Paris beschränkt. Auch aus der Provinz hört man es bestätigt, daß die Wählerversammlungen nicht so zahlreich wie sonst, daß sie nicht stark besucht und daß sie stimmunglos sind. Es fehlt nicht etwa an Kandidaten. Besonders der Beschluß der Radikalen, überall nur einen Kandidaten aufzustellen, scheint wenig Befolgung gefunden zu haben. Jedoch von einem Kampf, worin politische Ideen zum Ausdruck kommen und entscheiden würden, ist nicht die Rede.

Wo liegen die Ursachen dieser unter der dritten Republik noch nicht gesehenen Apathie? Sicher nicht in einer massenhaften Abkehr von der Republik selbst. Wenn die Leute der „Action Française“ die voraussetzlichen zahlreichen Wahlenthaltungen als Protest gegen das allgemeine Stimmrecht und gegen die auf dieses gegründete Staatsform buchen wollen, so ist das ein ebenso willkürliches Verfahren, wie wenn sich die revolutionären Antiparlamentarier, die jetzt den Wahlkampf der Partei in einigen Wahlkreisen böswillig erschweren, vorbereiten, die Zahl der Enthaltungen als ihren Erfolg auszusprechen. Wohl aber drückt die Gleichgültigkeit der Wähler die Erkenntnis aus, daß der bürgerliche Parlamentarismus fertig ist, daß er seine Fähigkeit, den Staatsapparat im Interesse der Bourgeoisie zu handhaben, eingebüßt hat und seine Regentenrolle in der immer heftiger vom Klassenkampf erschütterten Gesellschaft an besser angepasste, geschmeidigere und gewalttätigere Faktoren abgeben muß.

Dieser Auflösungsprozeß ist in der verflochtenen Legislaturperiode eingeschlossen. Sie hat das Parlament nicht nur in seiner Unfähigkeit, Gesetze zu machen, gezeigt, sondern auch die Sinnlosigkeit der alten Parteiformationen offenbart. Sie hat endlich an die Stelle der parlamentarischen Majoritätsregierungen Regierungen gesetzt, die keine Auslese aus der Majorität mehr waren und die sich wechselnde Gelegenheitsmehrheiten zu schaffen wußten.

Die Wahlen von 1906 hatten der radikalen Partei die absolute Mehrheit verschafft und sie war vor die Aufgabe gestellt, ihr umfassendes Reformprogramm, das ungefähr mit den „Gegenwartigforderungen“ der sozialistischen Parteien übereinstimmt, auszuführen. Aber die innere Schwäche der neuen Majorität zeigte sich sofort. Das Wahlergebnis hatte ein Sieg des „Combismus“ über den „Clemencismus“ geschienen, aber die durch die Achttundenbewegung der Arbeitskonföderation erzeugte Panik genügte, um die bürgerliche Diktatur Clemenceaus der Unterstützung aller Radikalen mit Ausnahme des Flügels Pelletans zu versichern. „Gesellschaftsrettung“ war dann die Aufgabe, die die Ministerien Clemenceau und Briand in den Vordergrund stellten und mit unerhörten Blutopfern, mit der Konfiskation von Bürgerrechten und mit dem Ausbau des Polizeiautokratismus besorgten. Der Reformkarran blieb tief im Dreck stecken. Die alten radikalen Forderungen wurden entweder auf ein totes Glas geschoben oder von der Regierung ganz offen preisgegeben, wie z. B. die Abschaffung der Todesstrafe. Das einzige wirtschaftliche Gesetz von Bedeutung, die Verstaatlichung der Westbahn, war unter der Hand zu einer ungeheuren Liebesgabe an die Aktionäre geworden, die einzige sozialpolitische Leistung, die Altersversicherung, ist die bedenkenlose Verpfeifung des von der vorletzten Kammer beschlossenen Gesetzes. Auf der Strecke blieben die Reform der Kriegsgerichte wie die Einkommensteuer, das Beamtenstatut und selbst das Gesetz zum Schutze der Laienschule. Der parlamentarische Apparat geriet in eine immerzu wachsende Desorganisation und fing erst unter den Klängen der letzten Stunde zu laufen an. Nicht einmal so viel Klugheit haben die Deputierten beisehen, der durch die Erhöhung der Indemnität provozierten Demagogie durch die Abschaffung der Bezirkswahl oder auch nur durch die Durchsetzung des Gesetzes gegen die Wahlkorruption entgegenzuwirken.

Die Vermischung aller bürgerlichen Parteien bei den wichtigsten Abstimmungen hat den Wählern gezeigt, daß es im Grunde gleichgültig ist, welche politische Etikette bei den

Wahlen den Sieg davon trägt. Und die jegige Wahlagitatio kann diese Meinung nur bestätigen. Die Wahlausrufe der Radikalen und der — mehr rechts sitzenden — Demokraten sind kaum auseinanderzuhalten. Der einzige bemerkenswerte Unterschied, die Stellung zu den Sozialisten — die „Demokraten“ sind deren unbedingte Gegner, die Radikalen wollen nur die „Antipatrioten“ aus der republikanischen Familie ausschließen — läuft nur auf eine verschiedene Stichwahlparole hinaus. Die Kandidaten der demokratischen Allianz lassen die „soziale Republik“ ebenso hochleben wie die Radikalen die „Utopien“ verdammen und die Verteidigung des Eigentums versprechen. Und die Programme der zahlreichen „unabhängigen“, sämtlich eigentums- und ordnungsfreundlichen, „wahrhaft republikanischen“, wahrhaft liberalen, wahrhaft sozialreformatorischen Kandidaten bilden einen ganz sachten Uebergang zu den Prinzipien der Progressisten, die nur noch Republikaner aus Konservatismus, Liberalen aus Merikalismus sind.

Was Wunder, wenn die Wähler sich um keiner Parteicouleur willen mehr aufregen wollen und sofern sie vom Kandidaten keine persönliche Gefälligkeit zu erwirken haben, meinen, es laufe doch auf eins hinaus, wie der Herr heißt, der in der Kammer für die Vertrauensvoten stimmt. Der Tiefstand des politischen Interesses in diesem Wahlkampf zeigt sich in der Rolle, die die Frage der 15 000 Frank in den Wählerversammlungen spielt und in dem geringen Erfolg der von Angehörigen aller Parteien mit beedem Eifer eingeleiteten Agitation für den Proporz. Das Bürgertum will vom Staate einen energischen Schutz seiner Profitinteressen und sieht diese bei einer starken realpolitischen Anpassungsregierung besser gewahrt als bei einer souveränen Parlamentsmehrheit, deren Angehörige teils aus Gründen des Wahlinteresses, teils aus ideologischen Motiven einen Gang zu sozialer Sentimentalität bewahren. Sie erwarten die direkte Aktion von oben, die man anders das persönliche Regiment nennt.

Sicherlich ist das nicht die Stimmung des ganzen Landes. Besonders im Süden hat sich im Vauerntum eine demokratische Kerntruppe behauptet, die noch immer den Glauben an die Möglichkeit einer gegen den Merikalismus wie gegen das Großkapital gerichteten radikalen Parlamentspolitik festhält. Aber es ist natürlich, daß der politische Nihilismus der Kleinbürgerlichen Massen dort am stärksten ist, wo die Klassenbewegung des Proletariats ihre heftigsten Formen angenommen hat. So hat die Wahlaktion der gemäßigten sozialistischen Partei diesmal mit gesteigerten Schwierigkeiten zu rechnen. Der kommende Sonntag wird zeigen, welche Kraft die Partei gegen sie und gegen andere, aus Desorganisationstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse selbst geborene Hindernisse aufbieten kann.

## Die Minister können uns sonst was!

Wie wir bereits mitteilten, beschloß die Herrenhauskommission, in das Wahlgesetz die Bestimmung hineinzubringen, daß künftige Wahlreformen von den beiden Häusern des Landtags nur noch mit Zweidrittelmehrheit beschloffen werden können. Dazu wird heute noch die interessante Mitteilung gemacht, daß Herr v. Bethmann Hollweg selbst in der Kommission vor einem solchen Beschluß mit aller Entschiedenheit gewarnt habe. Die erlauchten und edlen Herren schlugen die Warnung jedoch in den Wind.

Daß der preussische Ministerpräsident sich so lebhaft gegen diese neue reaktionäre Provolation wendete, erklärt sich schon aus seinem Wunsche, unter allen Umständen ein Wahlgesetz zustande zu bringen. Daß aber ein Gesetz, das mit der von der Herrenhauskommission beschlossenen Bestimmung verknüpft wäre, im Abgeordnetenhause unmöglich auf Annahme rechnen könnte, darüber ist sich auch der Philosoph der gottgewollten Abhängigkeiten nicht einen Augenblick im Zweifel! Die geborenen Befehlgeber nahmen freilich auf die staatsmännischen Erwägungen des Ministerpräsidenten nicht die geringste Rücksicht, sie verfuhrten nach dem junkerlichen Motto des Herrn Dieß-Daber: Die Minister können uns sonst was!

Und nicht nur in diesem Punkte. Um den Nationalliberalen die blau-schwarze Bettelstuppe gemehbar zu machen, hat Herr v. Bethmann Hollweg darum, die Drittelwahlbezirke recht groß zu machen. Die Kommission belieh es jedoch bei dem bereits im Abgeordnetenhause von den Konservativen angebotenen Kompromiß: sie beschloß, in Orten von 10 000—20 000 Einwohnern die Drittelwahlbezirke auf 1740—3490; in Orten von mehr als 20 000 Einwohnern auf 3490—5240 Personen zu bemessen. Das dürfte für das Zentrum zu viel und für die Nationalliberalen zu wenig sein!

Schließlich beschloß die Kommission noch in Sachen der Regimierung das folgende:

„Uebersteigt die Staatseinkommensteuer eines Wählers die Summe von 3000 Mark (in den Bezirken des Abgeordnetenhauses war die Summe auf 5000 M. festgesetzt), in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Summe von 6000 Mark (das Abgeordnetenhause hatte 10 000 M. festgesetzt), so werden die überschüssigen Staatssteuerbeträge nicht angerechnet.“

Wenn das Herrenhaus diesen Beschlüssen der Kommission beitrifft, erscheint die Wahlreform allerdings aufs äußerste gefährdet.

## Polizei-Auslagen.

Aus den Verhandlungen des Prozesses wider den Ausschüß Lange und den Richter Hittkowski vor der achten Strafkammer des Landgerichts Berlin I, über den wir gestern schon summarisch berichteten, tragen wir heute noch das Folgende nach:

Nach der Darstellung, die Polizeileutnant Altrogge als Zeuge gab, sind seine Beamten und er selbst in der ruhigsten und maßvollsten Weise gegen die aus einer Fetter-Protestversammlung bei Keller kommende, durch die Adalbertstraße ziehende Menge vorgegangen. In der Presse sei behauptet worden, die Schulleute seien mit hoch erhobenen Säbeln gegen die Menge vorgegangen. Das sei nicht wahr. Von seinen Beamten habe nur ein einziger, der Schuttmann Müller, den Säbel gezogen, den er aber auf Befehl des Leutnants wieder habe einstecken müssen. Die Menge habe zum großen Teil aus Janagel bestanden, es sei gejohlt und geschimpft worden, noch ehe die Polizei vorging, es seien auch — doch das weiß der Zeuge nur vom Hörensagen — Steine, Bierflaschen und andere Gegenstände aus den Fenstern nach den Schulleuten geworfen worden. Er selbst sei sämtlich bedrängt worden. Ein Menschenmüdel habe ihn in die Mitte genommen und eine drohende Haltung gegen ihn eingenommen. Durch Arbeiter, die ihm aus dem Gewerkschaftshause bekannt seien, sei er aus der bedrohlichen Situation befreit worden. Ein junger Burche habe die Freiheit geholt, ihm „Hut Hund“ ins Gesicht zu rufen. Den habe er dann ergriffen, geohrfeigt, wie in der Presse gesagt worden sei, habe er niemand. Sechs Beamte seien durch Steinwürfe verletzt worden, einer sei infolge dessen mehrere Wochen krank gewesen.

Einiges von den Angaben des Polizeileutnants Altrogge wurde auch von anderen Zeugen bestätigt. So will ein Zeuge Kolberg aus Fenster seiner Wohnung in der Adalbertstraße gesehen haben, wie Polizeileutnant Altrogge von einem Menschenmüdel bedrängt wurde. — Fleischbespanner Glöckner sagte: Die Beamten hätten mit Ruhe die Leute zurückgedrängt. Als ein Mann abgeführt wurde, sei aus der Menge gerufen worden: Haut die Schulte, die Blut hunde, steht sie über den Haufen!

Eine Reihe anderer Zeugen gab dagegen ein wesentlich anderes Bild von dem Verhalten der Polizeibeamten. Sassenbach beklagte, daß die Polizei den Hof des Gewerkschaftshauses, der ein Teil des Restaurationslokals ist, räumen wollte. Er fragte den Polizeileutnant Altrogge, ob er denn das Recht zu haben glaube, gegen den Willen des Hausverwalters so vorzugehen. Polizeileutnant Altrogge habe das bejaht, habe aber doch von der Räumung Abstand genommen. Die Frage: ob Polizeileutnant Altrogge ruhig und kaltblütig gewesen sei, beantwortete Sassenbach mit den Worten: Ich kenne den Herrn Polizeileutnant seit vielen Jahren als tatvollen Beamten. Bei dieser Gelegenheit aber war er so aufgeregt, wie ich ihn noch nie gesehen habe.

Zeuge Joseph stand an einer Haltestelle der Straßenbahn. Ein Schuttmann forderte ihn auf, fortzugehen. Als er einwandte, er warte auf die Straßenbahn, habe ihn der Schuttmann fortgezerrt. Ein Polizeileutnant habe ihn an die Brust gepackt und daran geschüttelt, daß dem Zeugen die Knöpfe vom Rock sprangen. Danach habe er noch einen Stoß bekommen.

Zeuge Trübler beklagte, als er in der Tür seines Grünramkellers stand, sei er von einem Beamten — von welchem weiß er nicht — gestoßen worden, so daß er rückwärts die Treppe hinunterfiel. Fabrikbesitzer Arndt sah in der Köpenicker Straße auf dem Damme einen Schuttmann mit wutverzerrtem Gesicht stehen, der mit dem Säbel fußtelte, dann auf eine etwa 30 Schritt entfernte, stehende Person losstürzte und einen wuchtigen Hieb nach der Person führte. Die Person wich aus und der Schuttmann wurde infolge dessen durch die Wucht des Hiebes noch einige Schritte vorwärts getrieben.

Zeuge Fischer hat gesehen, daß dreizehn Schulleute die Menge attackierten und Leute, die vor ihnen gestochen waren, aus den Häusern holten.

Dies Urteil, das wir gestern schon mitteilten und das die Strafe der Vorstrafen erheblich verschärft, fällt sich, wie viele andere, lediglich auf die mit großer Sicherheit abgegebenen Aussagen von Polizeibeamten. Und doch hat dieser Prozeß bewiesen, daß man aus der Sicherheit, mit der Polizeibeamte in der Regel ihre Aussagen zu machen pflegen, keineswegs die objektive Wahrheit solcher Aussagen für erwiesen ansehen darf. Das hat uns in diesem Falle die ebenfalls mit sehr großer Bestimmtheit abgegebene Aussage des Polizeileutnants Altrogge bewiesen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß er seine Aussage in gutem Glauben gemacht hat. Dennoch ist sie in mehreren wesentlichen Punkten objektiv un wahr. Ueber die hier in Rede stehenden Vorgänge in der Adalbertstraße haben wir am 19. Oktober v. J. einen ausführlichen Bericht auf Grund eigener Beobachtung gebracht. Polizeileutnant Altrogge irrte, wenn er behauptet, nur einer von seinen Schulleuten hat den Säbel gezogen. Wir haben gesehen, daß die Menge, zum Auseinandergehen aufgefordert, zurückwich. Als zwischen ihr und der Schuttmannskette schon ein Raum von der Breite mehrerer Häuserfronten war, rannten 6—8 Schulleute zu Fuß mit gezogenen Säbeln hinter der Menge her. Die Schulleute hieben mit Häuten und Säbelgriffen von hinten auf die fliehenden und warfen einige zu Boden. Daß diese Tatfache dem Polizeileutnant Altrogge entgangen ist, zogt nicht dafür, daß er imstande wäre, zutreffende Beobachtungen zu machen. Wenn Polizeileutnant Altrogge behauptet, er habe niemand geschlagen, so hat ihn sein Gedächtnis hier verfehlt im Stich gelassen. Wir haben gesehen, daß er einem Mann, der zu der Vordachswelle stand — weshalb wissen wir nicht — zwei kräftige Schläge an den Kopf verfeigte. Daß Herr Altrogge sich auf wenige Augenblicke in einem Menschenmüdel befand, ist richtig. Daß diese Menschen ihn anzugreifen wüßten machten, ist dagegen ein Irrtum. Es war nach dem eben erwähnten Vorfall, als einige Leute den Polizeileutnant umringten und auf ihn einredeten. Der Menschenmüdel teilte sich aber und ließ den Polizeileutnant ungehindert durch, sobald dieser den Versuch machte, weiterzugehen. — Wenn schon die gewiß in gutem Glauben gemachten Angaben eines Polizeileutnants den objektiven Tatsachen so sehr widersprechen, was kann man dann auf die Beobachtungen und Befundungen einfacher Schulleute geben.

## Der Polizeipräsident vor dem Bezirksauschuß.

Western verhandelte der Bezirksauschuß des Stadtkreises Berlin die Klage, welche Genosse Ernst gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten angebracht hat, durch welche die nachgeordnete Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Aufzügen am 6. März verfügt worden

ist. Die Verhandlung drehte sich lediglich um die Rechtsfrage: Steht die angefochtene Verfügung des Polizeipräsidenten mit dem § 7 des Vereinsgesetzes in Einklang? Dieser bestimmt, daß die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel nur dann verweigert werden darf, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann, der den Kläger vertrat, führte unter anderem aus: Der Polizeipräsident habe die Befugnis der Genehmigung nur durch allgemeine Sentiments zu begründen versucht. Tatsachen, welche seine Annahme, die öffentliche Sicherheit könne gefährdet werden, rechtfertigen könnten, lagen nicht vor. Der Polizeipräsident verweise darauf, daß am 13. Februar öffentliche Aufzüge ohne seine Genehmigung stattgefunden haben. Das möge ein Grund sein, die Veranstaltung dieser Aufzüge wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zur Rechenschaft zu ziehen, aber ein Grund, die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel am 6. März zu untersagen, sei es nicht. Man könne doch nicht folgern, die Leute, welche vielleicht am 13. Februar das Vereinsgesetz übertreten haben, würden am 6. März die öffentliche Sicherheit gefährden. Der Polizeipräsident habe auch behauptet, bei dem Zuge nach dem Humboldtplatz am 13. Februar seien Gewalttätigkeiten vorgekommen. Das sei nicht richtig. Allerdings habe an jenem Tage, lange nach Schluß der Demonstration im Humboldtplatz ein Zusammenstoß einer Menschenmenge mit Schülern in der Karllstraße stattgefunden. Gewalttätigkeiten habe die Menge aber nicht verübt, sondern nur geschimpft. Die Personen, welche an diesem Vorkommnis beteiligt waren, hätten außerdem nicht zu den Demonstranten gehört. Der Kläger sei der Meinung, daß diese Personen unter dem Einfluß von Polizeibeamten gehandelt haben. Daß diese Annahme begründet sei, das beweise ein Urteil des Landgerichts vom Januar 1908, worin gesagt wird, die Angeklagten hätten behauptet, daß sich Kriminalbeamte im Zuge befänden und die Menge zu Gewalttätigkeiten aufreizten. Manches spreche für diese Behauptung der Angeklagten, doch sei sie nicht schlüssig erwiesen.

Anlaß der nicht genehmigten Versammlung habe am 6. März die Demonstration im Tiergarten stattgefunden. Diese sowohl wie auch die Züge nach dem Tiergarten seien ohne jede Störung der öffentlichen Sicherheit durch die Demonstranten verlaufen. Das sei bedeutungsvoll und deswegen, weil diese Demonstration die Antwort gewesen sei auf das zu Unrecht erfolgte Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel. Selbst die gänzlich unmotivierten scharfe Attacke, welche die Schulleute im Tiergarten gegen die Demonstranten ritten, habe diese nicht so in Erregung gebracht, daß sie die öffentliche Sicherheit zu gefährden geneigt gewesen wären. Auch bei den mit polizeilicher Genehmigung am 10. April veranstalteten Demonstrationen sei alles in größter Ordnung verlaufen. Wenn man das alles berücksichtige, müsse man sagen, daß keine Tatsachen vorliegen, aus denen der Polizeipräsident hätte folgern können, daß am 6. März die öffentliche Sicherheit durch Versammlungen unter freiem Himmel gefährdet gewesen sei. — Nachdem nun der Polizeipräsident die Versammlungen am 10. April genehmigt habe, könne nicht mehr gesagt werden, daß sein früheres Verhalten dem Gesetz entspreche habe.

Der Vertreter des Polizeipräsidenten, Regierungsrat Kartgraf, bestritt, daß der Polizeipräsident seine Verfügung nur mit Sentiments begründet habe. Auch sei es nicht richtig, daß der Polizeipräsident bei Nachsicht der Genehmigung zum 6. März erklärt habe, er werde grundsätzlich solche Veranstaltungen nicht genehmigen. Weder unter dem preussischen noch unter dem Reichsvereinsgesetz sei es dahin eine Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen nachgesucht worden. Es sei ein Axiom gewesen, als der Kläger mit seinem Gesuch an den Polizeipräsidenten herantrat. Es habe also sehr überlegt werden müssen, ob die Genehmigung zu erteilen sei. Schon die bloße Ansammlung von großen Menschenmassen bringe Gefahr mit sich. Der Vertreter berief sich in dieser Hinsicht auf einige sehr weit zurückliegende Vorgänge, die mit dem Vereinsgesetz nichts zu tun haben. Er griff zurück bis zu einem Vorfall im Jahre 1872, wo bei der Dreikaiser-Jubiläumsspektakel in der schaulustigen Menge vor dem Schloß einige Personen erdrückt wurden. Ferner verwies er auf Ausschreitungen, die in den Jahren 1894 und 1899 nach Arbeitslosenversammlungen vorlägen und schließlich zog er die bekannten Vorgänge am Tage des Einzuges des Königs von England im Jahre 1907 heran, wo Arbeitslose in den Straßen einige Ausschreitungen begingen, die damals zwar von der Polizei stark aufgebeugt, vor Gericht aber als nicht sehr erheblich festgestellt wurden. Es scheint, daß dies die Tatsachen sein sollen, die dem Polizeipräsidenten Anlaß zu der Befürchtung gaben, es könne die öffentliche Sicherheit gefährdet werden, wenn die Sozialdemokratie am 6. März 1910 Versammlungen unter freiem Himmel abhalten dürfe. Schließlich behauptete der Vertreter des Polizeipräsidenten noch, vor dem 6. März sei es nicht so ruhig gewesen, daß die nachgesuchte Genehmigung hätte erteilt werden können. Damals hätte es nur eines kleinen Anreizes bedurft, um Ereignisse zu veranlassen.

Rechtsanwalt Heinemann erwiderte: Die vom Vertreter des Polizeipräsidenten angeführten früheren Vorgänge seien für den vorliegenden Fall bedeutungslos. Weder die Vorfälle bei einem Hoffest, noch die Ereignisse nach den Arbeitslosenversammlungen im Jahre 1894, die von einem Manne einderufen wurden, der, wie nachgewiesen, mit der Polizei in Verbindung stand. Ferner von Bedeutung sein für die Beurteilung dessen, was sich anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung im Jahre 1910 zutragen würde.

#### Urteil

Das Bezirksauschusses erging dahin: Die angefochtene Verfügung des Polizeipräsidenten verstößt nicht gegen § 7 des Vereinsgesetzes. Die tatsächlichen Verhältnisse, welche vor dem 6. März bestanden, rechtfertigten die Verfügung. Die Klage wird deshalb auf Kosten des Klägers abgewiesen. — Die Begründung des Urteils schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vertreters des Polizeipräsidenten an und betont, daß Vorgänge, die sich nach dem 6. März abgespielt haben, nicht zur Begründung der Klage geltend gemacht werden können. Nur was vor dem 6. März geschehen sei, könne als Begründung in Frage kommen.

Vor dem Oberverwaltungsgericht kann dies Urteil unmöglich handhaben. Von einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit kann nicht die Rede sein. Das ergibt sich ja schon aus den Darlegungen des Regierungsrats Kartgraf, der allerlei mit dem Wahlrechtskampf in keinerlei Beziehungen stehende Dinge aus einem Menschenalter rückwärts zusammenfachte, um der Verweigerung der Genehmigung den Schein einer Berechtigung zu geben. Der feinste objektive Beobachter dürfte irgend einen Zusammenhang der Genehmigungsverlegung für die sozialdemokratische Demonstration mit dem Erdrücktwerden von Hinterpatrioten bei Gelegenheit der Dreikaiserjubiläumsspektakel und mit den anderen Dingen, die rückwärts bis zum Jahre 1872 angeführt wurden, schwerlich herausfinden können. Geht man nun an, daß die Polizei zu ihrer Rechtfertigung gar auf die Unruhen hingewiesen hat, die aus Anlaß der Arbeitslosenversammlung im Jahre 1894 durch die Polizei hervorgerufen sind. Mit Polizeigeld zief damals Brand, ein im Dienste der Polizei stehendes Individuum, die Versammlung ein. Und unter die Menge wurden Polizeibeamte in schlechter Zivilkleidung gemischt, die auf harmlose Leute losließen, um, wie gerichtlich festgestellt wurde, Verwirrung herbeizurufen. Dabei trafen die Kriminalbeamten auch manchen ihrer Kollegen — schade um jeden Dieb, der da vorbeiging — weil

sie sie nicht erkannten. Und das wird zur Begründung des v. Jagow-Erlasses angeführt!

Unter dem alt-preussischen Vereinsgesetz war eine öffentliche Versammlung in der Residenz und ihrer nächsten Umgebung überhaupt unmöglich. Die Veränderung der Rechtsverhältnisse mag für Beamte, die sich von Alleingelübten nicht lösen können, etwas schwierig sein, aber verlangt werden muß doch, daß der Respekt vor einem Reichsgesetz so weit geht, daß es seinem Wortlaut und Inhalt nach angewendet wird. Der Reichstag hat ausdrücklich gestrichen, daß schon die Befürchtung einer Gefahr für die öffentliche Ordnung zur Veragung der Genehmigung berechtigen solle. Und nichts darüber hinausgehendes ist im Urteil angeführt. Nach dem Gesetz aber muß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus der Veranstaltung des Aufzuges oder aus der Abhaltung der Versammlung zu befürchten sein, falls die Genehmigung verweigert werden darf. Diese Furcht muß durch Tatsachen begründet werden. An Stelle dessen hat der Bezirksauschuss die gesamte politische Situation, also die aus ihr gefolgerte Furcht der Konservativen gesetzt.

Öffentliche Sicherheit und Konservative sind doch keineswegs identisch. Eine Gefahr für die Konservativen bedeutet nicht weniger als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Wichtig ist, daß die Konservativen eine Gefahr für sie aus den Wahlrechtsänderungen befürchteten. Diese Furcht beruht auf dem bösen Gewissen der Konservativen. Der Rechtsweg im Vereinsgesetz ist aber nicht gegeben, um diese in Schutz zu nehmen, sondern um den Weg für die frei zu geben, die auf Befestigung der Ursachen hinstreben, welche das böse Gewissen der Konservativen hervorgerufen. Die Begründung des Bezirksauschusses enthält lediglich politische Erwägungen, die einem Gerichtsurteil fern bleiben sollten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April 1910.

### Fortsetzung der Reichsversicherungsdebatte.

Aus dem Reichstag. 19. April. Die Debatte über die Reichsversicherungsordnung wurde fortgesetzt. Für die Polen erklärte Herr Kulersti, daß seine Partei gleichfalls keinen Grund für die Einführung der Halbierung der Beiträge und der Verwallung der Krankenkassen zwischen Arbeitern und Unternehmern entdecken könne. Er wies auch darauf hin, daß sogar viele Unternehmer sich gegen eine solche Vorkerbung ausgesprochen haben. Auch der Zentrumsgewerkschaftsführer, betonte schärfer als sein Parteigenosse Spahn, daß er für die geplante Entziehung der Arbeiter in den Krankenkassen nicht zu haben sei. Dann glaubte Herr Veder aber auch noch die volkswirtschaftliche Kritik an der Witwen- und Waisenpolitik des Zentrums einkräften zu können. Dabei entfuhr ihm dann das Eingeständnis, daß seine Partei ganz ohne Rücksicht auf das Schicksal der Witwen- und Waisenversicherung oder der sogenannten Ver Trimborn dennoch für die Zollgesetze des Jahres 1902 eingetreten sein würde, weil sie diese Zollpolitik an sich für eine wirtschaftliche Notwendigkeit halte. Damit ist dem endgültig der auch von Herrn Mugdan wieder ausgesprochenen Legende ein Ende gemacht, als ob durch Ablehnung der Ver Trimborn durch die Sozialdemokratie das Zentrum zur Ablehnung des ganzen Zolltariffs hätte veranlaßt werden können. Der nationalliberale Dr. Krüning, von Beruf selber Arzt, ließ sich in seiner Rede dann besonders die Verteidigung der freien Arztwahl bei den Krankenkassen angelegen sein, bei welcher Gelegenheit er mit großem Eifer für das Koalitionsrecht der Ärzte sich ins Zeug legte. Schade nur, daß seine Partei für das Koalitionsrecht der Arbeiter keineswegs sich erwärmt. Um 6 Uhr wurde die Debatte auf Mittwoch vertagt.

### Zahlenjongleure.

Der zahlenmäßige Nachweis, wie stiefmütterlich das Schulwesen in Preußen im Vergleich zur Kirche behandelt wird, den unser Genosse Hoffmann im Abgeordnetenhaus erbracht hat, ist der Regierung und den herrschenden Parteien höchst unangenehm. Da sie aber die Nichtigkeit der Zahlen selbst nicht bestreiten können, suchen sie durch allerhand Jongleurkunststücke das Volk über die Wahrheit zu täuschen. Den Anfang damit machte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Dienstag der konservative Abgeordnete Winkler, der sich mit einigen witzig sein sollenden Redewendungen über die Zahlen hinwegsetzte. Ihm folgte der Kultusminister v. Trott zu Solz, der getreu dem Grundsatz: „Eins, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Hexerei“ von den Ausgaben für die hohe Geistlichkeit die nahezu 15 Millionen für Befoldungsverbesserungen abzieht und in dem Gefühl ministerieller Selbstherrlichkeit und in dem Bewußtsein eines Zauberkünstlers siegesbewußt fragt, wo denn die Steigerung der Ausgaben für die Kirche ist. Das Publikum, die konservativ-kerikale Landtagsmehrheit, brüllte ihm Beifall und macht sich lustig über den sozialdemokratischen Redner, der scheinbar eine Niederlage erlitten, aber in Wirklichkeit recht behalten hat. Mit solchen Mitteln glaubt man die sozialdemokratischen Anklagen widerlegen zu können. Arme Regierung! Armer schwarzblauer Volk! Des' Geistes sind insbesondere der neue Kultusminister ist, zeigt seine Bemerkung, daß gerade diejenigen Klassen, die hauptsächlich ihre Kinder in die Volksschulen schicken, nichts oder nur sehr wenig zu den direkten Steuern beitragen. Eine Erwiderung an dieser Stelle erübrigt sich, dazu wird sich wo anders besser Gelegenheit bieten.

Im übrigen betrugte sich die Generaldebatte zum Kultusetat ganz in den alten, abgetretenen Gleisen. Konservative und Zentrum betonten einmal über das andere, daß für sie der Religionsunterricht die Hauptsache bleibt, der Minister pflichtete ihnen natürlich bei. Zwischen durch brachte der Däne Rissen leider nur allzu berechtigte Beschwerden aus der Nordmark zur Sprache, wo die Erteilung des Religionsunterrichts in dänischer Sprache verboten ist; der Minister wies die Klagen natürlich zurück. So wiederholt sich Jahr für Jahr daselbe Trauerspiel, und es wird auch nicht anders werden, bevor nicht die konservativ-kerikale Herrschaft gebrochen ist.

Bemerkenswert ist die Mitteilung des Ministers, daß jetzt endlich die Medizinalabteilung vom Kultusministerium abgetrennt und dem Ministerium des Innern angegliedert werden soll.

Zum Schluß begann das Haus noch die Beratung des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“, vertagte aber die Debatte schon kurz nach ihrer Eröffnung.

### Die Reichstagsdispositionen.

Im heutigen Seniorenkongress berichtete der Reichstagspräsident von seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler über die großen Sommerferien des Reichstages und die Gesetzentwürfe, die vor Eintritt der großen Ferien noch erledigt werden sollen. Der Reichskanzler ist offenbar sehr wenig davon erbannt, daß der Reichstag einmütig den Eintritt der großen Ferien vom Himmelstags an wünscht, er findet, daß das Verlangen der Gesetzentwürfe, das unerledigt bleibt, ein zu großes sei. Vor allen Dingen wünscht er,

daß der Reichstag noch den Kaligesehtentwurf, die Entwürfe über die Zuwachsteuer, die Werner Konvention, den schwedischen Handelsvertrag, die Abänderung des Reichsgeldbuches, die Ausgaben für Süd-West-Afrika und den Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichts erledige. Im Seniorenkongress war man einstimmig der Ansicht, daß der letztere Gesetzentwurf in Anbetracht der großen Ferien, die gegen denselben vorhanden seien, kaum vor dem Herbst erledigt werden könne. Die übrigen Gesetzentwürfe glaubte man noch durchberaten zu können, falls die Kommissionen rechtzeitig mit ihren Arbeiten fertig würden. Um den Kommissionen ihre Arbeit zu erleichtern, sollen nach Beendigung der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung die Plenarverhandlungen wieder um 1 Uhr statt wie bisher um 12 Uhr beginnen. Weiter hofft man noch das Stellenvermittlungsgesetz und einige andere Gesetzentwürfe bis zum Eintritt der Ferien fertigstellen zu können. Der Reichskanzler ist damit einverstanden, daß die Kommissionen für die Reichsversicherungsordnung und für die Justizgesetze den Sommer über tagen und daß eine Vorlage wegen Ertrag der Unkosten der Kommissionsmitglieder eingebracht werde.

Nach Abschluß der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung sollen die Wahlprüfungen und der Initiativantrag über die Veteranenbeihilfe erledigt werden.

Der Reichskanzler ist bereit, den Reichstag zum 8. November wieder einzuberufen.

### Suche nach einem geborenen Verbrecher.

Die Ausschleißkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erregt mit ihrem wunderlichen Beschluß, nach dem es zulässig sein soll, einen Landtagsabgeordneten auf 6 bis 12 Tage aus den Sitzungen auszuschließen, ihn gewaltsam aus dem Sitzungssaal zu entfernen und den Eintritt in den Sitzungssaal gewaltsam zu hindern, nicht nur Heiterkeit. Der Beschluß kennzeichnet vielmehr die Herren, die ihn gefaßt haben, tiefer als die schärfste Kritik es könnte. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist Sache des Hauses selbst. Sie darf aber noch übereinstimmender Ansicht auch der konservativsten Staatsrechtslehrer mit keiner preussischen oder deutschen Rechtsnorm in Widerspruch stehen. Insbesondere darf sie gegen kein Strafgesetz verstoßen. § 105 des Strafgesetzbuchs bedroht mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer den, der es unternimmt, Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaates aus der Versammlung gewaltsam zu entfernen. Bei mildernden Umständen läßt das Gesetz Festungshaft nicht unter einem Jahre zu. § 106 des Strafgesetzbuchs bedroht die gewaltsame Behinderung eines Mitgliedes einer gesetzgebenden Versammlung an der Ausübung seines Stimmrechts mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer. Bei mildernden Umständen kann auf Festungshaft bis zu 2 Jahren erkannt werden. Die Kommission des Abgeordnetenhauses mettet ihrem Präsidenten also zu, um das Abgeordnetenhaus sozialistischer zu halten, Verbrechen gegen §§ 105 oder 106 des Strafgesetzbuchs zu begehen. Dem Herrn Kröcher mag allerlei zugemutet werden, aber die Zumutung, Verbrechen, die mit Zuchthaus bedroht sind, zu begehen, würden wir uns nicht getrauen an ihn zu stellen.

Bekanntlich ist während der Zolltariffkämpfe von der Brotzollmehrheit bei der Niedertrompelung der Geschäftsordnung unter anderem auch in die Geschäftsordnung des Reichstags eine Bestimmung eingeführt, die die Verweisung eines Abgeordneten aus dem Sitzungssaal zuläßt. Die Rechtswidrigkeit dieses Beschlusses betonten wir bereits bei Erlass dieser Bestimmung. Und in der Tat hat sich dann auch gezeigt, daß diese Bestimmung lediglich auf dem Papier stehen kann. Einmal — am 4. Dezember 1903 — wurde versucht, von der Bestimmung Gebrauch zu machen. Genosse Singer hatte um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten. Der Präsident Graf Ballesirem vereinbarte mit ihm, er solle das Wort nach Abschluß der Debatte über eine bestimmte Zolltariffnummer erhalten. Inzwischen hatte Graf Stolberg das Präsidentenamt übernommen. Er gab dem Genossen Singer das Wort zur Geschäftsordnung nicht, mißachtete das wiederholte Verlangen nach Worterteilung zur Geschäftsordnung und verfiel sich gar dazu, von dem neuen Geschäftsordnungsparagrafen gegen den Genossen Singer Gebrauch zu machen. Er verwies ihm die Sitzung. Genosse Singer blieb trotz des wütenden Getobes der Brotzollmehrheit im Saal. Der Präsident vertagte die Verhandlung auf eine halbe Stunde. Selbstverständlich erschien auch Genosse Singer nach der Vertagung im Sitzungssaal. Der Präsident mußte zugeben, daß ihm ein Mißverständnis zur Last falle, wollte seine ungerechte Maßregel aber nicht zurücknehmen, gab aber zu, daß ihm irgendein Mittel, den Genossen Singer aus dem Saale zu entfernen, nicht zu Gebote stehe.

Aus dem Beschluß der Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses geht hervor, daß diese nun einen dummen und starken, aber auch verbrecherischen Präsidenten sucht, der die kleinen Zuchthausverbrechen auf sich nimmt. Oder glaubt sie wirklich, daß der jetzige Präsident versuchen wird, Hausrechtsdienste zu leisten oder zu diesen andere anzustiften, wenn die Vornahme der Ausschleißerei und die Anstiftung dazu als zuchthauswürdiges Verbrechen im Strafgesetzbuch bezeichnet wird?

### Das Kaligeseht.

Zwischen dem Zentrum und den Konservativen ist eine Verständigung über die Grundlagen des Kaligesehtes zustande gekommen. Die Verständigung sieht eine Kontingentierung mit bestimmten Quoten vor. Dieser Vorschlag wurde einer interfraktionellen Besprechung unterbreitet, die am Dienstag im Reichstage stattfand. Die übrigen Parteien haben sich nicht für die vorgelegten Vorschläge erklärt, sondern haben Abänderungsanträge zum Teil tief einschneidender Natur in Aussicht gestellt. Die Nationalliberalen sind in der Beurteilung der konservativ-kerikalen Vorschläge geteilt. Ein nationalliberaler Redner erklärte, er könne sich mit der beabsichtigten Annullierung rechtskräftig abgeschlossener Verträge (Schmidtman-Gruppe) nicht einverstanden erklären, während ein anderer Redner der nationalliberalen Partei den entgegengesetzten Standpunkt einnahm. Übrigens sagten beide nationalliberalen Redner, daß sie für ihre Person sprechen. Ihre Fraktion habe noch keine Stellung zu den vorliegenden Vorschlägen genommen. Die Sozialdemokraten sprachen sich gegen die Vorschläge aus und kündigten die Wiederbringung ihrer bekannten Anträge an (Verstaatlichung oder Reichshandelsmonopol). Weiter kündigten die Sozialdemokraten an, daß sie, wenn ihre Anträge abgelehnt würden, dem Verbesserungsanträge zu den konservativ-kerikalen Vorschlägen einbringen würden und zwar in folgender Richtung:

1. Eine Bevorzugung der Staatswerke bei der Zuteilung der Abzahlungen.
2. Eine Sicherung der Gemeinden, der Arbeiter und Beamten gegen die Folgen von Quotenübertragung.
3. Vorschriften für den Abschluss von Tarifverträgen mit den Arbeitervertretern.
4. Vorschläge zur Verhinderung der bisher von dem Kolonialminister geübten Liebesgabenpolitik gegenüber dem Bund der Landwirte.
5. Verstärkung des Einflusses des Reichstages auf die Ausführung dieses Gesetzes.

Kur wenn diese Vorschläge in diesem Gesetze berücksichtigt würden, könnten die Sozialdemokraten in eine nähere Beratung der Vorschläge eintreten. Der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte sich strikte gegen jede gesetzliche Regelung der Zustände in der Kolonialpolitik wie schon in den vorherigen Kommissionssitzungen. Nach diesem darf wohl gesagt werden, daß wenn von einer gesicherten Annahme der konservativ-merikalen Vorschläge die Rede sein kann, ein Gesetz zustande kommen kann, das nur von dem schwarz-blauen Block Zustimmung erfährt.

### Veteranenunterstützung.

Nach vor der Verlesung des Reichstages soll das Gesetz über die Unterstützung der Veteranen erledigt werden. Die Unterstützung soll 120 M. jährlich betragen. Da schon 1909 ein solches Gesetz vom Reichstage beschlossen, aber vom Bundesrat nicht verabschiedet worden war, will ein Antrag dem Gesetz rückwirkende Kraft vom 1. April dieses Jahres geben. Die Regierung will jedoch nicht darauf eingehen, sondern die Beihilfen erst vom 1. Oktober ab gewähren. Als Deduktionsmittel werden vorgeschlagen eine Wehrsteuer und eine Verminderung der Branntweinliebesgaben. Der Bundesrat sieht, wie es heißt, beiden Vorschlägen nicht sympathisch gegenüber.

### Nachmals der „Germania“-Schwindel.

Genosse Dr. Karl Liebknecht schreibt: Zu den Angriffen der „Germania“ gegen die Zuverlässigkeit des „Vorwärts“-Berichts über die Landtagsverhandlung vom 12. April bitte ich, folgendes zu bemerken zu dürfen: Es war gerade Herr Fischer, der mich, als ich die fragliche Geschäftsordnungsänderung gemacht hatte, darauf hinwies, daß ich ihn unrichtigweise geächtet hätte, er habe eine schriftliche Wortmeldung für überflüssig erklärt. Ich entgegnete Herrn Fischer, daß ich ihn nicht genannt und auch nicht gemeint hätte, daß aber sofort zu, daß die Fassung meiner Erklärung zu dem Mißverständnis wohl Anlaß hätte geben können. Auf Wunsch des Herrn Fischer veranlaßte ich demnach Herrn Schulze-Pelkmann, klarzustellen, daß er der von mir gemeinte Schriftführer gewesen sei. Aus alledem ergibt sich, daß Herr Fischer meine Worte genau ebenso aufgefaßt hatte, wie der Berichterstatter des „Vorwärts“ und daß der Bericht des „Vorwärts“, wenn er tatsächlich zu einer unrichtigen Fassung gelangte, durch die mißverständliche Fassung meiner Worte dazu veranlaßt war. Es kann also in diesem Fall nicht der geringste Vorwurf der Unzuverlässigkeit gegen den „Vorwärts“-Bericht erhoben werden.

### Zoll-Bureaukratie.

Die Mannheimer Zollbehörde begnügt sich nicht damit, Zoll von Weizen und anderen Körnerfrüchten zu erheben, sie verlangt auch die Vergütung des Getreide-Staubes. Wenn die Verteilung über diese erstaunliche bureaukratische Maßnahme einer hohen Zollbehörde nicht einer durchaus zuverlässigen Quelle entstammte, würde man sie für einen schlechten Witz halten. In dem soeben erschienenen „Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion für 1909“ befindet sich jedoch auf Seite 62 unter dem Rubrum „Gesundheitsschädliche Einflüsse“ folgende verblüffende Stelle:

In Mannheimer Großmühlen wurde beim Ausladen des Weizens aus dem Schiff beobachtet, daß an der Stelle, wo der Weizen aus dem Elevator auf das Transportband fällt, und ebenso dort, wo er vom Transportband auf die Waage fällt, starke Staubwolken entweichen. An beiden Stellen sind Arbeiter beschäftigt. Eine vorhandene Absaugungs- und Vorrichtung wurde nicht benutzt, da die Zollbehörde die Vergütung des gesammelten Staubes verlangt, während der frei wegfliegende Staub unberücksichtigt bleibt. Aus gesundheitlichen Gründen war eine Aenderung dieser Bestimmung nicht möglich. Im Interesse der Arbeiter mußte darauf bestanden werden, daß die Entstaubungsanlagen wieder in Tätigkeit gesetzt wurden, zumal die durch Vergütung des Staubes entstehenden Wechselkosten verhältnismäßig gering sind.

Soweit der Bericht. Er kennzeichnet mit dieser kurzen Schilderung des Sachverhaltes die unglaublich bureaukratische Kurzsichtigkeit der Zollbehörde, die den frei herumfliegenden Staub, den die Arbeiter zum Teil einatmen, unverzollt lassen muß, die aber sofort im Interesse des Fiskus die Hand darauf legt, sobald der Staub, wenn auch aus hygienischen Gründen, gesammelt und dadurch mehr, und wichtiger für die Vergütung wird. Gleichseitig kennzeichnet dieser Vorgang auch die Unternehmung: Wenn ihnen der Fiskus an den Geldbeutel kommt, remonstrieren sie nicht etwa gegen diesen unsinnigen Eingriff der Zollbehörde, sondern lassen den Staub einfach wieder frei umherfliegen. Das gute Einverständnis mit einer hochmögenden Zollbehörde steht den Herren höher als der Arbeiterschutz.

### Die Wahlrechtsjustiz.

Aus Anlaß der Straßendemonstrationen in Breslau hat die Staatsanwaltschaft gegen Genossen Neukirch Anklage wegen Aufruhrs (1) erhoben. Genosse Neukirch soll als Teilnehmer einer Demonstrationsversammlung am 20. Februar, wobei es auf dem Rückwege zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, als einziger unter 15 000 Menschen sich der Aufruhrs schuldig gemacht haben. Dabei ist Neukirch persönlich mit der Polizei überhaupt in keine Verührung gekommen. Ferner schreibt gegen Neukirch noch eine weitere Anklage wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Diese Aufreizung wird darin erblickt, daß auf dem Programm des Stützungsfestes des Sozialdemokratischen Vereins das Lied abgedruckt war: „Wer schafft das Gold zu Tage“.

Die Breslauer Staatsanwaltschaft scheint äußerst verblüfft zu sein; sonst könnte sie insbesondere nicht auf den höchst sonderbaren Gedanken kommen, daß die Verbreitung des allbekannten Herweghschen Liedes, das seit Jahrzehnten unbeanstandet gedruckt und gesungen wird, eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten darstelle.

### Immer neue Anklagen.

In Essen ist anlässlich der Wahlrechtsdemonstration vom 13. Februar gegen 88 Personen Anklage erhoben worden. Zwei Genossen sollen als Veranstalter, vier andere als Leiter der Demonstration gefaßt werden. 19 Personen sind angeblich den zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung erlassenen Aufforderungen der Polizei nicht gefolgt, 7 sollen sich wegen Verleumdung von Polizeibeamten verantworten und 2 Personen wird zur Last gelegt, sich fälschlich an Polizeibeamten vergriffen zu haben. Eine Anzahl der Angeklagten sind Leute, die nur zufällig in den Strudel der Demonstration geraten sind.

Am Tage nach der Demonstration hatte unser Essener Parteiblatt eine ganze Reihe von Lebergriffen der Polizei-

Beamten festgestellt, die Polizei deshalb scharf angegriffen und verlangt, die Polizeidirektion möge Klage anstrengen. Das Essener Zentrumblatt erklärte darauf, einer Klage gegen diese Behauptungen der „Arbeiterzeitung“ könne die Polizeidirektion nicht aus dem Wege gehen. Wie man sieht, hat die Polizeidirektion auf andere Weise versucht, sich zu rehabilitieren.

### Einen eigenartigen Fleischer-Bohloht

führen jüngst die Breslauer Genossen durch. Die Aufhebung der städtischen Schlachsteuer in Höhe von 2 Millionen Mark wird von den Fleischern eine jährliche Mehreinnahme von durchschnittlich 3500 M. in den Schopf. Diese 3500 M. wollten die Fleischer allein schlucken; doch unsere Genossen haben ihnen das Geschäft verboden: am Jahlabend des März wurde an alle Genossen eine Liste ausgegeben, auf welcher die Preise für die verschiedenen Fleischsorten von möglichst vielen Fleischern notiert werden sollten. Nach Prüfung ergaben sich Unterschiede von 10—50 Pf. pro Pfund bei gleicher Qualität. Daraus wurden in der „Volkswacht“ die Fleischpreise der verschiedenen Fleischer veröffentlicht, so daß die Hausfrauen sich die billigsten Fleischer aussuchen konnten. Die Folge war, daß die Fleischer mit den unerschämten hohen Preisen streng gemieden wurden — und siehe da: schon nach zwei Tagen liefen viele Fleischer die Preise etwas herab. Dann griff die Innung ein und beschloß, den Preis pro Pfund um 4 Pf. herabzusetzen. Unsere Genossen gaben sich jedoch damit nicht zufrieden. Sie rechneten aus, daß die bisherige Schlachsteuer das Pfund um 10 Pf. verteuert hätte, und um soviel verlangten sie das Fleisch billiger. Nach kurzer Zeit, in weniger als einer Woche, kapitalisierten die Fleischer und setzten trotz des Innungsbeschlusses die Preise fast überall um 10 Pf. herab! Das Verfahren hat also famos gewirkt und soll deshalb öfters wiederholt werden.

### Kontrolle über den Budgetvollzug.

München, 16. April. In der heutigen Plenarsitzung kam eine Sache von prinzipieller Wichtigkeit für das Verfassungsleben zur Sprache: die Kontrolle über den richtigen oder unrichtigen Vollzug des Budgets.

Für die Rechnungsprüfung existiert in Bayern seit dem Jahre 1826 eine mit besonderen Kompetenzen ausgestattete Behörde, der Oberste Rechnungshof. Die vertriebenen Kompetenzen machten denselben von der Regierung vollständig frei und unabhängig. Nun läßt aber seit einer Reihe von Jahren der Oberste Rechnungshof die ihm zustehenden Kompetenzen gar nicht aus; er war vielmehr ein gefälliges Werkzeug, ein gefälliger Handlanger des jeweiligen Finanzministers geworden. Erst der jetzige Finanzminister hat im Jahre 1907 durch einen Erlass die alten Befugnisse des Obersten Rechnungshofes wieder ausüben lassen.

Alle Parteien äußerten ihre Ansicht dahin, daß der Oberste Rechnungshof gegenüber der Regierung in der Rechnungsprüfung und Budgetkontrolle vollständig selbständig und unabhängig sein müsse. Der Landtag behält natürlich gegenüber den Erinnerungen und Anstellungen des Obersten Rechnungshofes ein völlig freies Entscheidungsrecht. Einig war das Haus auch in der Forderung, daß die ganze Einrichtung des Obersten Rechnungshofes auf gesetzlicher Basis gestellt werden müsse. Jetzt, da die Einrichtung nur auf einer lgl. Verordnung beruht, fehlt jede Gewähr, daß für die Zukunft die Unabhängigkeit der Kontrollbehörde unangefastet bleibt.

Der Finanzminister steht durchaus auf dem Boden der Forderungen des Hauses und stellt einen Gesetzentwurf in baldige Aussicht.

### Vermögenssteuer in Südwesafrika.

Abg. Erzberger (3.) hat in der Budgetkommission des Reichstages einen Antrag eingebracht, der darauf hinausläuft, Einzelpersonen und Gesellschaften in Südwesafrika, deren Vermögen nach Abzug der Schulden 800 000 Mark übersteigt, zur Deckung der Kriegskosten heranzuziehen. Soweit diese Personen oder Gesellschaften zurzeit Steuerfreiheit genießen, soll die Steuerleistung mit dem Tage beginnen, an dem das Privileg abläuft. Um den Vermögenswert der Land- und Bergrechte zu ermitteln, soll die Reineinnahme des Jahres 1909 mit einem Zuschlag von 100 Proz. angenommen und diese Summe mit 20 multipliziert werden. Den Wert des Sperrgebietes für Diamanten berechnet Abg. Erzberger mit 600 Millionen Mark. Die Steuer soll progressiv steigen und bei 800 000 M. mit 1 Proz. beginnen. Den Steuerpflichtigen soll gestattet werden, an Stelle baren Geldes Land- oder Bergrechte an den Fiskus abzutreten. Außerdem soll für das ganze Schutzgebiet vom 1. Oktober 1910 ab die Verordnungen dahin Gültigkeit erlangen, daß nur allein dem Landesfiskus die Vergütung und das Recht Vergütungsabgaben zu erheben, zusteht. Landkonzessionen und Bergwerksrechte sollen künftig nur mit Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages verliehen werden. Der Antragsteller berechnet aus dieser außerordentlichen Steuer einen Reingehalt von 81 Mill. Mark. Die Verhandlung des Antrages war am Dienstag deshalb nicht möglich, weil Staatssekretär Dernberg verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen.

### Oesterreich.

#### Das Koalitionsrecht der Beamten.

Wien, 19. April. Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Dienstpragmatik fortgesetzt. Der Minister des Innern Freiherr v. Gaerdt betont, die Staatsgefahnen könnten ohne Disziplin in der Beamtenenschaft nicht geführt werden. Der Regierung sei es niemals eingefallen, das Koalitions- und Organisationsrecht der Beamten zu behindern, die Beamten müßten sich jedoch mit ihren Wünschen und Beschwerden direkt an die Vorgesetzten wenden und dürften nicht im Wege der Organisation einen Druck auf Vorgesetzte ausüben versuchen. Der Gesetzentwurf sei weder reaktionär noch unmodern.

### Frankreich.

#### Gegen Millerand.

Paris, 19. April. Minister Millerand hatte für gestern Abend eine Wahlversammlung einberufen, in der er hätte sprechen wollen. Die Versammlung wurde jedoch durch feindliche Demonstrationen gestört und der Versammlungssaal von außen mit Steinen bombardiert, so daß Millerand sich zurückziehen mußte, ohne zu Worte gekommen zu sein.

### Italien.

#### Wandlungen der Republikaner.

Rom, 14. April. (Sig. Ver.). Die republikanische Partei Italiens hat freien in Florenz ihren 10. Kongreß abgehalten, der in mancher Hinsicht einen entscheidenden Bruch mit den Traditionen dieser Partei bedeutet. Einmal ist eine Tagesordnung verabschiedet, die für eine, freilich bedingte, Bewilligung der Militärausgaben eintrat, mit bedeutender Mehrheit zurückgewiesen worden und eine Tagesordnung angenommen, die sich für die Bildung von Nationalgarden (nazione armata) und Verweigerung aller neuen Kriegslasten ausspricht. In dieser Tagesordnung kann man eine Niederlage der irredentistischen Tendenz der Republikaner sehen, die dieser Partei als historisches Ueberbleibsel aus früherer Zeit anhaftete. Bemerkenswert ist weiter der Beschluß, eine Landeszentrale für gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation zu gründen, wobei es sich offensichtlich um ein Konkurrenzunternehmen gegen die sozialistische Partei handelt. Die Republikaner haben außer in der Romagna keinen Anhang in den Massen, ursprünglich hatten sie auch, wenn man von der kleinen Fraktion der Romagna abseht, kein wirtschaftliches, sondern nur ein politisches Programm. Wenn dieser Kongreßbeschluss nicht auf dem Papier bleiben sollte, so würde gleichfalls die Gründung

republikanischer Gewerkschaften, die neben die syndikalistischen, die Merikalen und die freien (unter sozialistischem Einfluß stehenden) treten würden, recht angenehme Zustände schaffen. In bezug auf die Wahlpolitik sprach sich der Kongreß für Wahlbündnisse mit Sozialisten und Radikalen aus, was so ziemlich der Praxis der letzten Jahre entspricht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Republikaner, die sich als rein republikanische Partei überlebt haben und aufgerieben werden, wie jenes Kleinbürgertum, dessen politischer Ausdruck sie sind, heute danach streben, sich durch ein soziales Programm und eine proletarische Basis neue Lebenskräfte zuzuführen. Sie finden nun aber die politisch-wirtschaftliche Funktion, der sie sich so spät zuwenden, schon von einer anderen Partei erfüllt und werden so durch die Macht der Tatsachen vor die Alternative gedrängt, entweder in dieser jüngeren aber stärkeren Partei aufzugehen, oder mit ihr um den Vorrang und schließlich um die Existenz zu kämpfen.

### Belgien.

#### Zu den Kammerwahlen.

Brüssel, 17. April. (Sig. Ver.). Die diesmalige Wahlbewegung zeigt ein nicht gewöhnliches Wahlsieber. Geht doch diesmal der Kampf um nichts Geringeres, als um Sein oder Nichtsein der Merikalen Macht. Nur vier Eide braucht der Merikalismus einzubüßen und die Merikale Majorität ist gewesen! Man begreift die Spannung haben wie drüben: das Fieber der einen, die sechs und zwanzig Jahre an der Macht waren und nun von der Gefahr umdröht sind, sie über Nacht zu verlieren; das Fieber der anderen, die gegen diese Macht mehr als zwei Jahrzehnte angekämpft und jetzt auf den Sieg zumarschieren hoffen. Diese politische Psychologie gibt denn auch dem Wahlkampf sein charakteristisches Gepräge und alle anderen Gegenstände der Parteien übertrönt diesmal der Schlachtruf: Für oder gegen den Merikalismus!

Die belgische Kammer wählt beinahe in zwei Abteilungen. Diesmal gelangen zur Wahl folgende Provinzen: Brabant mit 31 Deputierten; Antwerpen mit 20, Westflandern mit 20, A. m. u. r. mit 9 und der Lige mit 5 Deputierten. Unter den 85 ausscheidenden, die größere Hälfte der Kammer bildenden Abgeordneten, gehören 17 den progressivistischen und 6 den gemäßigten Liberalen, 12 der sozialistischen Fraktion und 50 der Rechten an.

Im Jahre 1900, wo zum ersten Male nach dem Proportionalssystem gewählt wurde, verfügte die Regierung über 20 Stimmen Majorität. Seitdem sank sie von einer Wahl zur anderen: im Jahre 1906 auf 12 Stimmen und bei der letzten Wahl 1908 auf acht Stimmen! Es gilt sonach, wie erwähnt, der Regierung vier Siege zu entreißen. Nur vier Siege! Das ist wenig und viel zugleich, denn die Erringung eines Sieges unter dem Proportionalssystem setzt die Erringung tausender neuer Stimmen voraus. Aller Kraftanstrengung der antiklerikalen Parteien steht aber überdies gegenüber der Schwindel des Pluralvotums, der rücksichtslos geübte Terrorismus der Kirche, die Expressertaktik der Merikalen Machthaber und — nicht zuletzt — die kürzlich bewilligte Million, die „Wahlmillion“ der Kongregationen. . . Und alle diese Mittel werden diesmal, da es um Tod und Leben geht, mit der kühnsten, brutalsten Skrupellosigkeit in Anwendung kommen. Gäbe das gegenwärtige Wahlsystem ein wirkliches Bild der Stärke der Parteien, und wären die politischen Kräfte ohne Hemmung wirksam, das Resultat könnte nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Denn wie neulich in der Kammer Banderelle von den Bänken der Sozialisten, der radikale Deputierte Buij von der liberalen Linken, in machtvollen, die Sünden und Gefahren des Merikalismus eindringlich betonenden Reden mit dem Kriegsruf schlossen: „A bas la calotte!“ „Nieder mit den Pfaffen!“, so tönt nun überall, wo der Wahlkampf tobt, im ganzen Lande, wo die Gewissen sich regen, in Versammlungen, aus Flugschriften und im Lied: „Nieder mit den Pfaffen! A bas la calotte!“

Ein erhabener Merikaler Herr erklärte freilich im Parlament: „A bas la calotte“ sei kein Programm. . . In der Tat: Liberale wie Sozialisten, werden, wenn der Merikalismus einmal hinweggefegt sein wird, wieder zu ihrem eigenen Programm zurückkehren, an ihre eigenen Ziele schreiten. Wenn beide Parteien heute den gemeinsamen Kriegsruf gegen den einen Feind haben, so bleibt jeder bei seinem Programm, dessen einer Punkt im Augenblick keine erweiterte und aktuelle Bedeutung hat: den Kampf gegen die Feinde eines unversälfchten, gerechten Wahlrechtes, des obligatorischen Unterrichts, gegen die Bedrücker der Gewissensfreiheit.

### England.

#### Das Budget und die Iren.

London, 18. April. Unterhaus. Redmond trat unter dem lauten Beifall der Ministerien und der Nationalisten für die Regierung ein und führte aus, von den Nationalisten würden zwar alle Budgets als für Irland ungerecht angesehen, diesen finanziellen Ungerechtigkeiten aber konnte nur durch Home-rule abgeholfen werden und dieses würde erlangt werden durch Abschaffung des Vetorechts des Oberhauses. Er sehe die Erklärung des Premierministers vom 14. d. M. als eine genügende Garantie dafür an, daß die Home-rule-Bewegung jetzt schnell vorwärts gehen werde, und die Nationalisten würden deshalb die Politik der Regierung mit Begeisterung unterstützen. Er bestreite, daß zwischen der Regierung und ihm irgend ein Handel statgefunden habe.

Balfour erklärte, die Regierung habe die Unterstützung der Iren mit der Preisgabe von Traditionen bezahlt, deren Wahrung ihre Pflicht gewesen wäre. Die Regierung habe den Namen des Herrschers in einer Weise in den politischen Streit gezogen, wie es seit Generationen nicht geschehen sei. Niemals habe eine englische Regierung sich in einer Lage befunden, wie die sei, in die Redmond die jetzige Regierung hineingedrängt habe, und er hoffe, daß niemals wieder eine englische Regierung sich in einer solchen Lage befinden werde. Premierminister Asquith bestritt hierauf in bestimmtester Weise, daß irgend ein Handel stattgefunden habe, und stellte fest, daß seine Erklärung vom 14. April vom Kabinett festgelegt worden sei, ohne daß man Redmond zu Rate gezogen oder befragt habe. Diese Erklärung stelle die wohlüberlegte, unabhängige Ansicht des Kabinetts dar, und ob Redmond ihr zustimmte oder nicht, er — Asquith — würde genau dieselbe Meinung hegen. Die von Asquith eingebrachte Guiltine-Resolution wurde schließlich mit 245 gegen 253 Stimmen angenommen.

### Serbien.

#### Der Führer der Verschwörer.

Belgrad, 19. April. Oberst Raschin, der an der Verurteilung gegen König Tiegander und die Königin Draga im Jahre 1908 hervorragenden Anteil genommen hatte, ist gestorben.

### Australien.

#### Wahltritt des Kabinetts.

Melbourne, 19. April. Das Bundeskabinett ist infolge des Ausfalls der Wahlen zurückgetreten.

# Gewerkchaftliches.

## Die Aussperrung der Bauarbeiter.

Noch immer läßt sich leider kein genauer Gesamtüberblick über das Kampffeld geben. Nur so viel stellt sich immer mehr heraus, daß die von den Depeschbüros am Sonnabend verbreiteten, und — wo nicht eigene Nachrichten vorliegen — auch von uns wieder-gegebenen Ziffern nach jeder Richtung hin übertrieben waren. Einer unserer Korrespondenten schreibt uns über eine derartige Meldung in einem Privatbriefe: „So viel Bauarbeiter gibt es ja hier gar nicht!“ — Das ist wohl charakteristisch für jene von Unternehmenseite inspirierten Mitteilungen.

### Die Aussperrung im Gau Berlin

ergibt bis Montag abend folgendes Bild: Der Gau umfaßt die Provinz Brandenburg, einen Teil der Provinz Posen, einen Teil der Provinz Sachsen und einen Teil des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin. Der Verband der Maurer hat in diesem Gebiet 175 Zweigvereine mit 24 000 Mitgliedern. Bis jetzt sind in 83 Zweigvereinsbezirken die Bauarbeiter ausgesperrt. In diesen Zweigvereinen hat der Maurerverband 4800 Mitglieder. Von denselben sind z. B. an der Aussperrung beteiligt. Besondere haben die Arbeitgeberorganisationen von Groß-Berlin und der nächsten Umgebung sich nicht an der Aussperrung beteiligt, in dem übrigen Teil des Gau's ist eine Aussperrung bisher nicht erfolgt.

Aber abgesehen von dem Umfang der Aussperrung in den einzelnen Orten zeigt es sich auch, daß ganze Gruppen der Unternehmer einfach nicht mitmachen.

So meldet Wolffs Telegraphenbureau:

Odenburg, 19. April. Die Maurer- und Zimmermeister der Gemeinde Westerbe haben einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie erklären, die Aussperrung der Bauarbeiter auf den dortigen Bezirk vorläufig nicht für erforderlich zu erachten und eine kleine Lohnerhöhung unter den bisherigen Bedingungen für angebracht zu halten.

Das Bureau Herold meldet:

Osnabrück, 19. April. Die Organisation der Arbeitgeber im Baugewerbe beschloß, vorbehaltlich der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes, eine Einigung anzustreben. Wie man besonders hervorhebt, sind beide Teile, Arbeitgeber sowohl als auch Arbeitnehmer, bestrebt, eine friedliche Lösung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen.

Waldenburg, 19. April. Die Arbeitgeber des Baugewerbes in Schaumburg-Lippe beschloßen, endgültig von der Aussperrung abzusehen, da hier noch ein bis 1911 laufender Tarifvertrag besteht.

Freilich stehen nicht alle Arbeitgeber auf diesem korrekten Standpunkt. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Neumark, Sitz Landsberg a. Warthe leitet die Bewegung ganz offenkundig durch einen essantanten Vertragsbruch ein. Für das Vertragsgebiet Landsberg besteht ein Tarifvertrag. Der § 7 dieses Dokumentes, das am 10. Juni 1907 von den Vorständen der obigen Arbeitgeberorganisation und den örtlichen Vorständen der Maurer- und Zimmererverbände sowie von allen Bauleitern unterzeichnet ist, lautet:

Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. Juli 1907 bis zum 31. März 1910. Soll ein neuer Tarifvertrag eingeführt werden, so muß der vorstehende 4 Monate vor Ablauf gekündigt sein. Andernfalls verlängert sich derselbe von Jahr zu Jahr weiter.

Eine Kündigung ist von keiner Seite erfolgt. Nach dem Wortlaut des Vertrages und dem Grundgedanken von Treu und Glauben bleibt derselbe deshalb ein weiteres Jahr in Gültigkeit. Dieser Auffassung sind aber die Mitglieder des Landsberger Arbeitgeberverbandes augenscheinlich nicht. Seit Beginn der Aussperrung im Baugewerbe sind bereits 150 Maurer entlassen worden und zwar unter dem Hinweis, daß sie „aussehen“ sollten. Es sind nur noch 80 Maurer in Arbeit und diese werden in wenigen Tagen ebenfalls auf die Straße gesetzt sein. Auf diese triviale Weise erreichen die Arbeitgeber auch das gesuchte Ziel, nämlich daß sie trotz Vertrag die gesamte Bauarbeiterschaft aussperrten. Den Arbeitgebern, die ihre Vantagen weiterführen wollen, wird bereits die Entziehung der Baumaterialien angedroht. Dieser Vorgang zeigt die Absichten des Deutschen Arbeitgeberbundes in eigenartiger Beleuchtung und die deutschen Bauarbeiter können daraus erkennen, was sie bei diesen Taktiken zu erwarten haben.

In der Provinz Posen verlangten diese Unternehmer von den Bauarbeitern den Austritt aus der Organisation und versprochen, sie dann nicht auszusperrten. Die Arbeiter lehnten dieses Ansuchen überall einmütig ab. Der polnische Gewerkschaftsverband gibt die Zahl seiner ausgesperrten Mitglieder auf 1200 an. In Gnesen sind die Unorganisierten nicht ausgesperrt worden.

Einen ganz verlogenen Appell richtet der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Posen an die städtischen Behörden und das bauende Publikum. Es heißt in diesem Lügenragout:

Unsere Bemühungen, mit den Vertretern der Bauarbeiter auf friedlichem Wege zu einem neuen Tarifabschluß zu gelangen, sind trotz unseres Entgegenkommens gescheitert. Das Streben der Gewerkschaftsführer geht dahin, die Autorität des Unternehmers auf der Baustelle zu untergraben. So lange wir für die Sicherheit der Menschenleben haften, können wir unter keinen Umständen den Arbeitern volle Parität zugestehen. Außerdem wird trotz stetiger Erhöhung des Arbeitslohnes eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, was wir unter allen Umständen ablehnen müssen, nicht allein in unserem Interesse, sondern aus Rücksicht auf die gesamte deutsche Industrie und Landwirtschaft. Da die Gewerkschaften erklärt haben, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten, haben wir zur Aussperrung gezwungen. Wir wenden uns an die Behörden und das bauende Publikum mit der Bitte, uns in dem Kampfe zu unterstützen und in der bereitwilligen Stellung der Bauten Rücksicht zu üben. Nur dann können wir hoffen, den uns aufgezwungenen Kampf (!) baldigst zu beenden und das deutsche Wirtschaftsleben vor föderen Erschütterungen zu bewahren.

Unterzeichnet ist dieser famose Aufruf von dem Vorsitzenden Moritzmann und dem Syndikus Dr. Adler. Koller als hier ist die Deffinitivität wohl selten angezündelt worden. Die Posener Bauarbeiter haben weder eine Erhöhung des Stundenlohnes noch eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, folglich haben sie überhaupt keine Forderungen gestellt. Am blödesten ist die Phrase von dem „aufgezwungenen Kampf“, den die Unternehmer doch nur freiwillig vom Baune gebrochen haben.

Die Aussperrung in Kiel hat erfreulicherweise nicht den Umfang angenommen, wie bisher nach vorläufiger Schätzung angenommen wurde. Die Zimmerer hatten bis Montag vormittag 340 Aussperrte zu verzeichnen, bei einer Mitgliederzahl von 642. Die übrigen sind in anderen Berufen resp. außerhalb beschäftigt. Etwa 100 arbeiten noch in Kiel. Bei den Bauarbeitern beträgt die Zahl der Aussperrten 442 von 793 Mitgliedern. Von den 442 gehören 82 anderen Verbänden an, sie stehen aber unter Kontrolle des Bauarbeiterverbandes. Auch bei den Bauarbeitern arbeiten viele außerhalb, besonders in Hamburg, und sind somit von der Aussperrung nicht betroffen. Die Maurer konnten bis heute eine genaue Zahl der Aussperrten nicht feststellen. Die Verbandsektion rechnet aber mit 750. Die Gesamtzahl der Aussperrten beträgt dann also rund 1550.

In Neumünster und Bordesholm ist nicht ausgesperrt. Hier ist mit dem 16. April eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde eingetreten. Die Bauunternehmer in Neumünster gehören der Gruppe „Unterelbe“ des Arbeitgeberverbandes nicht an.

In Tondern ist am Sonnabend ebenfalls ausgesperrt. Die Arbeitgeber wollten sich hier eine Sonderstellung sichern und nicht aussperrten, deshalb sandten sie eine Delegation zum Vorstand nach Kiel. Dieser Versuch scheiterte jedoch am Widerstande des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes. Die Kieler Unternehmer kontrollieren sämtliche Bauten, und versuchen dort, wo noch gearbeitet wird, die Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Unternehmer zur Aussperrung zu bewegen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes läßt durch die bürgerliche Presse mitteilen, daß sie zur Aussperrung „gezwungen“ sind und fleht die Behörden und Interessenten um Nachsicht an.

In Wachen hat die Aussperrung der Bauarbeiter nur einen sehr geringen Umfang. Bei den Organisationen meldeten sich Aussperrte nur spärlich, und von den Unternehmern sind Zahlen nicht zu erhalten. Diese fügen sich dem Aussperrungsbeschluß offensichtlich nur sehr widerwillig.

Im Gau Dresden sind bei den Maurern von 8250 Mitgliedern nur 3200 ausgesperrt.

Bei dieser Aussperrung zeigen sich auch wieder einmal die schärfsten Feinde der Arbeiterschaft, das organisierte Unternehmertum, als gute Förderer der Einigungsbestrebungen der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, wenn auch wider Willen.

Auf dem Hundrüd und in der Eifel, in diesen dunklen Gegenden Deutschlands, waren am letzten Sonnabend, abends und nachmittags, fast alle Eisenbahnwagen vierter Klasse in den Pögen mit ausgesperrten Bauarbeitern, die mit ihrem Werkzeug in ihre Heimatorte zurückkehren, voll besetzt. Insbesondere aber die Züge aus den Städte Saarbrücken und Trier wiesen eine starke Frequenz auf. Und unter den Aussperrten, die aus Anhängern der freien und christlichen Gewerkschaften bestanden — auch Facharbeiter befanden sich darunter — fand eine sehr lebhaft Diskussion über die Aussperrung statt, an der sich auch die von der Arbeit zurückkehrenden Vergarbeiter in zustimmendem Sinne beteiligten, so daß die ganzen Erörterungen unter den Fahrgästen in jedem Wagenabteil fast einer Versammlung gleichliefen. Ueberall herrschte auch nur die eine Meinung, daß diese von den Schmarkeimern im Baugewerbe vom Jaun gedrohtene Aussperrung die gesamten Bauarbeiterorganisationen — gleichgültig welcher Richtung — in eine Organisation zusammenschließen werde. Denn wie bei den Unternehmern im Baugewerbe das religiöse Moment auch keine Scheidungsgründe in der Organisation bilde, so dürfe das in der Zukunft bei den Arbeitern im Baugewerbe auch nicht mehr trennend für die Organisationsbestrebungen sein. Gar lebhaft wurde auch von den Aussperrten aller Richtungen betont, daß sie ja nun in ihren Heimatorten Zeit hätten, kräftig für die Verbreitung des Organisationsgedankens zu arbeiten. Daß dabei auch manches kräftige Urteil über die Sozialpolitik der Schwarzblauen und über die Wahrscheinlichkeit in Preußen von den Aussperrten geäußert wurde, das verleiht sich am Rande, wie auch der nun wieder beginnenden Einfesungspolitik der schwarzen Gendarmen des Zentrums gedacht wurde.

Wiso, wo sonst in den weltabgelegenen Dörfern des Hundrüd und der Eifel jede freiere Bewegung der Arbeiter von den Schwarzen unterdrückt wurde, da werden nun die Aussperrten in ihrer Verbitterung den schwarzen Herrschaften gegenüber andere und kräftigere Töne anschlagen. Und daß das geschehen kann, dafür haben die Schmarkeimern im Baugewerbe gesorgt.

### Berlin und Umgegend.

Die Stukkateure Berlins nahmen am Montag in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung Stellung zu dem Kampf im Baugewerbe und der Lage im eigenen Beruf. Der Referent Bengels verwies darauf, daß gegenwärtig 4000 Stukkateure in Deutschland wegen ihres eigenen Tarifs im Kampfe stehen und daß auch die arbeitenden Stukkateure durch den Kampf im Baugewerbe nicht unberührt bleiben werden. In den Bestrebungen, welche die Bauunternehmer jetzt durchzuführen suchen, könne man sehen, wohin die Unternehmer mit dem Abschluß von Tarifverträgen nach ihrem Sinne zielen. Obgleich die Arbeitsverhältnisse der Stukkateure Berlins durch einen Tarifvertrag geregelt seien, kämen zahlreiche Verstöße gegen den Tarif vor. In den Jahren der Krise seien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich verschlechtert worden, ohne daß sich die Kollegen dagegen gewehrt hätten. Der Redner trug das Ergebnis einer kürzlich veranstalteten Baukontrolle vor. Daraus ergibt sich, daß von den Werkstattarbeitern 42 Proz. niedrigere Löhne erhalten als der Tarif vorschreibt. Von den auf Bauten arbeitenden Stukkateuren erhalten 58 Proz. Zeitlohn. Die Lohnarbeit hat seit 1906 beständig zugenommen und der Lohn sinkt immer mehr auf die Minimalgrenze hinab. Die meisten Lohnarbeiter erhalten 7—8 M. Tageslohn, einige noch weniger. Von den Affordarbeitern erhält der dritte Teil Löhne die niedriger sind als die Tarifsätze. Auch die hygienischen Bestimmungen des Tarifvertrages werden in vielen Fällen nicht beachtet. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Stukkateure ist seit 1906 um 400 M. gesunken. Der Redner bemerkte mit Bedauern, daß selbst organisierte Kollegen die gekennzeichneten Mißstände hinnehmen, ohne sich dagegen zu wehren. Die Zustände, welche jetzt herrschen, dürften nicht weiter bestehen bleiben, die Kollegen müßten für strikte Innehaltung des Tarifes eintreten, um so mehr, als nach dem Ergebnis der Baukontrolle die Arbeitslosigkeit für die nächste Zeit günstig sei.

Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, worin gesagt wird:

Die Versammlung spricht den gegen die einseitige Festschließung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer kämpfenden Bauarbeitern aller Berufe die volle Sympathie der Stukkateure aus. — Sie erklärt es für die Pflicht aller im Beruf Tätigen, den in letzter Zeit mehr und mehr zunehmenden Mißständen entgegenzutreten. Da eine Abstellung der Mißstände nur durch die Einigkeit aller Kollegen zu erzielen ist, so verpflichten sich die Versammelten, für die Ausbreitung der Organisation tätig zu sein.

Der Streik der Leitergerüstbauer, Lutscher und Plagarbeiter der Allgemeinen Leitergerüstbau- und Leihanstalt (L. Altmann) A.-G. Charlottenburg dauert fort. Neue Streikbrecher haben sich bis jetzt noch nicht gefunden. Es arbeiten immer noch die getreuen Poliere und einige Plagarbeiter. Am Montag wurde wieder unter der Aufsicht der Polizei gearbeitet. Die Arbeitswilligen wurden wieder unter deren Obhut von einer Arbeitsstelle zur anderen gebracht. Zwei der Streikbrecher haben von Herrn Altmann Revolver (!) bekommen, um damit, wenn sie von den Streikenden angefaßt werden, sofort zu schießen. Hieraus erklärt es sich auch, daß die Streikbrecher versuchen, die Streikenden zu Gewalttätigkeiten zu reizen, indem sie sagen: „Kommt nur, wenn Ihr wollt!“ Die Streikbrecher schlafen nicht mehr in ihrer Wohnung, sondern immer mehrere zusammen in einer Wohnung und werden des Morgens von einem Polizeibeamten nach der Arbeitsstelle gebracht. Die rüchsten nun an alle Arbeiter Berlins und besonders an die Dachbeder, Maler und Anstreicher die dringende Bitte, uns durch Solidarität zu unterstützen. Leider ist festgelegt worden, daß sich einige Maler, Dachbeder und auch Maurer dazu bereit erklärt haben, Streikarbeit zu verrichten. Es sind in dieser Mithingenschaft 90 Firmen vereinigt und bitten wir alle Anfragen an das Streikbureau, Amt Charlottenburg 8823, zu richten.

Zugang ist nach wie vor fernzuhalten. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Gr.-Berlin.

### Deutsches Reich.

Aktion, Maler! In Finsterwalde haben die Unternehmer auf die von den Arbeitern eingereichten Forderungen jede Verhandlung kurz abgelehnt. Die Arbeit wurde daher am 18. d. M. einmütig eingestellt.

Einen vollständigen Sieg nach dreitägigem Streik errangen in Stolp i. Pom. die im Zentralverband der Töpfer organisierten Arbeiter. Die Tarifsätze wurden um 4 bis 40 Proz. erhöht und eine Arbeitsverkürzung von 1 Stunde pro Tag erzielt.

### Ein Streik der Eisenbahnarbeiter.

Die Streckenarbeiter der Vielsfelder Kleinbahnen traten am 14. März an die Direktion und an den Kreisaußschuß mit einer

von allen beteiligten 20 Mann unterzeichneten Eingabe heran, in der sie um eine Lohnerhöhung nachsuchten. Der Tageslohn dieser Arbeiter beträgt 2,50 M. und im Winter, bei verkürzter Arbeitszeit, 2,30 M. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. In der Eingabe war ein Tageslohn von 3 M. gefordert, der auch während der Wintermonate den freien Arbeitern gezahlt werden sollte.

Als am 5. April mittags wieder vom Kreisaußschuß noch vom dem Direktor eine Antwort auf die Eingabe eingegangen war, legten die Arbeiter die Arbeit nieder. Sofort schied der Direktor, um die älteren Arbeiter holen zu lassen und ihnen zu erklären, daß der Lohn von 3 M. bewilligt sei. Wer wieder anfangen wolle, könne anfangen zu arbeiten. Wenn der Kreisaußschuß seine Zustimmung gebe, solle der Lohn das ganze Jahr hindurch gezahlt werden. Darauf wurde die Arbeit sofort wieder aufgenommen, die Arbeiter hofften, daß der Kreisaußschuß seine Zustimmung zu den Forderungen des Direktors geben werde. Das ist jedoch nicht geschehen. Am 15. April wurden die Arbeiter einer Streike zum Verkehrsinspektor Paul gerufen, wo man von ihnen verlangte, sich durch Unterschrift zu erklären, daß sie mit dem Lohne von 2,60 M. pro Tag zufrieden seien. Die Arbeiter verweigerten die Unterschrift und erhielten am Abend ihre Entlassung. Am folgenden Tage sollten Arbeiter von zwei anderen Streiken dort die Arbeit verrichten, wo man ihre Kollegen entlassen hatte. Diese Arbeit wurde verweigert und es stellten mittags sämtliche noch nicht entlassenen Arbeiter die Arbeit ein.

Die Tarifbewegung der Leipziger Kürschner geht einem guten Ende entgegen. Bis jetzt haben 48 Firmen bewilligt und zwar die maßgebendsten am Drie. Die wenigen Arbeitswilligen können den Unternehmern die Kaufsünden nicht erzeihen. Wenn der Zug weiter so ferngehalten wird wie bisher, muß die Bewegung mit einem bösen Erfolge enden.

### Ausland.

#### Die außerordentliche Arbeitslosenhilfe in Dänemark.

Unsere Parteigenossen im dänischen Folkething hatten beantragt, daß die Notgesetz von 1909, monoch den Arbeitslosen sowie den Rothandsunterstützung gewährenden Hilfsklassen außerordentliche Zuschüsse, und ferner den ausgesteuerten Arbeitslosen aus der Gemeindefasse weitere Unterstützung gezahlt wurde, so lange in Geltung bleiben sollten, wie die außerordentliche Arbeitslosigkeit andauert. Die Notgesetz sind jedoch am 1. April abgelaufen, ohne daß die Verlängerung zustande gekommen war. Das lag lediglich am Landsthing, denn das Folkething hatte den sozialdemokratischen Antrag einstimmig angenommen. Nur Donnerstag der verfloßenen Woche hielten die Arbeitslosen von Kopenhagen eine Massenversammlung ab und begaben sich darauf in einem 3000 Mann starken Demonstrationzug nach dem Reichstagsgebäude. Eine Deputation wurde zu dem Präsidenten des Landsthings geschickt, um ihn über das Schicksal der Notgesetz zu befragen. Der vertrieb die Deputation an den Vorsitzenden des Landsthingsausschusses, dem die Angelegenheit zur Prüfung vorlag. Derwelle warteten die Massen der Arbeitslosen auf der Straß. Die Antwort, die ihnen die Deputation überbrachte, ließ darauf hinaus, daß die Sache so schnell wie möglich auf die Tagesordnung gesetzt und entschieden werden sollte. Diesem Versprechen ist das Landsthing dann auch nachgekommen. Es hat am Sonnabend, kurz vor Schluß der Reichstagssession, den Antrag, das Gesetz über die außerordentlichen Zuschüsse zu den Arbeitslosen, und den Hilfsklassen zu verlängern, einstimmig angenommen. Ueber den zweiten Antrag, das Gesetz über die Unterstützung der Ausgesteuerten betreffend, hatte der Landsthingsausschluß kein Gutachten abgegeben, und so scheiterte die Verlängerung dieses Gesetzes an dem Widerstand der auf dem Zweiklassenwahlrecht beruhenden Ersten Kammer des dänischen Reichstages.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Retoresolution im Oberhaus.

London, 19. April. (B. T. W.) Auf eine Anfrage des Lord Lansdowne in der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Crewe, die Regierung sei bereit, die Retoresolution sofort vorzunehmen, aber er höre, daß es bequemer sein würde, wenn die Debatte nach der Frühjahrspause ungefähr am 24. Mai stattfinden würde. Die auf den Retoresolutionen basierte Gesetvorlage werde vor dem Beginn der Debatte veröffentlicht werden. Das Budget werde am 28. d. M. im Oberhaus zur Debatte gebracht. Er könne keine Angabe machen, wann Rosebergs Reformresolution zur Debatte gelangen würde, aber er meine, es sei vielleicht praktisch, sie vor der vorgeschlagenen Vertagung am 29. d. M. zu diskutieren.

### Die Budgetdebatte im Unterhaus.

London, 19. April. (B. T. W.) Bei der Einbringung des alten Budgets für 1909/10 erklärte Lord George, obgleich ein tatsächliches Defizit von 26 248 000 Pfund Sterling vorhanden sei, würde dies durch die Erhebung der noch rückständigen Staatseinkommen mehr als ausgeglichen werden und sogar ein Ueberschuß von 2 960 000 Pfund Sterling vorhanden sein. Wenn die Lords nicht das Budget verworfen hätten, was zu einem Verlust des Schatzkassens durch Nichtbegleichung von Einkommensteuern, Stempelsteuern, Zöllen und anderen Beiträgen geführt habe, so würde der Ueberschuß für 1909 4 200 000 Pfund betragen haben. Während der Dauer von vier Monaten hätten sich die Finanzen des Landes in einem Zustande der Verwirrung befunden, und doch habe die Regierung drei Millionen Pfund aus den Staatseinkünften des Jahres zur Verminderung der öffentlichen Schuld verwendet und einen Ueberschuß von 2 900 000 Pfund erzielt, welcher ebenfalls für die Verminderung der Schulden oder zu jedem anderen Zweck, den das Haus wählen möge, verwendet werden könne. Er glaube, daß kein anderes Land dies fertig bekommen hätte. (Beifall bei den Ministerialen.)

### Ein blutiger Grenzzwischenfall.

Konstantinopel, 19. April. (B. T. W.) Nach einer hier eingetroffenen Depesche hat ein Offizier eines französischen Postens in Kawara an der Grenze des Sudangebiets eine türkische Karawane anhalten und über zwanzig Kameltreiber, die dem räuberischen Stamme der Tibu angehörten, töten lassen. Die Postre hat ihren Vorkapostler in Paris beauftragt, wegen des Zwischenfalles Vorstellung in Paris zu erheben.

### Vom Wahninn befallen.

Mainz, 19. April. (B. T. W.) In Rheinwinternheim schlug heute der Landwirt Alois Wüchner seine fünf Kinder und seine Frau mit einem Beil nieder. Die Kinder wurden nach Mainz ins Spital gebracht. Der Mann erschoss sich darauf mit seinem Jagdgewehr.

### Großfeuer.

Lindenberg (Wgän), 19. April. (B. T. W.) In Weiler ist die Strahntfabrik infolge Kurzschlusses niedergebrannt. Drei Stodwerke des Fabrikgebäudes und der größte Teil des Warenlagers im Werle von 100 000 M. sind vernichtet.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

67. Sitzung vom Dienstag, den 19. April, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs einer

Reichsversicherungsordnung.

Abg. Fehr v. Camp (Rp.): Der Abg. Röllenhof sollte doch nicht immer mit seinen alten Ladedultern gegen die Agrarier kommen. Ferner hat er unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung heruntergerissen; dabei wenden wir, wenn sie ganz durchgeführt ist, jährlich 1000 Millionen Mark, täglich also fast drei Millionen Mark für Arbeiterfürsorge auf. (Hört! hört! rechts u. i. Jr.) Ungerechtfertigt waren auch die Angriffe des Abg. Röllenhof gegen den Zentralverband deutscher Industrieller, der stets eine großzügige Sozialpolitik befristet und sich nur gegen eine Gelegenheitsgesetzgebung ausgesprochen hat; in gleichem Sinne sprach sich ja auch der Generalsekretär des deutschen Handelstages aus. Die Vorlage will Versicherungsämter schaffen, die sich teils an staatliche, teils an Gemeindebehörden anschließen sollen; hier wird der Hauptteil eine große Rolle zu spielen haben. Damit, daß die Krankenkassen Träger der Versicherung sind, kann man einverstanden sein. Aber die Aufsichtsinstitutionen sollten nicht so kompliziert sein. Den Betriebskrankenkassen scheint das Reichsamt des Innern nicht günstig geneigt zu sein; dabei haben diese Kassen sich sehr gut bewährt und Herborragenendes geleistet. Dagegen herrscht in den Ortskrankenkassen oft ein sozialdemokratischer Terrorismus, den und Herr Mugdan früher hier in bewegten Worten geschildert hat — leider hat er gestern nichts davon verstanden lassen. In den Ortskrankenkassen überwiegen die sozialdemokratischen Arbeiter und legen den Unternehmen den Fuß auf den Nacken; deshalb müssen die Beiträge halbiert und der Vorstand paritätisch zusammengesetzt werden. Die Sozialdemokraten sollten das nicht ablehnen, zahlen die Unternehmer dann doch 60 Millionen Mark mehr an Beiträgen. Wenn Sie diesen Weg bevorzugen, so bauen Sie (zu den Sozialdemokraten) Ihre Krankenfürsorge ganz ohne die Unternehmer aus, auf dem Wege der freien eingeschriebenen Hilfskassen; ein Drittel Wahlrecht für die Unternehmer ist eine Täuschung, das ist gar kein Wahlrecht und ein unhaltbarer Zustand. (Zustimmung rechts.)

Der Ausdehnung der Krankenversicherung auf das Gefinde und die landwirtschaftlichen Arbeiter wird man sich nicht entziehen können; doch ist das nicht so leicht, wie sich mancher denkt, schon jetzt sorgen die vielgeschmähten ostelbischen Gutbesitzer in Krankheitsfällen ganz vorzüglich für ihre Arbeiter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Den Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen werden die neuen komplizierten Bestimmungen und Vertragsausschlüsse nicht aus der Welt schaffen, die Austragung dieser Kämpfe sollte man den direkt beteiligten Organisationen überlassen. — Nicht zu billigen ist, daß die Vorlage an den Berufsvereinigungen, die sich gut bewährt haben, rüttelt. Bei der Invalidenversicherung haben die Verbündeten Regierungen sich auf der mittleren Linie gehalten; die heftigen Kritiker haben ganz übersehen, daß hier eine freiwillige Zusatzversicherung möglich ist. — Zum Schluß betone ich, daß ich in der Vereinfachung des Verwaltungsapparates die dringendste Aufgabe der Reform sehe, und ich teile die Bestürzungen des Abg. Mugdan, daß sie nicht genügend erreicht wird. (Bravo! rechts.)

Direktor im Reichsamt des Innern Geheimrat Caspar: Wenn neben der Zustimmung auch ernste Bedenken gegen die Vorlage von den Rednern aus dem Hause erhoben sind, so bezogen sich diese doch fast nur auf Einzelheiten, über die bei der kommissarischen Beratung Verständigung zu erzielen sein wird. — Herr Abg. Spahn fragte nach dem Schicksal der Pensionenversicherung für die Privatangestellten. An dieser wird eifrig gearbeitet, und es ist zu hoffen, daß der vom Staatssekretär angegebene Termin für die Fertigstellung des Entwurfs, der Herbst dieses Jahres, innegehalten wird.

Weiter fragte Herr Spahn, ob das Reichsamt nicht mitgewirkt habe bei der Vorlage. Selbstverständlich hat es mitgewirkt, und ich möchte dem Abg. Spahn bemerken, daß die gesamten finanziellen Grundlagen des Entwurfs über den Haufen geworfen würden, wenn seinem Wunsch gemäß die Invalidenversicherung rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1910 erhielte.

Die Schaffung großer zentralisierter Ortskrankenkassen, wie Herr Dr. Mugdan, möglichst mit Ausschluß aller anderen Organisations-

formen, sie wünscht, würde einer wirklichen Selbstverwaltung außerordentlich unzulänglich sein. In solchen großen Klassen bildet sich naturgemäß eine Bürokratie heraus, aber ohne die staatliche Garantie streng geregelten Geschäftsganges. Die vom Abgeordneten Röllenhof vertagene Ausdehnung der Krankenversicherung auf Einkommen über 2000 M. ist in jeder Hinsicht, auch im Hinblick auf die Interessen der Ärzte, unzulässig. Bei der Unfallversicherung liegt die Sache eben anders. Die Redifizierung der Versicherung in einer einheitlichen Versicherungsordnung liegt im allgemeinen Interesse.

Abg. Rulerst (Vole): Wir haben dieser Vorlage mit Beforgnis entgegengekommen. Nicht grundlos. Im allgemeinen dürften die Fortschritte durch die Rückschritte überwogen werden. Die Vorlage ist so reaktionär, daß wir sie lieber scheitern, als in der vorliegenden Gestalt Gesetz werden sehen. Lobenswerte Tendenzen, wie die Erweiterung der Frauenrechte, gelangen nicht zur Entfaltung. — Wir, die wir die politische Willkür unserer Verwaltungsbehörden aus nur zu guter Erfahrung kennen, sehen den neuen Versicherungsämtern nicht unbedingt vertrauensvoll entgegen. — Die Ausdehnung der Krankenversicherung ist im Prinzip zu begrüßen. Unbedingt lehnen wir die Halbierung der Beiträge und der Vertretungsstellen in den Krankenkassen ab. — Bei der Altersversicherung ist die Altersgrenze nicht herabgesetzt. — Bei der Hinterbliebenenversicherung ist einmal die Beschränkung auf „Invaliden“ Witwen und zum andern die Kammerschleier der Renten zu tadeln, die wenig mehr als Almosen sind. — An Verbesserungen werden wir gern mitarbeiten. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.): Die deutsche Arbeiterversicherung ist ein großes nationales Werk. Es ist einfach lächerlich, wenn die Parteien der Linken von „Bettelhunden“ und „Vollstummstülpchen“ reden. (Bravo! rechts.) — Mit den Grundgedanken der neuen Reichsversicherungsordnung, also der Verteilung der drei Versicherungen, der Angleichung der Hinterbliebenenversicherung an die Invalidenversicherung, den Versicherungsämtern als Unterbau sind wir einverstanden. Wir teilen nicht den Wunsch Dr. Mugdans nach großen zentralisierten Krankenkassen, sondern sehen in solcher Zentralisierung eine Gefährdung der Selbstverwaltung, die für uns oben ansteht. Der vorgeschlagene Apparat erscheint in mancher Beziehung zu schwerfällig. Wozu brauchen wir kleine und kleine Bundesstaaten, wie etwa Woldorf oder Neuh. a. L. besondere Landesversicherungsämter? Es ist bedauerlich, daß der Entwurf, wenn auch die Motive es in Abrede stellen, den freien Hilfskassen das Lebenslicht ausblenden will. Dem kann ich nicht zustimmen, obwohl ich kein besonderer Freund der Hilfskassen bin. Die Schädigung der Hilfskassen ist um so ungerechter, als die Vorlage die Betriebskassen konservieren will. Die besonderen Verhältnisse der Landarbeiter erfordern eine besondere Organisation; es ist aber zu erwägen, ob nicht Verbesserungen an den vorgeschlagenen Landläsen zu treffen sind. Ich persönlich bevorzuge im Einklang mit den Beschlüssen der christlich-nationalen Arbeiter die Bestimmungen der Vorlage über die Halbierung in den Krankenkassen; wenn aber meine politischen Freunde doch geneigt sind, diese Bestimmungen zu akzeptieren, so ist daran Schuld der politische Mißbrauch, den die Sozialdemokratie mit den Krankenkassen treibt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Redner regt Änderungen in den Bestimmungen über Ärzte und Krankenkassen an sowie Aufnahme einer Bestimmung betreffend obligatorische Einführung der gegenseitigen Wahl der Knappschaftskassen. Zum Schluß erklärt der Redner die Zustimmung seiner Freunde zur Hinterbliebenenversicherung.

Abg. Gräfe (Antik.): Unsere soziale Gesetzgebung soll vereinfacht, aber auch verbilligt werden, mehr Lasten als bisher dürfen der Industrie auf keinen Fall auferlegt werden; deshalb können wir auch die Halbierung der Beiträge zu den Krankenkassen, wodurch den Unternehmen von neuem 60 Millionen Mark auferlegt werden, nicht zustimmen. Auch mit den geplanten Versicherungsämtern können wir uns nicht befremden. — Die Bestimmung, daß die Apotheken den Krankenkassen Arzneimittel, die auch im Handverkauf abgegeben werden, zu Handverkaufspreisen ablassen müssen, muß zum Ruin der kleineren Apotheken auf dem Lande führen. Auch den Drogeristen, wenigstens denen, welche die Giffkonzession haben, sollte man das Recht geben, Verträge mit den Krankenkassen zu schließen.

Abg. Becker-Arnsherg (Z.): Die schlechte Besetzung des Hauses scheint wenig Interesse an diesem Gesetz bei den Abgeordneten zu verraten. Aber trotzdem wird aus dem Gesetzentwurf hoffentlich etwas Gutes werden. Der Staatssekretär des Innern ist ja krank gemeldet und daher entschuldigt; aber wo bleibt denn der Reichskanzler? (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Für den deutschen Handelstag hatte er Zeit.

Aus der Debatte ist wohl der Schluß zu ziehen, daß der Verschmelzungsgedanke der drei Versicherungsarten preisgegeben ist. In den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterkraft stand man diesem Gedanken von vornherein skeptisch gegenüber. — Ob vor den Versicherungsämtern zustimmen können, werden meine politischen Freunde erst am Ende der kommissarischen Beratungen entscheiden; neuen bürokratischen Einrichtungen werden wir nicht zustimmen. Sollen die Behörden in der Versicherung leistungsfähig werden, so müssen sie von anderen Behörden unabhängig sein, das ist bei der gegenwärtigen Praxis des Reichsamts des Innern auch bei dem Reichsversicherungsamt nicht der Fall. — Die Zentralisation der Krankenkassen kann auch zu weit getrieben werden; nachdem alle gleichwertig sein sollen, ist eine übertriebene Zentralisation um so weniger notwendig. — Daß die Herren von der Rechten und die Nationalliberalen sich für die Halbierung der Krankenkassenbeiträge ausgesprochen haben, wundert uns nicht; mehr hat uns gewundert, daß der Abg. Mugdan sich dagegen ausgesprochen hat. Wäre die Parteipositionstellung noch ebenso wie vor einem Jahre, so wäre das wohl kaum geschehen. (Heiterkeit.) Die sozialdemokratischen Gewerkschaften mißbrauchen gewiß die Klassen zu politischen Zwecken; aber die Herren, die deshalb die Halbierung der Beiträge fordern, sollen doch auch den Mißbrauch bekämpfen, der in den Berufsvereinigungen getrieben wird, wo nur konservative und nationalliberale Herren in leitende Stellen berufen werden, und den politischen Mißbrauch der Handelskammern, wo nur Liberale als Syndici angestellt werden. Wenn die Industrie so leistungsfähig ist, ohne weiteres 60 Millionen mehr zu den Krankenkassen beizutragen, so soll sie mit diesem Geld die Versicherung ausbauen, und nicht darüber klagen, wie der Zentralverband deutscher Industrieller, daß die soziale Gesetzgebung die Industrie zu sehr belastet. (Sehr gut! im Zentrum.) In der Unfallversicherung weiß der Entwurf in den Renten auf Zeit eine Verschlechterung gegenüber dem bestehenden Zustand auf. — Daß die Heimarbeiter in die Invalidenversicherung einbezogen werden sollen, ist erfreulich. — Herr Mugdan irrt, als er behauptete, daß Zentrum habe den Posttarif vor dem Volke mit der Leg. Trimborn (Hinterbliebenenversicherung) gerechtfertigt; so beschränkt sind unsere Wähler nicht (Große Heiterkeit links), sie billigen unsere Wirtschaftspolitik, weil sie heilsam für das Reich und das Volk ist. (Zustimmung im Zentrum, Lachen links.) Wir vertreten unsere Politik vor unseren Wählern und gewähren den Sozialdemokraten in unseren Versammlungen Redefreiheit (Lachen und Widerspruch links); aber sie kommen nicht mehr, jedenfalls, weil sie zu schlecht abgeschnitten haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Röllenhof warf dem Zentrum vor, es hätte gegen das Invalidengesetz gestimmt und gegen die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Krankengesetz. Sollte das ein Fehler gewesen sein, so ändert das daran nichts, daß die Sozialpolitik des Zentrums vorbildlich ist; bei uns sind eben Fehler etwas Seltenes, bei Ihnen (zu den Sozialdemokraten) ist das Gute etwas Seltenes, so Ihre Zustimmung zu der Novelle zum Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz im Jahre 1899, und damals geschah es nur, wie Bebel auf dem Dresdener Parteitag erklärt, weil in der Fraktionsstimmung eine Unzufriedenheit von Revisionisten vorhanden war. Neben Sie (zu den Sozialdemokraten) nur ruhig weiter über die Sozialpolitik des Zentrums, wir wollen ruhig abwarten, ob Sie bei der Schlussabstimmung wagen werden, gegen die Witwen- und Waisenversicherung zu stimmen. (Sehr gut! im Zentrum.) Die übrigen Parteien bitte ich, mit Wohlwollen in die Kommission zu kommen, damit ein Werk zustande kommt, das nicht der Verärgerung dient, sondern dem sozialen Frieden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Pank-Botsdam (L.): Gegen die Versicherungsämter haben wir große Bedenken; wir fürchten, sie werden ein zu teurer Unterbau für unser Versicherungswesen sein. — Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Land- und Hausarbeiter begrüßen meine politischen Freunde mit Freude. Dagegen können wir nicht der Beschränkung der Betriebskrankenkassen zugunsten der Ortskrankenkassen zustimmen; die Betriebskrankenkassen haben in jeder Hinsicht mehr geleistet als die Ortskrankenkassen. — Gegen die Halbierung bestehen in unserer Fraktion schwere Bedenken, weil sie neue Lasten für die Unternehmer, speziell für den Mittelstand bringt. Andererseits ist die mit der Halbierung der Beiträge verbundene Halbierung der Vertreterstimmen geeignet, dem Mißbrauch der Kassenvorwaltung zu steuern. Aber die Bedenken sind so schwer, daß sie sich kaum überwinden lassen werden. — Die Krankenkassenverbände

los, Mag Bruch, der mehr als Siebzighjährige, komponiert einfach, oft nur in auseinandergelegten Dreiklängen, mit merkwürdigem Hervortreten des Quintinterbalks; er spart mit den Mitteln; er ist innig melodisch. Das geht wider die Mode. Er wird manchmal einseitig dreit, legt einen Schalter des Sentimentalen über das Ganze und erinnert gelegentlich durch Marx und Trab an die „Liederfabel“. Das geht wider die Gewisheit. Er ist ergreifend in seiner Charakteristik äußerer und innerer Vorgänge; er packt mit der elementaren Wucht antiker Größe. Das macht ihn vom Westen und vom Morgen unabhängig.

Notizen.

— Theaterchronik. „Konkurrenten“, Kaufmannstragödie in drei Akten mit einem Vorspiel „In der Pension“, ist der Titel eines Schauspiels, das der Verein zur Förderung der Kunst am 20. April im Hebbel-Theater mit dessen Ensemble zur Aufführung bringen läßt.

— Ein Berliner Salon der Zurückgewiesenen? Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben: „Es haben sich durch die umfassende Ablehnung seitens der Jury der Sezession eine Anzahl Künstler zusammengeschlossen, um dem Berliner Publikum die abgelehnten Werke vorzuführen. Das untergeordnete Bureau bittet die ihm noch unbekanntem Künstler, die Werke distinktiabler Form einzuhandeln, um Adressenangabe. Bureau der Refusés der Sezession 1910, Eigenmacher Str. 103 III.“

— Berliner Arbeiterbibliotheken. Zu unserem Artikel in Nr. 78 des Unterhaltungs-Blattes über Berliner Arbeiterbibliothekswesen teilt uns der Verein der Schriftsteller mit, daß er deshalb keine eigene Bibliothek besitzt, weil er eine Reorganisation des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsteller ist und dessen Bibliothek benutzt.

— Eine gemeinverstandliche Schrift über den Halleischen Kometen und über Kometen überhaupt ist soeben in Verlage von Kaden u. Komp. in Dresden erschienen. Sie trägt den Titel: Kometen — Wissenschaft und Aberglaube — ist nicht weniger als 25 astronomischen und kulturgeschichtlich bemerkenswerten Bildern und zwei feinen Bildnissen geschmückt und von Friedr. Düvel und Franz Diederich gemeinsam verfaßt. Das Kometenbuch, das 120 Seiten stark ist, kostet 1 Mark.

Kleines feuilleton.

In Erwartung des Halleischen Kometen. Mittwoch, den 20. April erreicht der Halleische Komet, dessen Annäherung zum Zentralgestirn seit mehr als 7 Monaten von den Astronomen verfolgt wird, sein Perihel, die größte Annäherung an die Sonne. Mit der ungeheuren Geschwindigkeit von 120 Kilometer in der Sekunde, wird der seltene Gast sich um die Sonne herumwinden, von der er im Perihel nur noch 106 Millionen Kilometer, also zwei Drittel der Entfernung Erde-Sonne, Abstand hat. Wenige Tage nach seiner Sonnennähe muß sich der Komet Halle am Morgenhimmel schon der bloßen Augen zeigen; denn er tritt nunmehr mit fast unveränderter großer Geschwindigkeit seiner Begegnung mit der Erde zu, die in der Frühe des 19. Mai zwischen 3 Uhr 29 und 4 Uhr 29 Min. erfolgen wird.

Nach seinem scheinbaren Vorbeigang an der Sonne ist unser himmlischer Besucher zum ersten Male auf der Sternwarte in Kapstadt wiedergesehen worden, natürlich nur erst im lichtstarken Refraktor. Denn die Helligkeit der Morgenrötung gestattet eine Beobachtung mit freiem Auge erst dann, wenn der Komet weit genug aus dem unmittelbaren Bereich der Sonnenstrahlen gelangt ist. Auch in Wien hat Prof. Palisa den Kometen bereits gesichtet; ebenso ist er in Paris beobachtet worden; andere Beobachtungen konnten jedoch bisher nicht erfolgen. Venus steht gegenwärtig als Morgenstern am Osthimmel im Sternbild des Wassermanns und bewegt sich in nordöstlicher Richtung der Sonne entgegen. Venus wird am 1. Mai ihre größte Annäherung an den Kometen Halle haben, wobei sie in ihrer Bahn dessen Schweif kreuzt. Sie bereitet uns also gewissermaßen das Schauspiel einer Generalprobe zum Weltuntergang, und sie wird uns den Beweis liefern, daß diese Annäherung der beiden Weltkörper für beide Teile, ganz besonders aber für den Planeten, völlig gefahrlos verlaufen wird. Die Sonne, die dank ihrer großen Macht eine energiereiche Himmelspolizei ausübt, sorgt durch ihre ungeheure Waffe, mit der sie alles in ihrem System beherrscht, schon dafür, daß alle ihre Kinder ordnungsgemäß in der ihnen von den unumstößlichen Gesetzen der Schwerkraft und der Himmelsmechanik vorgeschriebenen Bahn weiterlaufen.

Will man unmittelbar nach dem Perihel, also im letzten April, den Halleischen Kometen am Morgenhimmel beobachten, so darf man sich das Frühaustrischen nicht verdrießen lassen. Man muß um 3 1/2 Uhr morgens eine Stellung eingenommen haben, von der aus der Osthorizont völlig zu übersehen ist. Ob der Komet sichtbar wird oder nicht, das hängt in letzter Linie natürlich von den atmosphärischen Verhältnissen unserer Erde ab. Der Dunstschleier, der leider kurz vor und nach Tagesanbruch den Horizont verhüllt, kann alle Mühe vergeblich machen.

Das Ende der Sardinenfische. Die wirtschaftliche Krise, in der sich die britische Sardinenfischerei befindet, war längst abermals

der Gegenstand einer Interpellation in der französischen Deputiertenkammer. Im Anschluß daran gibt der in der Bretagne lebende Schriftsteller Charles Góniou in der „Revue bleue“ eine eindrucksvolle Schilderung der erbärmlichen Lage, in die sich die vom Sardinenfang lebende Bevölkerung — man schätzt sie auf insgesamt etwa 50 000 erwachsene Personen — gebracht hat. Noch vor zehn Jahren belief sich der Jahreserwerb eines Sardinenfischers, einschließlich des Makreleertrags, auf etwa 1000 Frank, in diesem Jahre dürfte er 250 Frank nicht überschritten haben. Dabei war der Fang in der vorigen Saison reichlich dem ja, und jeder einzelne Fischzug brachte etwa zehn bis fünfzehn Tausend Sardinen, aber die Konserverfabriken kauften diese Massen nicht oder boten einen Preis, bei dem die Fischer kaum ihre Unkosten für die Fahrzeuge und Netze hereinbrachten. Zu Hunderttausenden mußten infolgedessen die Sardinen wieder ins Meer geworfen oder zur Düngung der Felder verwendet werden. Die Fabrikanten stellten untereinander in einem Ringverhältnis, und so ist es möglich, daß für das Tausend Sardinen nur noch 5 bis 6 Frank geboten und bezahlt werden. Den Erlös bekommen jedoch nicht etwa die Fischer, sondern ihre „patron“, das ist gewöhnlich ein Väder oder Schwager des Ortes, der eine „maison de hôteau“ unterhält und mit Hilfe der hier ausgehenden alkoholischen Getränke eine förmliche Schindkammer über die für ihn arbeitenden Fischer ausübt. Der Alkohol ist denn auch die furchtbarste Geißel dieser armen Bevölkerung, und da die „patrons“ für die Wahlen ausschlaggebend sind, wagen die Deputierten es nicht, wegen der Zustände in ihren Wahlbezirken an die Regierung oder die Kammer zu appellieren. Solange aber diese „maisons de hôteau“, die die Bevölkerung durch ein wucherisches Kreditwesen immer tiefer ins Elend und in den Alkoholismus bringen, weiterbestehen, läßt Góniou jede Verbesserung der Dinge für ausgeschlossen. Dabei ist die Lebenshaltung der Seeleute und ihrer Familien die denkbar schlechteste, in den Monaten, in denen die Fischer ruht, sind Wassertuppe und trockenes Brot ihr einziges Nahrungsmittel. Góniou versichert, daß die meisten Sardinenfischer schon seit mehreren Jahren noch nicht einen vollen Frank täglich verdienen. Fänden nicht die Frauen und Töchter noch einen lässlichen Nebenverdienst in den Fischledereien, die große Masse der Sardinenfischer wäre schon vollends verhungert oder hätte ihre angekommenen Wohnsitze an der Küste verlassen müssen. Entschließt sich die Regierung nicht bald, helfend einzugreifen, so ist eine vernichtende Krise für diesen Landesteil unausbleiblich.

Musik.

Der am Montag in der Neuen Welt vom Oratorien-Verein zu Nizdorf das Chorwerk „Odyssee“ von Max Bruch hörte, dem würde zu gütigen sein, daß er es nach einigen Jahren nochmal höre — bergleichshaber. Was in ihm heute veraltet erscheint, ersticht dann vielleicht, wenn die Mode umsprünzt, als eine neue Aktualität; anderes schreibt etwa vom Unheimlichen zum Unerträglichem fort; und wieder Einiges beharrt wohl zeit-

und ihre Beamten sind Agitatoren der Sozialdemokratie. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Dagegen treffen die Behauptungen der Abg. Vollenbach und Weder nicht zu, daß die Berufsvereinigungen ihre Beamten nach Parteisichtungen wählen. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) — In der Fragefrage muß versucht werden, einen billigen Ausgleich der widerstreitenden Interessen zu schaffen. — Was die Hinterbliebenenversicherung betrifft, so werden die jetzigen, in der Tat ja nicht sehr hohen Sätze sicherlich nicht ausreichen. Man wird also über kurz oder lang die Sätze erhöhen. Das bedeutet eine neue Belastung des Handwerks. Wobin soll das führen? Der deutsche Gewerbeleiß muß konkurrenzfähig bleiben gegenüber dem Ausland, das nicht so schwere sozialpolitische Lasten auf sich genommen hat wie Deutschland. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Arning (natl.): Im Jahre 1885 fielen circa sechs Millionen Erwerbsfähiger unter die Krankenversicherung; jetzt sind es mindestens 13 Millionen, die ihr unterstehen, und nach der Vorgabe werden es 20 Millionen sein. Durch Angehörige usw. steigt diese Zahl auf mindestens 30 Millionen. Also die Hälfte der deutschen Bevölkerung — wenn nicht mehr — genießt ärztliche Behandlung und bezieht Heilmittel zu Kostenpreisen. Da kann man sich nicht wundern, daß sich der Arzt, Zahnarzt, Apotheker, Drogerie eine gewisse Erregung demächtigt hat. Den Apothekern geht es keineswegs so gut, wie man allgemein denkt, und wenn man den Ausdruck „Apothekerpreise“ gebraucht, um hohe Preise zu bezeichnen, so ist das nicht gerecht.

Der Medner tritt des weiteren unter Berufung auf die Beschlässe des außerordentlichen Kongresses für die Forderungen der Ärzte ein. Ebenso wünscht er eine stärkere Berücksichtigung der Wünsche der Zahnärzte gegenüber denen der Zahnärztinnen.

Direktor im Reichsamt des Innern, Geheimrat Casper: Wenn man, wie gefordert auch Herr Vullenbach, wünscht, daß für das Reich durch gesetzliche Regelung eingeführt wird, was in Württemberg durch freie Vereinbarung geschaffen ist, so übersteht man doch die Verantwortlichkeit der Verhältnisse.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr. (Außerdem Fernsprechgebührenordnung.)  
Schluß 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom Dienstag, den 19. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die zweite Lesung des

### Kultusetats

wird fortgesetzt.

Abg. Winkler (l.): Es muß ein Stolz sein für den Herrn Minister, einen Etat vorzulegen, der solche Summen für die Kulturzwecke, für die höchsten Güter des Volkes vorsieht. Professor Hillebrand hat im Herrenhause mit Recht gesagt: „Ich bitte, mir den Staat zu zeigen, der auch nur entfernt in dieser Beziehung mit Preußen verglichen werden kann.“ Das war das Urteil eines Sachverständigen. Solche Reden, wie wir sie gestern zum Schluß gehört haben, haben ihre heiteren und ihre ernsten Seiten. Wir müssen lächeln, wenn Herr Hoffmann die großen Summen für die Geisteswissenschaften hervorhebt. Sind sie doch nicht, als die ortsständigen Konsequenzen der Beamtensbesoldungssteigerungen. Wir müssen auch lächeln, wenn wir so schiefe Vergleiche sehen, wie die Berechnung dessen, was dem Staat ein Volksschüler und ein höherer Schüler kostet, wobei ungeachtet gelassen wird, daß für die Volksschulen die Gemeinden große Kosten aufbringen. Aber eine solche Rede hat auch ihre sehr ernste und lehrreiche Seite. Wir sehen daraus so recht, wie einem großen Teile unserer Volkes die wichtigsten Vorgänge im Staatsleben bargefüllt werden. Die Reden der Sozialdemokraten werden den Volksgenossen in extenso wiedergegeben, was wir antworten, wird hingestellt als lächerlicher Verzicht, die Angaben der Sozialdemokraten zu widerlegen. Sie erfahren nichts davon, welche Opfer der Staat anderen Volksteilen, wie den Untertanen, zur Unterhaltung der Volksschulen auferlegt usw. Wir sehen, aus welchem Material die Brauer gebaut wird, die einen großen Teil unserer Volksgenossen von uns abschließt, abschließt von der Treue an dem Staat, der für sie sorgt wie kein anderer Staat auf der Welt (Bravo! rechts), und in dem zu leben, für jeden, der ihn wirklich kennt, eine Freude sein sollte. (Bravo! rechts.) Der Antwort des Herrn Ministers an den Herrn Abg. Dittrich stimmen wir durchaus zu. Auch wir legen großen Wert auf den Idealismus unserer Volksschullehrer. Wir halten fest daran, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen von den Lehrern erteilt wird. Nur so können die Lehrer den Weg zum Herzen ihrer Schüler finden. Auf die Frage des Religionsunterrichts der Dissidenten werde ich heute nicht eingehen, sie wird uns bei Gelegenheit der Besprechung einer Petition noch beschäftigen. Zugabe ist, daß es sich um eine zarte Gewissensfrage handelt. Der Erlass der Arnberger Regierung, wodurch mit einem Schlage 200 Schulen von der Disziplininspektion losgelöst werden, hat auch bei meinen Freunden Bedenken erregt. (Sehr richtig! rechts.) Wir nehmen aber mit Befriedigung von der Mitteilung des Herrn Ministers Kenntnis, daß es sich hier nicht um eine grundsätzliche Änderung handelt. Mit der beabsichtigten Abtrennung der Medizinalabteilung sind wir grundsätzlich einverstanden, nicht aber mit einer Fiktion des Unterrichtsministeriums. Das Unterrichtsministerium ist doch nicht eine Artihode, von der man ein Blatt nach dem andern abnehmen kann. (Heiterkeit.) Wir wünschen, daß auch ferner Kirche und Schule, soweit es sich um die höchste Staatsverwaltung handelt, in einer Hand bleiben. (Bravo! rechts.) Den Dezentralisationsbestrebungen in der Verwaltung stimmen wir zu.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Ich danke Herrn Winkler, daß er die Angelegenheit zurückgewiesen hat, die gestern gegen die Regierung erhoben worden sind, daß sie auf dem Gebiete der Kultur, insbesondere für die Volksschule, nicht genug tue. Es ist ja die beste Widerlegung im Etat selbst zu finden, wenn man die Summen sieht, die insbesondere für die Zwecke der Volksschule dort gefordert werden. Allerdings muß man die Zahlen richtig auffassen und den Etat studieren, wenn man hier über den Etat sprechen will. (Sehr richtig! rechts.) Das ist von dem Herrn Medner, der die Angriffe gegen die Regierung gerichtet hat, offenbar nicht gesehen, wenn ich nicht etwa annehmen will, daß er absichtlich falsche Zahlen mitgeteilt hat. Er hat insbesondere behauptet, daß für Kirche und Geistliche die Millionen nur so fließen, daß aber für die Schule nichts geschehe. Das veranlaßt mich denn doch, Ihnen einige Zahlen mitzuteilen, aus denen ersichtlich hervorgeht, daß diese Ausführungen direkt den Tatsachen widersprechen. Herr Hoffmann hat z. B. zum Kapitel 113 evangelische Geistliche und Kirchen den Schlage gezogen, daß 21 Millionen gegen das Vorjahr mehr eingeklagt seien. Er überblickt dabei, daß in diesem Jahre enthalten sind 10 Millionen, die im Interesse der Vereinfachung des Etats vom Kapitel 124 übernommen worden sind und rund 10 Millionen, welche zur Neuordnung der Gehälter durch das Gesetz vom 29. Mai 1909 vom 1. April 1909 ab demüßigt sind, aber erst jetzt im Etat in die Erscheinung treten. Nach Abzug dieser 20 Millionen beträgt das Mehr für evangelische Geistliche etwa 16 000 M. (Heiterkeit und hört! hört! rechts.) Bei dem Mehr für katholische Geistliche und Kirchen gehen von dem Herrn Hoffmann angeführten 6 Millionen 6 338 000 M. ab, die von einem anderen Kapitel übertragen sind, und 2 280 000 M., die ebenfalls schon vom 1. April 1908 ab gezahlt werden, so daß das Mehr nur 1094 M. beträgt. (Große Heiterkeit und hört! hört! rechts.) Nun zu den Ausführungen des Herrn Hoffmann über die Vernachlässigung der Volksschule durch den preussischen Staat. Die Volksschulstatistik beweist einen ständigen Rückgang in der Ueberfüllung der Klassen. Wegen Ueberfüllung konnten nicht Aufnahme finden in den Volksschulen im Jahre 1900: 0,5 Proz., im Jahre 1906: 0,1 Proz. (Heiterkeit rechts.) Wenn man diesen außerordentlich geringen Prozentsatz auch noch verbindet mit der Schwierigkeit, die für die Schulen in der sukzessiv wachsenden Bevölkerung zu finden sind, so ergibt

sich hier ein geradezu glänzendes Bild. (Sehr richtig! rechts.) Der Prozentsatz der in normalen Klassen unterrichteten Kinder ist von 73,45 Proz. im Jahre 1896 auf 77,85 Proz. im Jahre 1901 und 83,29 Proz. im Jahre 1906 gestiegen. Auf eine voll beschäftigte Lehrkraft kamen in denselben Jahren 66, 63 und 60 Kinder und zwar in den Städten 59, 56 und 53, auf dem Lande 70, 68 und 65 Kinder. Was die Aufwendungen des Staates für das Volksschulwesen anbelangt, so betrug das Ordinarium des Etats für das Elementarunterrichtswesen, Art. 121 im Jahre 1890 rund 55,83 Millionen, im Jahre 1900 rund 82,07 Millionen, und im Jahre 1910 beträgt es 161,58 Millionen. (Hört! hört! rechts.) Die Steigerung beträgt also 105,7 Millionen gleich 100 Proz. Das tut ein Staat, dessen Steuersystem nicht auf indirekten, sondern auf direkten Steuern beruht, zu denen die Klassen, die hauptsächlich ihre Kinder in die Volksschule schicken, nichts oder nur wenig beizutragen haben. (Sehr wahr! rechts.) Das sind die Zahlen, die ich gegenüber Herrn Hoffmann anführen wollte, wenn ich auch geringe Hoffnungen habe, daß sie nun in den Kreisen bekannt werden, für die ich sie allerdings hauptsächlich ausgesprochen habe. (Sehr richtig! rechts.)

Die Abtrennung der Medizinalabteilung kann ich nummehr mit aller Bestimmtheit für den nächsten Etat voraussagen. Natürlich bleibt alles, was mit der wissenschaftlichen Ausbildung und Tätigkeit der Ärzte zusammenhängt, beim Kultusministerium. Es würde ja auch niemand daran denken, z. B. die juristischen Professoren dem Herrn Justizminister zu unterstellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Nissen (Däne) führt Beschwerde über das Verbot der Erteilung des Religionsunterrichts in dänischer Sprache in der Nordmark und über einen Erlass des Ministers, der den Geistlichen verbietet, dänische Vereinskämpfer zu besuchen.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Mein Erlass bezweckt, daß die Geistlichen sich von jeder politischen Agitation fernhalten. Die dänischen Vereinskämpfer sind erfahrungsgemäß der Hort des Dänentums.

Abg. Ernst (Fortf. Sp.): Durch den neuen Dirigenten für das Volksschulwesen sind erfreulicherweise die Fäden zwischen der Lehrerschaft und dem Ministerium wieder enger geknüpft worden. Von der geistlichen Schulaufsicht wollen vielfach die Geistlichen selbst nichts mehr wissen. Die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule wird von den preussischen Volksschullehrern durchaus nicht gewünscht. Die Versammlungen des Deutschen Lehrervereins beweisen, daß von einer Religionsfeindschaft der Lehrer keine Rede ist. Aber die Dissidenten gehören nicht in den Religionsunterricht der Schule. Medner spricht sich für Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium aus und führt Beschwerde darüber, daß in Bromberg 18 Lehrer entlassen worden sind, weil sie ihre zweite Prüfung nicht rechtzeitig gemacht hatten.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzlopp: In Bromberg kommen überhaupt nur 15 solche Lehrer in Betracht, und von diesen sind nur vier entlassen worden. Es ist also gerade mit weitgehender Milde in Bromberg verfahren worden.

Abg. Hedenroth (l.): Die Bedeutung des Religionsunterrichts in der Volksschule ist sehr groß; ein wirklicher Religionsunterricht in der Schule ist aber nur möglich, wenn Lehrer und Schüler desselben Glaubens sind. In der Erteilung des Religionsunterrichts an Dissidentenkinder sehe ich keinen Gewissenszwang. Gewiß ist es sehr unangenehm für die Kinder, wenn ihnen im Elternhause das wieder aus dem Herzen gerissen wird, was die Schule hineingepflanzt hat; aber die Tatsache, daß es solche Eltern gibt, ist für mich gerade ein Grund, die Kinder dieser Eltern dem Religionsunterricht der Schule nicht zu entziehen. Etwas von der Saat, die die Schule legt, wird vielleicht doch in solchen Kindern später aufgehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Kaufmann (B.): Wir lehnen die Simultanen ab, weil nach unserer Anschauung die Religion den gesamten Schulunterricht durchdringen soll. Die Simultanen sind eine Schule der Charakterlosigkeit, denn der Lehrer wird verhindert, im Unterricht seine konfessionelle Persönlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Wo die Simultanen besteht, sind die konfessionellen Gegensätze am schärfsten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch Professor Vausen hat sich für die konfessionelle Schule ausgesprochen. (Hört! hört! im Zentrum.) Auch den bekannten Pädagogen Guelitt konnte ich Ihnen anführen. Herrn Dr. Dittrich hat es völlig ferngelassen, den Geist unserer Lehrerschaft irgendwie anzugreifen. Seine Worte waren einzig und allein auf die radikalen Heißsporne gemünzt, von denen der Herr Minister sprach.

Abg. Wiers (l.): Die Ziffern, die Herr Hoffmann vorgeführt hat, um zu beweisen, daß Preußen für Kulturzwecke und insbesondere für die Volksschulen nichts leistet, sind von dem Herrn Minister schlagend widerlegt worden. Wir freuen uns über die Steigerung der Ausgaben für die Volksschule, die der Herr Minister nachgewiesen hat; wir erkennen die Mängel, die noch bestehen, und sind redlich bemüht, sie abzuwehren. Die Leistungen für die Straße machen wir auf Grund geleglicher Verpflichtungen. Ein großer Kreis von Kulturaufgaben ist noch zu erfüllen. Mit Bedauern haben wir gesehen, wie bei dem Bestreben, diese Aufgabe zu erfüllen, die Lebenskraft des Vorgängers des Herrn Ministers verbraucht worden ist. Um die Aufgabe seinem Nachfolger zu erleichtern, stimmen wir gern der Abtrennung der Medizinalabteilung zu. Der Lehrermangel muß vor allem in den polnischen Provinzen auf das schnellste beseitigt werden, denn die Tätigkeit eines Lehrers in einer überfüllten Klasse muß unfruchtbar bleiben. Polnische Lehrer können wir nur annehmen, wenn sie die Verpflichtung übernehmen, die Kinder zu guten Preußen zu erziehen. Ob viel Segen dabei erzieht, wenn Kinder von Dissidenten zur Teilnahme an dem Religionsunterricht der Schule gezwungen werden, scheint mir fraglich. Die Befürchtung liegt nahe, daß solche Kinder auch andere Mitschüler in ihrem Glauben hören. Wenn wir aber andererseits davon ausgehen, daß eine Erziehung zur Sittlichkeit ohne Religion nicht möglich ist, ist es doch erfreulich, daß die Kinder wenigstens eine Religion kennen gelernt haben und daß die Möglichkeit besteht, daß, wenn sie sich auf sich selbst befinden, sie sich zu dieser Religion entschließen. Wir wollen die Kinder zu Charakteren erziehen, dazu ist die Sozialdemokratie in ihren Grundzügen nicht angelegt. Sie will nicht den Einzelnen sich emporarbeiten lassen — abgesehen von den Herren Führern (Sehr richtig! rechts) —, sondern sie will die große Menge einschachteln in das Gerippe, welches die späteren Staatslenker der Sozialdemokratie ausdenken werden. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht verwechseln daran, daß wir unsere Jugend auch aus den sozialdemokratischen Kreisen zurückgewinnen; das ist die höchste Aufgabe der Unterrichtsverwaltung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Hinemann (natl.): Das Zahlenmaterial des Herrn Hoffmann war nicht deneisend. Wenn er z. B. auf die kleine Summe für Expendien verwies, so läßt er dabei außer acht, daß die höheren Schulen 10 Proz. der Schulgeldmaßnahmen für denselben Zweck verwenden. (Abg. Hoffmann: Das ist doch nicht der Staat!) Erzelens Hann hat mit seiner von Herrn Dittrich kritisierten Äußerung über das Zentrum im Herrenhause nur sagen wollen, daß alle möglichen Schattierungen im Zentrum vorhanden sind. Im Mittelpunkt des Unterrichts muß nicht der Religionsunterricht, sondern der deutsche Unterricht stehen. (Sehr richtig! links.) Wir legen den Hauptwert darauf, daß unsere deutsche Jugend auch wirklich deutsch erzogen werde. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Der deutsche Mensch ist seinem tiefsten Wesen nach von jeher auch religiös gewesen. Wenn wir für die Simultanen eintreten, denken wir nicht daran, die Kinder religionslos machen zu wollen. Religionslos erziehen kann man nur durch die Persönlichkeit. (Sehr richtig! links.) Die Frage des Religionsunterrichts an Dissidentenkinder nannte der Herr Minister mit Recht eine zarte. Aber es fragt sich, ob diese zarte Frage dadurch, daß man sich auf den Rechtsstreifen stellt, in der ihr eigenen, das heißt zarten Weise gelöst wird. (Sehr richtig! links.) Der Religionsunterricht, durch den wir Lehrer am besten auf Gemüt und Herz, Sinn und Phantasie der Schüler einwirken können, sollte nicht denen genommen werden, die von Staatswegen berufen sind, ihn zu erteilen. (Bravo! links.) Daher begehen wir auch jeden Schritt auf dem Wege zur Schulaufsicht und wünschen nur, daß diese Schritte schneller und größer

würden. (Bravo! links.) Erfreulich ist, daß den Schulen jetzt die Möglichkeit gegeben ist, die einzelnen Unterrichtsstunden etwas abzukurzen. Sehr notwendig wäre noch die Einführung der Bürgerkunde in den Unterricht, der sich natürlich gegen keine Partei richten darf, sondern die Aufgabe hat, den Schüler zu orientieren. Zur Vorbildung der Lehrer für diesen Unterricht müssen besondere Kurse an der Universität veranstaltet werden. Vor allem muß der Unterricht eingelagert werden ohne eine Vermehrung der Unterrichtsstunden. Bei der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens ist ja der Unterricht in der Bürgerkunde bereits eingeführt. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzlopp: In der Mädchenschule ist die Bürgerkunde natürlich nicht eingeführt, sondern nur in der Frauenschule.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz., persönlich):

Der Kultusminister hat in seiner Rede behauptet, ich hätte unrichtige Zahlen angegeben und hat gesagt: „Man muß allerdings diese Zahlen richtig lesen und auffassen, muß sie studieren, wenn man über den Etat sprechen will.“ Das hat der Medner, als er seine Angriffe gegen die Verwaltung richtete, nicht getan, wenn ich nicht etwa annehmen will, daß er absichtlich falsche Zahlen angeführt hat.“ Ich habe keine falschen Zahlen angegeben, sondern ich habe mich nach dem Etat gerichtet, den der Herr Kultusminister so freundlich war, den Mitgliedern dieses Hauses zuzustellen. Seite 32/33 und 40/41 und in der Wiederholung auf Seite 204 heißt es wörtlich: „Evangelische Geistliche und Kirchen . . . Betrag für das Etatsjahr 1910 23 358 848 M. Der vorige Etat setzte aus 2 000 825 M., mithin ein Mehr von 21 258 023 M. Im Kap. 116 heißt es mit Bezug auf katholische Geistliche: im Jahre 1910 7 Millionen, im vorigen Jahre 1 Million, mithin ein Mehr von 6 Millionen. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich mich darauf berufen, daß die laufenden Ausgaben im Etat vom vorigen Jahre zu diesem Jahre um das Fünffache bis Sechsfache für katholische und um das Fünffache für evangelische Geistliche gestiegen sind. An diesen Zahlen ändert sich auch nichts dadurch, wenn der Herr Kultusminister die Gehaltssteigerung herausnimmt. Wenn er alles wegnimmt, ist gar nichts mehr da. (Heiterkeit.) Die Zahlen sind nach Ihrem Etat richtig, und meine Zahlen falsch, dann haben Sie uns eben einen falschen Etat vorgelegt. (Heiterkeit.) Die Behauptung, daß auch meine übrigen Zahlen nicht richtig wären, hat der Herr Kultusminister nicht bewiesen. Wenn er die Prozentzahlen anführt, so widerlegen die nicht meine Zahlen. (Präsident v. Krüger: Das ist nicht mehr persönlich.) Ich stelle fest, daß meine Zahlen aus der Schulstatistik herkommen und von dem Herrn Kultusminister nicht widerlegt sind. Der Herr Kultusminister hat auch darauf hingewiesen, daß meine Zahlen für die Volksschule unrichtig wären. Er hat aber dann dieselbe Zahl von 161 Millionen genannt, die auch ich genannt habe. (Präsident v. Krüger: Das ist eine Beweisführung, aber keine persönliche Bemerkung.) Ich stelle richtig, daß die Zahlen, die ich angeführt habe, zutreffen und die Behauptung des Herrn Kultusministers, daß meine Zahlen unrichtig sind, nicht zutrifft. Ich halte mir vor, das in der dritten Lesung auszuführen.

Abg. Behr. v. Jeditz (l.): Herr Hoffmann hat soeben den schlagenden Beweis geliefert, daß er auch jetzt noch den Etat nicht lesen und verstehen kann. (Heiterkeit und sehr richtig! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Dieser Bemerkung des Herrn v. Jeditz gegenüber stelle ich fest, daß ich Herr v. Jeditz viel besser zum Schulmeister eignet als zum Abgeordneten (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und daß er vor allem die Geschäftsbearbeitung nicht kennt, sonst hätte er gewußt, daß er das nicht sagen durfte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präz. v. Krüger: Ihre Bemerkung hätte allenfalls Herr v. Jeditz machen können, während ich zugebe, daß die persönliche Bemerkung des Herrn v. Jeditz von Ihnen gemacht werden konnte. (Große Heiterkeit.)

Der Titel „Ministergeball“ wird hierauf bewilligt. Es folgt die Debatte über das Elementarunterrichtswesen.

Abg. v. Brandenstein (l.) tritt für eine Vermehrung der Lehrereinnahmen ein.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Die Zahl der Lehrerinnen hat in viel größerem Prozentsatz zugenommen als die Zahl der Lehrer, allein in den letzten drei Jahren um 25 Proz. gegenüber 9 Proz. Vermehrung der Lehrerstellen. Die Einrichtung neuer staatlicher Lehrereinnahmen neben den bestehenden städtischen und privaten würde in kurzer Zeit eine Ueberproduktion von Lehrerinnen zur Folge haben.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Die Budgetkommission

sahle am Dienstag Beschlüsse, die auf Einschränkung der Reichstagsdrucksachen abzielen. U. a. sollen die Druckschriften über die Schauplätze nur im allgemeinen Teil jährlich, die statistischen Anlagen dagegen alle fünf Jahre dem Reichstage mitgeteilt werden.

Die auf die Sozialpolitik bezüglichen Druckschriften: Nachweisung über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten und der Berufsvereinigungen, sowie der Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes sollen in einem Bande vereinigt und nur in der vom Reichstag gewünschten Anzahl hergestellt werden. In der Debatte wurde der Wunsch ausgesprochen, daß aus der Zusammenlegung der sich auf die Arbeiterversicherung beziehenden Einzelberichte sich eine Art Reichsversicherungsbuch entwickeln möge. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sollen auch technisch einheitlich gestaltet werden.

Die Beratung über das Reichsbesteuerungs-gesetz wurde bis zum Herbst vertagt und die Anträge Großer- und Kleiner- und Ummel-Böble, die beide die Beschaffung neuen Materials verlangen, angenommen.

Am Donnerstag wird der Gesetzentwurf über Niederschlagung der Altväterfrankfurter Luftstandsaussage verhandelt werden und dabei voraussichtlich auch die Diamantenfrage ausgetrollt werden.

### Die Wahlsprüfungscommission des Reichstages

erklärte in ihrer Sitzung vom Dienstag die Wahl des Abg. W. H. Strahlburg für gültig. In dem Wahlprotokoll war behauptet worden, daß von sozialdemokratischer Seite für arbeitslose Arbeiter, für kranke Personen, ja selbst für einen Mann, der sich in Untersuchungshaft befand, Stimmzettel abgegeben worden seien. Die umfangreichen Erhebungen haben ergeben, daß an den Hauptpunkten nicht eine Silbe wahr ist. Nur in einem einzigen Falle wurde festgestellt, daß ein Unbekannter für einen anderen wählen wollte; der Betreffende wurde aber nicht zur Wahl zugelassen.

## Aus der Partei.

### Zur Raifeler.

Die Münchener Arbeiterschaft wird zum erstenmal die Raifeler durch ein Massenmeeting unter freiem Himmel auf der Theresienwiese begehen, wo von 8 Tribünen gesprochen wird. Zum und vom Festplatz werde große Umzüge durch die Stadt veranstaltet.

### Die Wirkung des Schnapsbottels.

Die Mannheimer Handelskammer schreibt in ihrem soeben herausgegebenen Jahresbericht über die Wirkung des „sozialdemokratischen Schnapsbottels“:

Der Konsum (von Branntwein) ist bis auf ein Minimum zurückgegangen. Hieran ist hauptsächlich der Boykott durch die Arbeiter und Hauptkonsumenten schuld, so daß nicht abzusehen ist, wann eine Belebung wieder eintreten wird.

#### Aus der Bewegung von Sachsen-Weimar.

In Weimar fand am Samstag eine Gemeindevorträterkonferenz statt, die zur Aufgabe hatte, ein Kommunalprogramm für das Großherzogtum zu schaffen. Am Sonntag wurde die Landeskonferenz abgehalten. Im Anschluß an den Bericht über die letzten Landtagswahlen erfolgte eine Aussprache über die Verhältnisse im Großherzogtum. Zur Debatte stand ein Antrag auf Schaffung eines sozialdemokratischen Landesorgans. Genosse Pfannkuch, Berlin als Vertreter des Parteivorstandes machte zur größten Vorsicht, da die Verhältnisse, wenn auch verbesserungsbedürftig, so doch in Thüringen noch lange nicht die schlechtesten seien. Ein definitiver Beschluß wurde nicht gefaßt, vielmehr die weitere Regelung der Angelegenheit den Instanzen der einzelnen Wahlkreise übertragen. Die Landeskonferenz erklärte dann noch ihre Zustimmung zu den von der Gemeindevorträterkonferenz gefaßten Beschlüssen. — Im Herbst finden die Bezirksauswahlgewahlen statt. Die Partei wird trotz des schlechten Wahlergebnisses in die Agitation eintreten, wo die Möglichkeit zur Erreichung von Erfolgen vorhanden ist.

#### Unsere Toten.

Einer von den alten Garde, der Genosse Hermann Morsbach in Solingen ist am Sonntag früh nach langem Leiden im Alter von 61 Jahren verschieden. Ein Herzschlag hat dem durch jahrelange Krankheit geschwächten Körper ein Ende bereitet. Der Verstorbene war von Beruf Scherenmacher, schloß sich schon in jungen Jahren der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung an und wirkte in den vordersten Reihen mit rastloser Energie und großer persönlicher Opferwilligkeit. Kamenilich unter dem Sozialistengesetz stand er seinen Mann. Im Überfelder Geheimbundprozess figurerte er unter der Nr. 122 in der Liste der Angeklagten, welche man mangels Beweises nachgedrungen außer Verfolgung setzen mußte. Als Morsbach später in der Baumstraße in Solingen eine Wirtschaft eröffnete, war diese Jahre hindurch der Sammelpunkt der Parteigenossen. Ein schweres asthmatisches Leiden machte der regen Tätigkeit Morsbachs vorzeitig ein Ende. Die Arbeiterchaft Solingens bewahrt ihm ein ehrendes Gedächtnis.

Im Alter von 78 Jahren ist Genosse Fritz Reinstädter in Wermelskirchen (Kreis Remscheid) aus dem Leben geschieden. Mit dem Verstorbenen sinkt ein Stück Geschichte der dortigen Arbeiterbewegung ins Grab. Er war noch einer von jenen begehrtesten Alten, die dem berehenden Wunde Laßalles gelaufigt haben und seinen Lehren treu geblieben sind. Lange Jahre hat er im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung am Ort gestanden, und wenn dies im letzten Jahrzehnt nicht mehr der Fall war, so war es lediglich das hohe Alter, das ihn an positiver Mitarbeit hinderte. Im Herzen aber ist er jung und bis zur letzten Stunde ein treuer Anhänger der Volkssache geblieben.

Personalien. Genosse Dullmer, der seit Jahresfrist als Parteisekretär für den 3. Hamburger Reichstagswahlkreis fungierte, ist nach Stuttgart übergesiedelt, wo er zum Parteisekretär gewählt worden ist. Die Wahl des neuen Sekretärs für Hamburg erfolgte in der nächsten Generalversammlung.

Ein Wahlsieg im schwarzen Züffel Oesterreichs. Infolge der Einführung des Proporz für die Gemeindevorstände in Sorauberg gewonnen unsere Genossen, die bisher von der Gemeindevorstandsbildung ausgeschlossen waren, vier Mandate. Die bisher liberale Mehrheit ging an die Christlichsozialen verloren, zu welchem Ende der Proporz von dem Landtag eingeführt worden war.

#### Erfolge der Sozialdemokratie bei den Landstingwahlen in Schweden.

Nach und nach werden die Resultate der kürzlich vollzogenen schwedischen Landstingwahlen bekannt. Dabei zeigt es sich, daß unsere Parteigenossen recht gute Erfolge erzielt haben, obwohl ja das Wahlrecht zu den Landstingen nach der großen Wahlrechtsreform, deren Wirkungen nun zum erstenmal in den Landkommunen erprobt werden, immer noch so plutokratisch ist, daß der einzelne Kommunalwähler — auch die Aktiengesellschaften sind Wähler — je nach seiner Steuerleistung bis zu 40 Stimmen hat. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten aus 18 Län, die je ein Landstingsgebiet bilden, sind im ganzen 19 Sozialdemokraten, 71 Liberale und 134 Konservative gewählt. Die Parteilstellung der gewählten ländlichen Landstingsmitglieder ist allerdings in vielen Fällen sehr zweifelhaft, da diese Parteien unter allerlei Parteibezeichnungen Wahlagitatorien getrieben haben, und sich mancher, den man für liberal hielt, wohl noch als exreaktionär entpuppen wird. Die sozialdemokratischen Erfolge erstreckten sich auf 9 Län. Am stärksten ist die Sozialdemokratie im Stockholmslän vertreten, wo 8 Genossen, 2 Liberale und 7 Konservative gewählt sind, sowie in Rasmöhlslän, wo 4 Genossen, 1 Liberaler und 7 Konservative gewählt sind. In den übrigen 6 Län, wo die Partei Erfolge zu verzeichnen hat, sind in diesen je zwei und in zweien je ein Sozialdemokrat gewählt. Wahrscheinlich werden die nächsten Tage noch Nachrichten über weitere Wahlerfolge unserer Parteigenossen bringen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Spirituszentrale an der Arbeit.

Auf ein vollständiges Monopol, das sich auf die Spirituserzeugung und den Absatz — einschließlich der Spirituosen erstreckt, ist der Zentrale Streben gerichtet. Zu diesem Zwecke versucht sie nun ein „Abkommen“ mit dem Verband der Spiritus- und Spirituosenhändler zu treffen. Wohin die Wege gehen soll, verrät der Verzichtenswurf. Nach der „Frankf. Ztg.“ enthält er u. a. folgende Bestimmungen:

Die Spirituszentrale G. m. b. H. verpflichtet sich, 1. für die Dauer ihres Bestehens dem Verbande auf die von seinen Mitgliedern jährlich bezogenen Mengen von steuerpflichtigem oder steuerfreiem Spiritus pro Hektoliter z. B. einen Rabatt von 4 M. zu gewähren. Der Rabatt ist vierteljährlich abzurechnen und der Verbandskasse bar zur Verfügung zu stellen; 2. einen Rabatt außer an den Verband an seinen anderen außerdeutschen Verbrauchern, sowie keine irgendwie gearteten Sonderabkommen an deutsche oder außerdeutsche Verbraucher zu gewähren; 3. bei Lieferungen an Abnehmer, die dem Verbande nicht angeschlossen sind, ein Aufgeld von 8 M. auf die allgemeinen Verkaufspreise zu erheben; 4. bei der Abgabe von steuerpflichtigem oder steuerfreiem Spirit in Gebinden unter 1 Stück gemäß den mit dem Verbande getroffenen besonderen Vereinbarungen zu verfahren und ihre Gesellschafter zur Einhaltung dieser Aufgelde anzuhalten.

Der Verzichtenswurf läuft also darauf hinaus, sämtliche Händler in den Verband hineinzuverfrachten, sollen doch die Nichtmitglieder 10 M. pro Hektoliter Alkohol mehr bezahlen als die Verbandsangehörigen. Da diesen der Bezug von nicht der Spirituszentrale angehörenden Produzenten erschwert wird, hofft man auch, auf diesem Wege den Außbüßern der Zentrale die Position zu erschweren. Der Kampf der Zentrale gegen das Defezidat entspringt denselben Motiven.

Durch die Vorkehrung der teilweisen Denaturierung der nicht kontingentierten Erzeugung im neuen Branntweinsteuergesetz wurde die Lage der der Zentrale fernstehenden Werke erheblich erschwert, da die Herstellung von denaturiertem Spiritus weit weniger gewinnbringend ist, als die von Weizenbrennspiritus.

Von der rund 23 Millionen Liter betragenden Spirituserzeugung der gewerblichen Defezbrennereien werden etwa 60 Proz. von dem Defezidat angehörenden gewerblichen Brennereien hergestellt. Von diesen 60 Proz. sind nur etwa 25 Proz. der Spirituszentrale angeschlossen. Die Zentrale hat den übrigen 65 Proz. der Brennereien des Defezidats den Anschluß nahegelegt und sich verpflichtet, ihnen auch für ihren vergällungspflichtigen (denaturierten) Branntwein für die Dauer des Vertrages der Zentrale dieselbe Vergütung zu zahlen, welche die Kartoffelbrenner erhalten, und zwar auch dann, wenn die Zentrale sich veranlaßt sehen sollte, den Preis für den vergällungspflichtigen Branntwein zu ermäßigen. 12 Millionen Liter wurden als Mindestmaß des Anschlusses gefordert; in diesem Falle hätten die gewerblichen Brennereien an die Zentrale eine Abgabe von 2,50 M. für 100 Liter zu zahlen; bei einem Anschluß von 19 Millionen Liter würde dagegen auf Abgabe von der Zentrale gänzlich verzichtet werden. Der Direktor Antuch von der Spirituszentrale hat aber als Besitzer von zwei Melassebrennereien die Aufnahme ins Defezidat beehrt gefordert, daß ein Spirituskontingent von 1,20 Millionen Liter in Defezzeugung (etwa 40.000 Zentner) umgerechnet wird, die Fabriken aber stillgelegt bleiben und ihnen dafür eine jährliche Abfindung von 60.000 M., d. i. für die Dauer des Defezidats 600.000 M., gewährt werden soll.

Ueber diese Forderung ist bisher eine Verständigung nicht erzielt worden. An die Widerspenstigen hat die Zentrale jetzt ein neues Rundschreiben erlassen. Sie wiederholt die Drohung, durch Errichtung zweier Hefefabriken dem Defezung heftige Konkurrenz machen zu wollen, wenn der Widerstand gegen seine Ansprüche nicht aufgegeben werde. Weiter wird ganz unzweideutig ausgesprochen, der Zweck des Vorgehens der Zentrale sei, die Verwertung des Spiritus gewinnreicher zu machen. Mit anderen Worten, die Zusammenschlußbestrebungen sind nichts anderes als Vorbereitungen zum Andrehen der Preishebel. Dieses edle Ziel wagen ist jeder Koalitionszwang, jeder Diktator, jeder Wohlthäter erlaubt. Was die Unternehmernpresse sonst als der Sünden allerhöchster verdammte, das ist eine „nationale Lüge“, wenn dabei Plünderinteressen wahrgenommen werden.

### Konzentration im Berliner Holzhandel.

Die industrielle und kapitalistische Konzentration, die nicht in allen Betrieben gleichmäßig voranschreitet, hat im Berliner Holzhandel schon einen ziemlich großen Grad erreicht. Jetzt hat die Holzhandlung Brande u. Söhne, die bereits Zweiggeschäfte in Spanbau und Tromberg besitzt, dazu eigene Sägemühlen in ausgedehnten Forstbetrieben Galiziens und Rußlands unterhält, auch die Wilmerdorfer Holzhandlung von Raumann Jwim in ihren Bereich aufgenommen. In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe mittlerer Berliner Holzhandlungen von der genannten Firma aufgekauft worden.

### Die Kartoffelpreise.

Fast durchweg sind die Kartoffelpreise im Großhandel niedriger als im Vorjahre. Verfolgt man demgegenüber die Kleinhandelspreise für Kartoffeln in 60 deutschen Städten, so ergibt ein Vergleich mit 1909, daß bisher nur an wenigen Plätzen eine Preisermäßigung eingetreten ist. Im Durchschnitt dieser 60 Plätze ergibt sich ein Preis von 8 Pf. pro Kilogramm im Februar dieses Jahres gegen ebenfalls 8 Pf. im Februar 1909. In den einzelnen Orten war die Preisbewegung allerdings sehr ungleichmäßig; in einigen ist der Preis sogar noch beträchtlich höher, in anderen ist er niedriger als 1909. Bismarck z. B. weist einen Preis von 8 Pf. auf gegen 4 Pf. im Vorjahr, Danzig dagegen einen solchen von 10 Pf. gegen 15 Pf. In Berlin beträgt der Preis noch wie im Vorjahr 7 Pf. In Stettin ist er von 8 auf 6, in Posen von 6 auf 5 Pf. heruntergegangen, in Breslau aber ist er von 6 auf 7 Pf. gestiegen. Halle weist eine Ermäßigung von 10 auf 8 Pf., Kiel eine Erhöhung von 9 auf 10 Pf. auf. In Weimar ist der Preis von 8 auf 10 Pf. hinaufgegangen und in den meisten rheinisch-westfälischen Orten sieht er noch genau so hoch wie im Vorjahr.

18 Prozent Dividende — Kapitalerhöhung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft der Bergmann A.-G. beschloß, die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen. Der Bruttoertrag stieg von 4.488.980 M. auf 5.228.488 M. An der Dividendenberechnung sind 14 Millionen Mark voll und 7 Millionen Mark zur Hälfte beteiligt. Wie der Aufsichtsrat mitteilt, rechnet er mit einer noch erheblichen Erweiterung der Geschäfte, und er stellt deshalb den Antrag, das Aktienkapital wiederum zu erhöhen und zwar um 8 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark.

### Preisvereinbarung in der Zinoleumindustrie.

In der Generalversammlung der Zinoleumwerke Delmenhorst machte der Vorsitzende die Mitteilung, es sei schon durch Verhandlungen im Januar dieses Jahres möglich gewesen, mit drei anderen Zinoleumfabriken zusammen Preisabmachungen zu treffen. In voriger Woche sei in Bremen durch Verhandlungen erreicht worden, daß sämtliche deutsche Zinoleumfabriken die vereinbarten höheren Preise am 16. d. M. der Kundschaft gleichzeitig bekannt gegeben haben. Bei der bekannten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit müßten nun auch die Löhne steigen.

Bayerische Staatsanleihe. Die Königlich bayerische Regierung hat eine vierprozentige, bis 1920 unauflösbare Staatsanleihe im Betrage von 75 Millionen Mark und zwar 40 Millionen Mark Eisenbahnanleihe und 35 Millionen Mark allgemeine Anleihe an das bayerische bayerische Konsortium zum Kurse von 101 Prozent begeben. Es ist beabsichtigt, die Anleihe demnächst zur Zeichnung auszuliegen.

Vom amerikanischen Eisenmarkt berichtet das Fachblatt „Ironmonger“, daß das Geschäft abflauende Tendenz zeige. Die Rückhaltung der Konsumenten habe sich noch stark vermehrt. Die Rohisenpreise der New Yorker Börse, die als ein Barometer der Eisenindustrie angesehen werden könnten, zeigten schon seit Monaten Abnahme. Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften, die in erster Linie der Industrie Aufträge erteilen, machten zu wenig neue Bestellungen auf Schienen und Wagenmaterial. Schon seit zwei Jahren bewegten sich die Neubestellungen von dieser wichtigsten Seite in engen Grenzen, ganz im Gegensatz zu der Ausdehnung, die die Stahlwerke erfahren hätten.

## Soziales.

### Empörende Zustände aus einer Fürsorgeanstalt.

In Caselmith bei Greiz besteht ein vom Staat (Fürstentum Reuß a. L.) subventioniertes, von Geistlichen eingerichtete „Rettingshaus“ für verwahrloste Kinder. Es trägt zur Erinnerung an die fromme Mutter des verstorbenen Fürsten den Namen Karolinefeld. Wegen einer Reihe schwerer Untaten ist am 6. April der Hauswarter und Lehrer von Karolinefeld Ernst Köhler verhaftet. Ihm werden schwere Sittlichkeitsverbrechen und Mißhandlungen, begangen an den ihm anvertrauten Kindern zur Last gelegt. Wie die „Greizer Zeitung“ meldet, hat der ärztliche Hauswarter bereits ein Geständnis abgelegt. Er hat Pflichten beiderlei Geschlechts täglich mittels Klopfpfeifen, Rohrströcken und grünen Ruten auf nackte Körper teils geprügelt. Bei der geringsten Unruhe schleppte er die Mädchen in eine dazu bestimmte Kammer, band ihnen die Hände über den Kopf zusammen, brachte sie in eine ihm geeignet erscheinende Lage und schlug nach Verteidigung seiner sexuellen Gelüste beide Seiten des Körpers der armen Wesen blutig.

Die Furcht vor weiteren Strafen hatte die Kinder abgehalten, die Schweißigkeiten anderen mitzuteilen.

In diesen Höllempfinden einer Zwangserziehung sind durch Gerichtsbeschlüsse auch Kinder gebracht, deren Vergehen darin bestand, — daß die Eltern für sie nicht sorgten. So war u. a. ein Kind dort untergebracht, dessen Vater sich um seine Familie nicht kümmerte und das nun für Mutter und Schwester betteln ging, — wahrlich keine Sünde.

Ist auch bekannt, daß Reuß a. L. im Jahre 1901 dadurch berüchtigt wurde, daß der damals regierende Fürst Heinrich XXII. jugendliche Landesfinder, die sich ein kleines Vergehen (Kartoffelausschleusen und dergleichen) hatten zu schulden kommen lassen, sich nach ausziehen ließ und sie dann eigenhändig durchprügelte, so wäre es doch ungerecht, die geschäderten Brutalitäten in der Fürsorgeerziehung als eine Eigentümlichkeit des Fürstentums Reuß a. L. hinzustellen. Wie die Vorkommnisse aus Blohmes Bildnis, aus Mielezyn, aus Gemünde an der Eifel, aus dem Neanderhaus bei Klein-Kamin und aus anderen Orten beweisen, können diese Schweißigkeiten mit Notwendigkeit aus diesem Fürsorgeinstitut heraus. Dies leistet keinerlei Gewähr dafür, daß die geistige, körperliche und moralische Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder erfüllt wird. Es ermöglicht es vielmehr, daß aus Kindern, die zur Erziehung überwiesen werden, der Rest der menschlichen Würde ausgeprägt wird. Kürzlich konnten wir von einer Fürsorgeanstalt berichten, in der im schroffen Gegensatz zu den von uns immer wieder an die Deffentlichkeit gezogenen Brutalitäten Milde und Nachgiebigkeit herrscht, die so die Aufgabe einer Fürsorgeanstalt in prächtiger Weise erfüllt, die fehlende Erziehung den Verwahrlosten angedeihen zu lassen und sie zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Soll das Ziel durchweg erreicht werden, so ist eine Reform des Fürsorgewesens an Haupt und Gliedern erforderlich.

### Landrats soziale Einsicht.

Ein lungenkranker, vollständig arbeitsunfähiger Arbeiter in Gärenklau (Brandenburg), Vater von sieben Kindern, von denen erst zwei schulpflichtig sind, hatte sich an das Landratsamt des osthavelländischen Kreises mit der Bitte gewandt, die Remonteverwaltung in Gärenklau anzuweisen, ihm eine Unterstützung zu gewähren, da er sich in großer Not befände. Darauf bekam er vom Landratsamt des osthavelländischen Kreises folgenden Bescheid:

Nach Angabe des Gutsvorstandes in Gärenklau setzt sich Ihr Einkommen wie folgt zusammen:  
Invalidentrente von monatlich 13,50 M. oder wöchentlich M. 3,25  
Ihrer Frau steht es frei, wie auch den anderen verheirateten Frauen mit großer Familie, sechs Tage in der Woche zu arbeiten, Verdienst a 1 M. . . . . 6,00  
Ihr 15-jähriger Sohn erhält vom Remontedepot, nicht weil er es verdient, sondern nur mit Rücksicht auf die Bedürftigkeit der Familie pro Tag 1,75 M. . . . . 10,50  
Ihre 14-jährige Tochter soll, wenn sie auf dem Remontedepot arbeiten will, ebenfalls täglich 1 M. oder pro Woche erhalten . . . . . 6,00

macht zusammen pro Woche M. 25,25

Hierzu kommt freie Wohnung und freie ärztliche Behandlung für sämtliche Familienmitglieder. So lange die Gewährung der Invalidentrente nicht bekannt war, wurden Ihnen noch monatlich drei Zentner Kartoffeln und 80 Liter Milch bewilligt, welche jedoch vom 1. April 1910 ab in Fortfall kommen sollen.

Mit Rücksicht auf die dargelegten Verhältnisse ist die Bewilligung des Remontedepots nicht verweigert, Ihnen eine Unterstützung zu bewilligen. Ihre Eingabe sehe ich hiermit als erledigt an.  
B. Bödicke.

Dieser Bescheid spricht Bände gegen die „soziale“ Einsicht der preussischen Verwaltungskörper, denen jetzt gar die Arbeiterversicherung voll ausgeliefert werden soll. Dem Kollektiden wird als Antwort auf sein Unterstützungsgesuch die bis dahin gewährte Beihilfe entzogen! Und deswegen! Nicht etwa, weil das willkürlich zusammengesetzte Einkommen wirklich vorhanden ist, sondern weil es erreicht werden könnte! Vielleicht gibt der Landrat das Rezept an, wie die Frau es fertig bringen soll, neben der Pflege des kranken Mannes und der Kinder — zwei sind noch nicht schulpflichtig! — noch täglich arbeiten zu gehen; aber solche nebenhändige Fragen zerbricht man sich da oben aber nicht die Köpfe!

### Von der Rechtslosigkeit des ländlichen Gefindes.

Das 18-jährige Dienstmädchen Schanitzko war durch einen Stellenvermittler an den Gutbesitzer Reumann in Ruhleben vermittelt worden, wofür der Vermittler nach seinen eigenen Angaben eine Gebühr von vierzig Mark erhielt. An Lohn sollte sie jährlich 210 M. erhalten, als sie aber am vergangenen Sonntag den längst fälligen Betrag für das erste Quartal verlangte, verweigerte ihr der Besitzer das Geld. Darauf verlangte das Mädchen die Herausgabe ihres Dienstbuchs und der Invalidentarte, sowie ihrer Sachen. Weides verweigerten der Besitzer und seine Frau. Letztere traktierte dabei das Mädchen mit Schlägen. Darauf lief sie fort und ging nach Berlin; hier wurde sie dem Verbands der Hausangestellten zugeführt, der nun versuchen wird, dem mißhandelten und betrogenen Mädchen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

### Zum Begriff der höheren technischen Dienstleistungen.

Der Zeichner und Lithograph W. am 1. Februar bei der Firma Selmer Meyer gegen 150 M. Monatslohn in Arbeit getreten. Ueber Kündigungsfrist war nichts vereinbart. Am 1. März wurde W., weil seine Leistungen nicht befriedigten, zu Ende März gekündigt. Dieser Kündigung hatte er widersprochen, weil er sich als mit höheren technischen Dienstleistungen betrauter Angestellter betrachtete. Er wurde aber trotzdem am 31. März entlassen. Er machte nun seinen Anspruch auf die sechs wöchentliche Kündigungsfrist, zulässig zum Quartalschluß, beim Gewerbeamt geltend und klagte zunächst auf Zahlung von 150 M. Gehalt für April vorbehaltlich seiner weiteren Ansprüche. Das Gericht betrachtete ihn als Angestellten, der mit höheren technischen Dienstleistungen betraut war, weil er mit der Anfertigung von Entwürfen beschäftigt war. Wenn der Kläger diesem Posten nicht ganz gewachsen war, so berechtigte das die Klage nicht zur Entlassung ohne Annehmung der für solche Angestellten geltenden Kündigungsfrist. Die Klage wurde dem Klageantrage entsprechend verurteilt.

### Die achte ordentliche Versammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen

wird in den Pfingstferien dieses Jahres vom 14.—18. Mai in Berlin tagen. Die Verhandlungen werden im Reichstagsgebäude stattfinden. Volksschullehrerinnen aus allen Provinzen sind bereits angemeldet. In den Hauptversammlungen stehen folgende Gegenstände zur Beratung: 1. „Nach welchen Grundrissen ist die Volksschule umzugestalten?“ 2. „Die verheiratete Lehrerin.“ (Referat und Korrespondenz.) 3. „Die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.“ 4. „Jugendgerichtsamt und Jugendfürsorgevereine.“ Auch wird eine Ausstellung für Arbeitsunterricht veranstaltet werden.

Gleichzeitig finden die zweite Hauptversammlung der Wirtschaftlichen Hilfskassen des Landesvereins und die dritte Hauptversammlung des Deutschen Vereins Abtinerter Lehrerinnen in Berlin (gleichfalls im Reichstagsgebäude) statt.

**Partei-Spedition Rixdorf.**  
Am Sonntag, den 17. April, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege  
**Alois Sandmann.**  
Derfelde war uns stets ein pflichttreuer, fleißiger Mitarbeiter, dem wir stets ein gutes Andenken bewahren werden.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Britz, Chausseestraße, aus statt.  
Zeitungs-Spedition „Vorwärts“  
W. Eberhardt & Co.  
Filiale Rixdorf.

**Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. April unser Kollege, der Flaschen-Reiniger  
**Wilhelm Stahl**  
(Schmiedes Brauhaus)  
nach schwerer Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt heute, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheenstädtischen Kirchhofes, Schrammbergstraße 1, Heindendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
12/10 Die Ortsverwaltung.

Am 17. April verstarb nach langem, schwerem Leiden meine gute Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Luise Gröschel**  
geb. Lienig  
im Alter von 82 Jahren.  
Um stille Beileid im Namen der Hinterbliebenen bitte!  
**J. Gröschel.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß nach langem Leiden unser Mitglied Frau  
**Luise Gröschel**  
am 17. d. M. verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
23/16 Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung unserer unvergesslichen lieben Tochter sagen wir auf diesem Wege allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.  
**Familie Bommer.**  
11645

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle und zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres herzensguten Vaters und Bruders sagen wir allen Vereinen und Kollegen unseren herzlichsten Dank.  
**Witwe Maria Voggenreiter**  
nebst Kindern und Brüdern.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meiner nie unvergesslichen Frau, unserer herzensguten, treu sorgenden Mutter Frau **Valeska Rentner** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie allen Vereinen, welche der Entschlafenen die letzte Ehreung gebracht haben, auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank.  
**Ernst Rentner** nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters unseren herzlichsten Dank.  
**Frau Bloek** nebst Kindern,  
62032 Berliner Str. 125.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sprechen wir allen Beteiligten, insbesondere auch Herrn Krawalle für den dem Verstorbenen gewidmeten Nachruf unseren herzlichsten Dank aus.  
**Frau Witwe W. Graack**  
nebst Kindern.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerhaft, Zusetzen, von 20 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade 11 (Südth. Börsen).

Am 14. April entschlief unser lieber Kollege und Vertrauensmann, der Schriftsetzer  
**Arthur Bötzw**  
nach langem schweren Leiden in Genf, wo er verblich Hellung suchte, im Alter von 32 Jahren.  
Wir werden das Andenken dieses treuen und lieben Kollegen stets in Ehren halten.  
1768b  
Die Kollegen  
der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisenkirchhofes, Bergmannstraße, aus statt.

**Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.**  
**Ordentliche Generalversammlung**  
am Donnerstag, den 28. April 1910,  
abends pünktlich 8 1/2 Uhr,  
im großen Saale der Arminushallen, Kommandantenstr. 58-59.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechnungslegung für das Jahr 1909 durch den Rentanten.  
2. Bericht des Rechnungsausschusses bezw. Deckungserteilung.  
3. Besprechung über die Reichsversicherungsordnung.  
4. Verschiedenes.  
274/13  
Die Mitglieder der Generalversammlung werden ersucht, über die Angelegenheiten, welche sie eventuell zur Sprache bringen wollen, der Kassenerwaltung bis 26. April 1910 Mitteilung zu machen, damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden kann. — Bis zu diesem Tage nicht gemeldete Angelegenheiten können nicht verhandelt werden (§ 50 letzter Absatz des Kassensatzes).  
**Der Vorstand.**  
A. Biens, Vorsitzender. D. Bonigk, Schriftführer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1937.  
**Donnerstag, den 21. April, abends 8 Uhr:**  
**Mitglieder-Versammlung der Klempner**  
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Otto Glöckner** über: „Gewerkschaftskämpfe einst und jetzt.“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
Da unter Branchenangelegenheiten wichtige Beschlüsse gefaßt werden, erwarten wir, daß auch der letzte Mann unbedingt erscheint.  
Die Kollegen von Kunnert u. Co. und Peters Nachf. sind hiermit besonders eingeladen.  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
**Donnerstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr:**  
**Versammlung der Former u. Berufsg.**  
im großen Saale der Borussia-Säle, Adlerstr. 6/7.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom Formerfonds. 2. Verhandlungsangelegenheiten. Der Antrag vom 15. Dezember 1909. 3. Branchenangelegenheiten. 114/13  
Mitgliedsbuch legitimiert!  
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Schmiede**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau und Arbeitsnachweis: Lindenstr. 73. Telefon: Amt III, 9819.  
Donnerstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Muster-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zu den als Delegierte vorgeschlagenen Kandidaten.  
2. Punkt 9 1/2 Uhr: Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Abrechnung vom 1. Quartal. 4. Anträge und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Kollegen! Der Zentralverband hat auf Antrag die am 23. März stattgehabte Wahl für ungültig erklärt und zugleich die obige Neuwahl angeordnet. Wir ersuchen um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Kein Mitglied darf fehlen!  
170/8  
Gleichzeitig teilen wir mit, daß am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in demselben Lokal eine weitere Versammlung stattfindet.  
Die Tagesordnung dieser Versammlung wird noch im Vorwärts bekanntgegeben. — Auch zu dieser Versammlung ist zahlreicher Besuch erforderlich.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Donnerstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**Versammlung für die Tischbranche.**  
Tages-Ordnung:  
1. Besprechung der gegenwärtigen Situation. 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.

**Möbel** **Möbel**  
**Vorteilhaft kaufen Sie**  
ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke — auch auf Kredit — zu billigen Preisen. Zurückgesetzte Möbel stets am Lager.  
**Möbelkaufhaus Weinmeistersstr. 1, I.**  
Ecke Rosenthaler Straße.  
II. Geschäft:  
Große Frankfurter Straße 104, I.  
am Strausberger Platz.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
Bureau: Engelauer 15, III. Zweigverein Berlin. Telefon: Amt IV, 4093.  
**Sektion der Maurer.**  
Heute, Mittwoch, den 20. April d. J., abends 8 1/2 Uhr,  
finden in allen Bezirken und Zahlstellen  
**Mitglieder-Versammlungen**  
statt.

Cranienburger Vorstadt in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7.  
Osten I bei Vitkin, Remeler Str. 67.  
Osten II im Elysium, Landsberger Allee 41/42.  
Nord-Ost in den Lüne-Festsälen, Neue Königstr. 7.  
Südosten bei Böhm, Raumystr. 6.  
Westen im Königshof, Bülowstr. 37-40.  
Südwesten bei Habel, Bergmannstr. 6/7.  
Süden im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18a.  
Wedding im „Neuen Klubhaus“, Schulstr. 29, großer Saal.  
Moabit bei Kirschtowski, Beusselstr. 9.  
Norden I und II bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148.  
Charlottenburg im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.  
Rixdorf bei Wolff, Kirchhoffstr. 41.  
Schöneberg in den Neuen Rathens-Sälen, Reiningen Str. 8.  
Gr. Lichterfelde im Kaiserhof, Kranoldplatz.  
Steglitz bei Rohmann, Schloßstr. 117.  
Lichtenberg im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5.  
Köpenick bei Joch, Grünauer Straße.  
Friedrichshagen bei Berge, Friedrichstr. 112.  
Reinickendorf bei Anders, Hauptstr. 51.  
Pankow bei Jitteritz, Florastr. 90.  
Wilmerdorf bei Käpfer, Lauenburger Straße 21.  
Adlerhof bei W. Baschin, Meier Straße 1.  
Alt-Glienick bei Witte, Köpenicker Straße 6.  
Zehlendorf bei Widley, Potsdamer Straße 25.  
Friedrichsfelde bei Sommerfeld, Miquelstr. 70.  
Mahlisdorf bei Dräger, Bahnhofstr. 10.  
Tempelhof bei Müller, Berliner Straße 41/42.  
Mariendorf bei Löwenhagen, Chausseestr. 27.  
Teltow bei Kubisch, Hoher Steinweg 10.  
Weißensee bei Peulert, Königchaussee 38, am Donnerstag, den 21. April.

**Sektion der Gips- und Zementbranche.**  
Betonbaubranche. Zementierer, Einschalier und Hilfsarbeiter  
bei Jannasch, Inselstraße 10.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
Bericht und Abstimmung über das Resultat der Vertragsverhandlungen im Lohngebiet Groß-Berlin.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.  
Das Bureau d. Verbandsleitung ist am Mittwoch, d. 20. d., von 1 Uhr an geschlossen.  
137/13 Die Verbandsleitung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Mehlförstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.  
Donnerstag, den 21. April 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).  
Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Delegierten zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress. 2. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.  
Mittwoch, den 20. April 1910, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung der Küchenmöbelbranche**  
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. 2. Diskussion.  
129/4 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Branchenleitung.  
Zur Beachtung! Die gedruckten Jahresberichte liegen in den Zahlstellen aus.

**LUXUSZUG**  
Vom einfachsten bis zum elegantesten Genre!  
Für jede Figur passend:  
**Frühjahrs- u. Hochsommer-Konfektion!**  
Kostüme, Mäntel, franz. Kleider  
**Paletots, Röcke, Kimonos**  
in Bast, Leinen, Seide, Tuch, Cheviot etc.  
für Strasse, Sport, Reise, Gesellschaft  
**bis 55% unter Originalpreisen!**  
u. zwar zu M. 9.-, 11.-, 13.-, 15.-, 20.-, 24.-, 31.-, 37 1/2, 46.- usw. bis 220.-  
früh. z. T. M. 20.-, 25.-, 30.-, 36.-, 46.-, 52.-, 67 1/2, 80.-, 100.- usw. bis 650.-  
**Westmann**  
Mohren-Str. 37a Gr. Frankfurterstr. 115  
nahe Jerusalemstr. nahe Andreasstr.  
**2 1/2 m Stoff zu einem Rock gratis** bei Einkauf von M. 12.- an!  
Extra-Abteil: **Trauer-Westmann** (ges. gesch.)  
Trauerkleider, Blusen, Hüte, Schleier, Handschuhe etc.



Raubmordprozeß Eulenburg.

Der räuberische Ueberfall auf den Gelbbriefträger Friedrich Eulenburg, welcher seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, bildet den Gegenstand eines recht umfangreichen Prozesses, der gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann. Aus der Strafkammer wurden der Schneidergehilfe Emil Drechsler und der Handlungsgehilfe Wilhelm Kayser vorgeführt, um sich wegen versuchten schweren Raubes in Idolsfontaine mit verjährtem Mord bezüg. Anklage zu verantworten. — Den Vorsitz im Gericht führt Landgerichtsrat Dr. Glaube. Zu der Verhandlung sind über 70 Zeugen geladen. — Nach Auslösung der Geschworenen beantragt Rechtsanwalt Berab, daß dem Angeklagten Drechsler Gelegenheit gegeben würde, seine Zustandsveränderung mit denjenigen Kleidungsstücken zu vertauschen, die er seinerzeit getragen hatte. Der Verteidiger begründet diesen Antrag damit, daß die Geschworenen durch die Zustandsveränderung möglicherweise ungünstig beeinflusst würden und außerdem die Zeugen, die ihn erkennen sollen, irritiert werden könnten. — Das Gericht hält die von der Verteidigung nochmals vorgebrachten Gründe nicht für stichhaltig und lehnt deshalb den Antrag ab.

Bei dem Zeugenauftritt, der fast eine halbe Stunde in Anspruch nimmt, stellt sich heraus, daß mehrere Zeugen, darunter der Vater des Angeklagten Drechsler, der Vergolder Drechsler, fehlen. Mit Ausnahme des Gelbbriefträgers Eulenburg, der Kriminalbeamten und einiger anderer Zeugen, die noch heute vernommen werden sollen, werden die übrigen Zeugen bis auf morgen entlassen.

Vernehmung der Angeklagten über ihre persönlichen Verhältnisse.

Bei seiner Vernehmung macht der Angeklagte Drechsler folgende Angaben: Er ist am 7. Mai 1888 in Berlin geboren. Sein Vater ist Vergoldermeister und Eigentümer eines Grundstücks in Mahlsdorf. Er war erst Schneider bei einem Rechtsanwalt und hat dann das Schneiderhandwerk erlernt. In seiner Jugend ist er einmal von einem Radfahrer überfahren worden. Nachdem er als Schneider ausgebildet wurde, ist er auf die Wanderschaft gegangen und hat das Rheinland, Westfalen und Sachsen durchwandert. In Düsseldorf und später in München-Gladbach war Drechsler einige Zeit als kaufmännischer Reisender beschäftigt. Anfang 1905 kam er nach Berlin zurück, wo er erst bei seinen Eltern wohnte, dann aber in Schloßstraße 20, da er noch fünf jüngere Geschwister, zwei Brüder und drei Schwestern, hat und die räumlichen Verhältnisse im Elternhause zu beschränkt waren. Im Alter von 15 Jahren wurde Drechsler das erste Mal bestraft, weil er fünf Spazierstöcke aus einem Laden gestohlen hatte. Er erhielt damals einen Verweis. Er wurde dann in Wittenberg wegen Betrugs mit drei Tagen Haft, dann wegen Diebstahls mit einer Woche Gefängnis bestraft, weil er einen jüngeren Bruder angeklagt hatte, seinem Dienstherrn Silberstücke im Werte von 180 M. zu stehlen. Im Jahre 1905 erfolgte dann die erste schwere Strafe, Drechsler wurde wegen verschiedener Fahrnabdiebstähle, Einbrüche und wegen Beisehung falschen Namens zu drei Jahren Gefängnis und Nebenstrafen verurteilt. Am 16. Februar v. J. kam er aus dem Gefängnis heraus und wohnte zunächst wieder bei seinen Eltern in der Schönhauser Allee 52, wobei er sich durch Handel ernährte.

Im Mai v. J. verübte Drechsler schon wieder neue Einbruchsdiebstähle, wegen der er am 5. August zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, die er zurzeit in der Strafanstalt Brandenburg verbüßt. Wegen eines am 12. Mai in das Handgeschloß von Bartholomäus in der Potsdamer Straße verübten Einbruchsdiebstahls, bei dem er erst die Täterschaft bestritt und erst im Juli ein Geständnis ablegte, wurde er dann zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Vernehmung des Angeklagten Kayser ergibt folgendes: Kayser ist am 27. April 1885 in Bernau als Sohn eines Kommissionsfahrers geboren und in Bernau zur Schule gegangen. Er war dann ein Jahr bei seinem Vater in dem Ladenaufschuß tätig und kam 1900 zu einem Kaufmann in die Lehre. Er war dann in Potsdam und später in Charlottenburg bei einer Firma Hof als Filialleiter tätig. Im Oktober 1905 wurde er zum Militär eingezogen und diente in Frankfurt a. O. bei dem Feldartillerie-Regiment Nr. 18, wo er mit drei Tagen Militärarrest disziplinarisch bestraft wurde. Nach seiner Entlassung im Jahre 1907 war Kayser in verschiedenen Stellungen in Schönhausen, Halensee und bei der Firma Klawe tätig. Von 1909 an hatte er eine Stellung bei der Firma Kaufmann als Filialleiter in der Burgstraße inne, aus der heraus er verhaftet wurde. Vorbestraft ist Kayser wegen des bekannten verübten Raubmordes auf den Lehrling Polme, den er in Gemeinschaft mit dem Handlungsgehilfen Emil Kuhbrodt begangen hatte. Kayser wurde seinerzeit wegen Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens und versuchten Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach Verlesung des Öffnungsbefchlusses gibt der Vorsitzende eine kurze

Darstellung des Sachverhalts.

Bekanntlich wurde der jetzt 59jährige Gelbbriefträger Friedrich Eulenburg, der auf dem Postamt 48 in der Friedrichstraße beschäftigt war, am frühen Morgen des 2. April v. J. auf der Treppe des Hauses Besseltstr. 19 mit einem Weib niedergeschlagen und beraubt. Dem Täter fiel der Inhalt der Geldtasche in Höhe von 755 M. 81 Pf. zur Beute. Der Polizeipräsident hatte seinerzeit auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Vernehmung zur Sache.

Auf die Frage des Landgerichtsrats Dr. Glaube, ob er sich dieser Tat schuldig bekenne, erwidert Drechsler: Ja war es nicht. Ich habe den ganzen Vormittag bei der Frau Heine geschlafen, weil ich von den Anzugsarbeiten, die ich am 31. März geleistet hatte, sehr ermüdet war. Am 1. April abends hatte ich bis morgens 5 Uhr geschlafen und dann bei der Frau Heine, der Schlosserwerkstatt eines Freundes genächtigt. Vor: Am 17. April sind Sie dann wegen der besprochenen Diebstähle verhaftet und im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium geschafft worden. In dem Wagen saßen auch Kayser und Kuhbrodt. Angell.: Jawohl. Vor: Sie haben sich nun mit Kayser im Wagen unterhalten. Sie behaupten doch, daß Sie Kayser bis dahin gar nicht kannten. Angell.: Es war mir aufgefallen, daß ein Mann namens Raach im Sektierenzimmer sich sehr unangelegentlich mit Kayser unterhalten hatte, als ob er ausgehört werden sollte von einem „Achtgroßenjungen“. Ich fragte ihn deshalb, weshalb er sich denn so auszuhalten lasse. Vor: Wie kamen Sie denn aber auf den Fall Eulenburg? Angell.: Wir haben uns im grünen Wagen über allerlei unterhalten, über Kuhbrodt, über den Fall Reschke usw. Im Aufwahrungsraum haben wir dann weitergesprochen. Kayser erzählte mir dann, er sei verdächtig, den Gelbbriefträger Eulenburg überfallen zu haben, er habe aber dem Raach ein gehöriges Kärdchen ausgehoben und allerlei erzählt, was nicht wahr sei. Ich sagte ihm: Wie kannst Du bei einer so schweren Tat so etwas machen? Vor: Weiter nichts? Hat Kayser Ihnen nichts weiter gesagt? Angell.: Nein. Vor: Im Aufwahrungsraum befand sich noch ein anderer Mann namens Drechsler und da sollen Sie versucht haben, diesen zu bestimmen, daß Sie für ihn entlassen würden. Angell.: Das war nur ein Scherz. Vor: Am nächsten Tage sind Sie in die Zelle des Kayser gekommen und als der Befangenenausschreiber Wilmann in die Zelle kam, sollen Sie ihn plötzlich gefragt haben: Ist denn das Weib gefunden? Angell.: Darauf kann ich mich nicht mehr erinnern. Vor: Es ist auffallend, daß Ihr Gedächtnis bis zum 17. Mai ganz intakt war und plötzlich am 18. Mai gänzlich aufhört. Erwinnen Sie sich auch nicht mehr, daß Wilmann

Sie dann nochmals fragte, was denn das mit dem Weib sei und Sie darauf antworteten: Ja meine das Weib, mit dem Eulenburg niedergeschlagen wurde? Angell.: Nein, davon weiß ich nichts. Vor: Schließlich haben Sie dem Ausschreiber Wilmann auch gesagt: Ich bin es gewesen. Sie sind vor den Untersuchungsrichter geführt worden, haben das Geständnis wiederholt und haben dann nochmals in aller Ausführlichkeit das Geständnis abgelegt. Sie sind an Ort und Stelle geführt worden und haben hier die Tat bis in die kleinsten Details geschildert. Diese Schilderung dem Kriminalkommissar Klinghammer gegenüber habe auch ganz genau mit der Tat selbst übereingestimmt und hierin wollen Sie nunmehr plötzlich nichts mehr wissen? Angell.: Ja weiß ich nichts mehr davon. Vor: Angeklagter, wollen Sie nicht doch lieber der Wahrheit die Ehre geben und ein Geständnis ablegen. Es ist ja an sich eine bestialische Tat, aber durch ein offenes Geständnis würden Sie sich vielleicht doch die Milde der Geschworenen und des Gerichts sichern. Wollen Sie nicht doch lieber noch jetzt im letzten Augenblick die Wahrheit sagen? Angell.: Solche bestialische Tat würde ich niemals begehen. Ich habe mir

das alles eingebildet,

ich bin es nicht gewesen. Vor: Sie wollen also auch nicht wissen, daß Sie eine einstündige Unterredung mit Ihrem Vater gehabt und diesem gesagt haben: Wenn ich jetzt ausfallen würde, ich bin es nicht gewesen, dann würde man mir es doch nicht glauben. Angell.: Davon weiß ich alles nichts. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Drechsler dann im einzelnen alle die Daten vor, die der Angeklagte selbst über die Tat selbst, über die Teilung des Raubes mit Kayser, über die Korrespondenz mit Kayser, bei welcher eine hohle Kiste am Goldfischteich im Tiergarten als Briefkasten diente, über die Aufbewahrung seines Anteils durch Vergrabung auf dem Kirchhofe usw. gemacht hat. Der Angeklagte Drechsler bleibt dabei, daß er von all diesen Dingen nichts wissen will. Der Vorsitzende bemerkt, daß der Angeklagte zu gleicher Zeit, wo er sich dieser Tat bezichtigte, den Diebstahl wegen welchem er verurteilt ist, bestritt und später Anträge auf Wiederaufnahme stellte und damit begründete, daß, wenn er den Diebstahl begangen haben sollte, dies im Dämmerungsquartale geschehen sein müsse. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß er im Gefängnis zu einem Mitgefangenen Schneider geäußert habe: Noch ein Jahr und dann gehe ich „hopp“, erklärt der Angeklagte, daß er damit nur einen Scherz gemacht habe.

Auch der Angeklagte Kayser bestreitet jede Schuld. Er behauptet, daß er an dem Tage des Raubmordes schon zwischen 7 und 8 Uhr morgens die von ihm geleitete Filiale geöffnet habe; er könne daher unmöglich der Täter sein. Der Vorsitzende hielt ihm vor, daß verschiedene Zeugen gesehen haben, daß er erst um 10 1/2 Uhr in einer Droßke angekommen und das Geschäft geöffnet habe. Der Angeklagte bestreitet die Richtigkeit der Angaben der Zeugen. Er will den Angeklagten Drechsler überhaupt nicht kennen. Anschuldigungen, die er zu Personen gemacht haben soll und die auf seine Täterschaft oder Mittäterschaft Schlüsse zulassen, bestreitet er. Er habe sehr viel renommierter und so erklärte sich die etwaigen Anschuldigungen. Wichtig sei, daß er erzählt habe, daß er falsche Worte trage. Er habe auch einen falschen Schnurrebart getragen, weil er keinen richtigen hatte. Das sei aber ganz harmlos gewesen; er habe sich da einen Schnurrebart angelehnt, den er von Kuhbrodt erhalten habe.

Die Beweisaufnahme zieht sich bis zum späten Abend hin. Die Verhandlung wird voraussichtlich 5 Tage in Anspruch nehmen. Wir werden das wesentlichste der Beweisaufnahme nach deren Schluß zusammenfassend darstellen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Petition zur Kellnerinnenfrage.

Eine lange Reihe von Frauenverbänden, Frauenvereinen und Frauen, denen sich auch eine Anzahl von Männern angeschlossen haben, insgesamt ungefähr 125 000 Personen, haben eine von Frau Camilla Jellinek, der Gattin eines bekannten Heidelberger Rechtslehrers, verfasste Petition unterzeichnet, die dem Reichstage zugegangen ist. Man verlangt vom Parlament nicht mehr und nicht weniger als ein radikales Verbot der weiblichen Bedienung in Gast- und Schankwirtschaften. Neu ist diese Forderung der Frau Jellinek und ihrer Mitpetentinnen. Seit Jahren betreibt die Dame eine eifrige und ziemlich maßlose Propaganda für diese ihre Lieblingsidee. Nicht die offen zu Tage liegenden wirtschaftlichen Mißstände im Kellnerinnenberuf haben die bürgerliche Frauenrechtlerin auf den Kriegspfad getrieben, sondern — nach ihren eigenen Worten — „die in dem Berufe der Kellnerin liegende sittliche Gefahr für diese selbst mit den aus dieser sittlichen Gefahr, und nicht etwa aus wirtschaftlichen Verhältnissen, folgenden gesundheitlichen Schäden.“

Wenn Frau Jellinek gegen die über berücksichtigten Anmirtreipen mit dieser Begründung mobil machen würde, so ließe sich nichts dagegen einwenden. Wichtiger aber als die Belpfropfung dieser Kuppelstatten ist ihre — wie sie selbst auf Seite 26 der Petitionsdruckschüre sagt — der Kampf gegen die weibliche Bedienung gerade in den als anständig geltenden Lokalen. Es war Frau Jellinek vorbehalten zu entdecken, daß die vielen Tausende von jüngeren und älteren Frauen, die in Süddeutschland — wo niemand etwas Anstößiges darin findet — in großen und kleinen Bierwirtschaften allgemein den Gästen Speise und Trank reichen — eigentlich mit Prostituierten auf einer Stufe ständen. Nach ihrer Schilderung werden die Kellnerinnen in diesen Wirtschaften von den der höheren sozialen Klasse angehörenden Männern unter dem Einfluß des Alkohols derart mit unzüchtigen Zumutungen und Tätschleiten bedrängt, daß sie in kurzer Zeit ihren sittlichen Halt verlieren. Ein schönes Zeugnis, daß sie der Männerwelt ihrer Kreise ausstell! Im Grunde handelt es sich hier aber um ganz fürchterliche Ueberreibungen. In diesen Lokalen verkehren doch nicht nur Männer, sondern auch alleinstehende Ehefrauen und Familien. Jeder, der süddeutsche Verhältnisse kennt, weiß, daß man monatelang Tag für Tag in solchen Lokalen mit weiblicher Bedienung verkehren kann, ohne etwas Ungehöriges zu entdecken. Gewiß sind die sittlichen Gefahren, die der Kellnerin drohen, nicht gering, aber dieses Schicksal teilt sie mit einer Menge von anderen schlechtentlohnenden Frauenberufen, deren Ausrottung darum noch niemand verlangt hat. Warum fordert Frau Jellinek da nicht auch Beseitigung der Frauenarbeit im Hotelbetriebe, wo die Zimmermädchen in viel näherer Berührung mit dem männlichen Reisepublikum kommen, als die Kellnerinnen in öffentlichen Lokalen? Und haben nicht auch die Verkäuferinnen in Geschäften Gelegenheit, mit Herren anzubündeln? Und das große Heer der Bühnenkünstlerinnen, das so schrecklichgestellt ist, daß keine Angehörigen entweder darben oder sich prostituieren müssen? Der Frauenberuf aber, der den höchsten Prozentsatz zur Prostitution liefert, ist bekanntlich der Diensthörsberuf. Warum ruft Frau Jellinek nicht auch: Fort mit den Diensthörs! Es zeugt wirklich nicht von logischem Denken, geschweige denn von sozialem Tiefblick, wenn sie sich ausschließlich auf die Kellnerinnen konzentriert.

Die Kellnerinnen selbst haben die Motivierung, unter der Frau Jellinek ihnen ihren Schuß aufzubringen sucht, vielfach mit Recht als schwere Beleidigung aufgefaßt. Sie wissen selbst am besten, wo sie der Schuß drückt. Sie leiden wie ihre männlichen Berufsgenossen schwer unter der Ausnutzung gewissenloser Stellenvermittler, vor allem aber unter der ihrer Arbeitgeber. Die Wirtin zahlen nicht nur keinen Lohn, sondern wälzen einen Teil der Geschäftslasten höchst ungerecht auf das Personal ab. Dieses ist fast allgemein ausschließlich auf Trinkgelder angewiesen, bekanntlich die unzuverlässigste Art der Entlohnung. Von den in überlangen

Arbeitszeit in rauchigen Lokalen sauer verdientes Groschen müssen die Kellner und Kellnerinnen noch das Personal für Abwaschen des Geschirres entlohnen und für Bruch — d. h. für durch Gäste geschlagenes Porzellan und Glas — bestimmte Procente entrichten. Dieses raffinierte Ausbeutungssystem wird von den Kellnerinnen immer mehr als unerträglich empfunden. Sie fangen an — wie dies a. B. in München und Nürnberg geschehen — den Boden der modernen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu betreten, der Ruf nach Stärkung der jungen Organisation erschallt, man fordert mit dem Verband deutscher Gastwirtschaften zur Abhilfe gemeinsamer Beschwerden: Fortfall der Trinkgeldentlohnung und dafür Einführung eines Minimallohnes von 3—4 M. pro Tag, kürzere Arbeitszeit, wöchentlich einen Ruhetag, kostenlose städtische Stellenvermittlung usw.

Alle diese Forderungen bedürft bezeichnenderweise die Professorin der Kellnerinnen. Ein Aufhören der Trinkgeldzahlung erklärt sie kurzerhand für „unmöglich und nicht einmal wünschenswert“. Der Ruf nach Organisation ist ihr „verderblich, weil die wahre Sachlage in schiefes Licht bringend“, außerdem „unmöglich“. Kurz, die Dame hat sich in die Idee der Ausrottung des Kellnerinnenberufs als des angeblich einzigen Heilmittels derart verannt, daß sie offenbar durch keine Macht der Erde mehr von diesem Dünngespinnst abzubringen ist, seit es ihr gelungen, 125 000 Personen von ebenso großer sozialer Kurzsichtigkeit auf ihre Seite zu bringen. Sie hat andererseits nicht nur bei denen, welche die Sache zunächst angeht, bei den Kellnerinnen, die verdiente energische Zurückweisung erfahren, sondern auch bürgerliche Frauenrechtlerinnen haben auf dem letzten bayerischen Frauentage in München die scheiternisvollen auf oberflächliche und einseitige Auffassung gestützten Forderungen der Frau Jellinek einmütig abgelehnt. Auch die proletarische Frauenbewegung kann keinen anderen Standpunkt einnehmen. Sie hat den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und Prostitution klar erkannt und den Kellnerinnen seit langem den Weg gewiesen, auf dem allein eine Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und damit die Beseitigung der Notigung zur Prostitution zu erringen ist: das ist auf dem Wege des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Mögen die Kellnerinnen den 125 000 nach Ausrottung ihres Berufes schreienden Petenten recht bald eine starke Organisation entgegenstellen und damit ihren berechtigten Ansprüchen den nötigen Nachdruck verleihen! —

Gerichts-Zeitung.

Ein „Hurra“ dem freien Wahlrecht!

Wenn Patrioten „Hurra“ schreien, so wird schwerlich ein Schuhmannsohr das als polizeiwidrig empfinden. Im Gegenteil: je lauter und kräftiger das „Hurra“ der Patrioten erklingt, desto mehr erfreut es die Polizei. Wenn aber Wahlrechtsdemonstranten „Hurra“ schreien, so macht es die Polizei nervös. Und nur zu leicht hört sie dann Worte heraus, durch die sie sich beleidigt fühlt.

Auch ein Arbeiter Lüneburg, der am 15. März, abends gegen 10 Uhr, nach Schluß einer bei Vollschieber (Wadstraße) abgehaltenen Versammlung auf eine Gruppe heimgekehrt und durch die Brunnenstraße ziehender Versammlungsteilnehmer gestohlen war und in ein von ihnen ausgebrochtes Wahlrechtshoch eingestimmt hatte, soll die Polizei beleidigt haben. Gestern hatte er als Angeklagter vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (138. Abteilung) sich zu verantworten; als Verteidiger stand ihm Rechtsanwalt Dr. Heinemann zur Seite. Lüneburg erklärte, er habe, als die Gruppe in die Vorhingsstraße abgedrängt wurde, tatsächlich nur in ein Wahlrechtshoch eingestimmt und sei dann vor dem Hause Vorhingsstraße 2, sofort von Schulleuten gepackt worden. Einer der Schulleute, die ihn verhaftet hatten, behauptete als Zeuge, die Menge habe fortwährend „Hurra“ und „Hoch das Wahlrecht“ und „Blutkunde“ geschrien. Von Lüneburg aber wußte er nur zu sagen, daß er „Hurra“ geschrien habe. Der Vorsitzende meinte, daß sei doch keine Beleidigung. Ein anderer Schuhmann, der an der Esfizierung teilgenommen hatte, war gleichfalls als Zeuge geladen, war aber ausgeblieben. Dem Gerichte schien es nötig, auch ihn noch zu befragen, damit festgestellt werde, was er gerufen habe. Es wurde daher Vertagung beschlossen.

Theaterdirektor Jidel vor dem Bezirksauschuß.

Die Klage des Polizeipräsidiums auf Konfessionsentziehung gegen den Direktor des Lustspielhauses Dr. Martin Jidel wurde gestern vor dem Bezirksauschuß verhandelt. Sie gründet sich auf Darlegungen, die das Rechtssekretariat der Bühnengenossenschaft im Sommer vergangenen Jahres vorgebracht hat. In Verfolg der von der Bühnengenossenschaft erhobenen Anschuldigung beantragte der Direktor Jidel dann gegen sich selbst die Entziehung der Konfession. Vier Punkte sind es im wesentlichen, auf die die Anklage sich stützt. Erstens habe Jidel jahrelang in einem intimen Verhältnis zu der Schauspielerin Grete Farkt genannt Fels gehalten, zweitens habe er von Fräulein Fels 30 000 Mark Darlehen erhalten und drittens habe er auch zu anderen Schauspielerinnen in geschlechtlichen Beziehungen gestanden und habe viertens auch auf eine Engagement nachsichende Dame im Bureau einen unzüchtigen Angriff gemacht. Die Damen, mit denen er in Beziehungen gestanden, seien bei Rollenverteilung und Vergleichen von ihm begünstigt.

Dr. Jidel behauptet, das Verhältnis mit Fräulein Fels habe aus gegenseitiger Zuneigung bestanden, das Geld habe er auf Drängen der Schauspielerin selbst genommen. Die Schauspielerinnen, mit denen er sonst in Beziehungen gestanden haben soll, seien nicht glaubwürdig. Aus der Beweisaufnahme, die der Referent vorträgt, sei folgendes hervorgehoben: Fräulein Fels hat bekennt, sie sei in Beziehungen zu Jidel getreten, nachdem ihr dieser zugesichert habe, daß er sie besser beschäftigen würde. Das habe er dann auch lange Zeit hindurch getan. Jidel habe ihr des Oestere erklärt, er wolle sich von seiner Frau scheiden lassen und sie heiraten, sie solle jedoch ihre Beziehungen zu einem Dr. Degree lösen. Sie habe in der Hoffnung künftiger Heirat auch eine Trennung mit Dr. Degree herbeigeführt. Dieser hatte ihr eine monatliche Rente von 1000 M. ausgezahlt und ihr notariell 200 000 M. für den Fall seines Ablebens versprochen. Auf all das habe sie verzichtet, dem Dr. Degree auch ihren Schmutz zurückgegeben. Als sie das Dr. Jidel mitteilte, habe dieser ihr gesagt, daß sie eine große Dumme gewesen, sie solle den Dr. Degree verklagen. Es sei dann mit Dr. Degree zu einem Vergleich gekommen, in dem dieser ihr den Schmutz herausgab und 50 000 Kronen zahlte. Eine Schauspielerin Baronin von Dohberg genannt Gernot hat bekennt, sie sei auf die Annäherungen Dr. Jidels eingegangen, wiewohl ihr der Direktor persönlich widerwärtig war, um bessere Rollen zu erhalten. Diese habe sie auch erhalten. Als das Verhältnis aufgehört, sei sie schlecht beschäftigt worden und habe schließlich ihre Entlassung genommen. Mehrere Schauspielerinnen haben bekennt, daß Dr. Jidel unzüchtliche Angriffe auf sie in seinem Bureau gemacht habe. Der Bezirksauschuß beschloß zwecks weiterer Beweisaufnahme eine Reihe von Zeugen zu vernehmen; die teils zur Belastung teils zur Entlastung vorgeführt sind.

Fährliche Tötung im Krankenhaus.

Im städtischen Krankenhaus zu Nordhausen wurde im Herbst vergangenen Jahres ein an Rückenverkrümmung leidender Mann, der dreijährige Paul Wahn, in dem Krankenhaus mittels einer Streckvorrichtung, der sogenannten Allinsonschen Schlinge, behandelt. Der Apparat besteht aus einem Gestell, an dessen Spitze in einem kleinen Nabe ein Strick läuft; an dem Strick ist eine

Schlinge befestigt, diese wird dem Patienten so um den Kopf gelegt, daß sie am Hinterkopf und dem Kinn eine Stütze findet. An der Schlinge wird der Körper des Kranken in die Höhe gezogen, so daß nur die Fußspitzen die Erde berühren. Am 8. September hatte man während dieser Prozedur den Kleinen einige Zeit unbesorgt gelassen und fand ihn abdam in der Schlinge hängend auf. Auf Grund der eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung wurde gegen die Krankenschwester Ida Jüngling und den damaligen Medizinpraktikanten Dr. Rathenow Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben.

In der Verhandlung, die am Freitag vor der Nordhäuser Straßammer stattfand, förderte die Beweisaufnahme mancherlei Dinge zutage, die auf die im Nordhäuser Krankenhaus herrschenden Verhältnisse ein eigentümliches Licht werfen. So sagte der Angeklagte Dr. Rathenow aus, es seien ihm, als Medizinpraktikanten, ganz unzulässigerweise die Funktionen eines Assistenzarztes übertragen worden. Er war darauf mit Arbeit überhäuft, daß er sie kaum bewältigen konnte, teilweise war er auch als Armenarzt (1) tätig. Die eigentliche Schuld mißt er der Oberschwester bei, die in ganz eigenmächtiger Weise Anordnungen getroffen habe. Diese schickte die Schwester Hoffmeister, deren Aufsicht die Kinderstation eigentlich unterstand, in die Nähstube und übertrug die Aufsicht in der Kinderstube dem Dienstmädchen Winkowski, die keinerlei Vorbildung als Krankenpflegerin genossen habe. Den Winkowski Apparat habe die Oberschwester im Vorraum zum Abort aufstellen lassen, weil im Kinderzimmer der Fußboden einige Schrammen durch den Apparat erleiden könnte.

Der leitende Arzt des Krankenhauses, Dr. Willeke, erklärte, daß es wegen des anbauenden Kerkemangels schon seit zwei Jahren nicht möglich war, die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen, und daß darum Dr. Rathenow die Stelle eines solchen ausfüllen mußte. Dr. Rathenow habe sehr viel zu tun gehabt, sei aber seinen Pflichten sehr gewissenhaft nachgekommen. Der Winkowski Apparat habe in Fachkreisen bisher nicht als lebensgefährlich gegolten und werde ohne Bedenken sogar an Reien abgegeben. Auch der Kreisarzt, Geheimrat Medizinrat Dr. Haebler äußerte sich dahin, daß niemand von den beteiligten Personen den Unfall habe voraussehen können. Auch Professor Dr. Wulstein-Galle schloß sich dieser Ansicht an.

Auf Grund der übereinstimmenden Gutachten der Sachverständigen, wonach eine Fahrlässigkeit der Angeklagten nicht vorliege, beantragte der Staatsanwalt selbst deren Freisprechung, und dementsprechend lautete auch das Urteil auf Freisprechung beider Angeklagten. Dem Dr. Rathenow, so führte der Vorsitzende aus, sei eine Pflichtwidrigkeit nicht vorzumerken, da er von der Anordnung der Oberschwester, wonach das Dienstmädchen statt der Schwester die Aufsicht im Kinderzimmer hatte, damals noch nichts wußte. Die Angeklagte Schwester Jüngling habe allerdings insofern ihre Pflicht verletzt, als sie die Beaufsichtigung des Kindes der Anstalt gegenüber außer acht ließ; doch habe sie nicht voraussehen können, daß der Tod des Kindes erfolgen könne, wenn es kurze Zeit sich selbst überlassen blieb.

So bleibt der Tod des Kleinen im Krankenhaus Erhängten ungeklärt. Würde der Leiter und die Oberschwester in einer Kurpfuscheranstalt unter ähnlichen Umständen auch ohne Anklage geblieben sein, wenn ein ihrer Aufsicht anvertrautes Kind in gleicher Weise das Leben hätte einbüßen müssen?

**Ein Seitenstück zur Siebenlehn Feuerweh.**

Als ein Seitenstück zu der feinerzeit vielbesprochenen Feuerweh von Siebenlehn entpuppte sich in einer Schwurgerichtsverhandlung des Landgerichts Jülich die von Jaggelbach bei Neustadt a. d. Haardt. Wegen Brandstiftung hatte sich der Spezialeisenhändler Jaggelbach zu verantworten, der in dem kleinen, kaum 800 Einwohner zählenden Dorfe Jaggelbach sein Geschäft betrieb. Der Flecken war schon seit einigen Jahren dadurch berühmt

geworden, daß sich in ihm verhältnismäßig die meisten Brandfälle in der ganzen Pfalz ereigneten. Jedesmal brannte das betreffende Haus bis zum Grunde nieder, und die Zahl der hübschen neuen, vom Golde der Versicherungsgesellschaften erbauten Häuser ist eine ganz stattliche. Die Angehörigen des Angeklagten haben allein eine große Zahl davon inne. Vom Januar bis Oktober wurden elf Häuser vollständig in Schutt und Asche gelegt. Die tiefgehende Wirkung der Brände war in der Hauptsache auf die wertvolle Hilfe der Feuerwehr zurückzuführen. Nach verschiedenen Zeugnisaussagen erschien die Feuerwehr erst an der Brandstelle, wenn dem Feuer nicht mehr Einhalt getan werden konnte. Das erste Augenmerk der Feuerwehrleute richtete sich darauf, ob auch genügend Bier vorhanden sei, von welchem Löschmaterial vor jedem Brande ein Wagen voll angefahren worden sein soll. Dann gingen die braven Feuerwehrleute daran, alles was nicht vom Feuer zerstört wurde, vollständig niederzureißen. Infolgedessen war es niemals möglich, an Ort und Stelle der Ursache des Brandes nachzugehen. Der Schlauchführer hielt sich ziemlich vom Brandplatze fern oder richtete das Strahlrohr des Schlauches in die entgegengesetzte Richtung. Die Jaggelbacher waren auch in der glücklichen Lage, einen Brand vorauszufragen zu können. So wurde drei Tage, bevor das Haus des Angeklagten Asche und gleichzeitig noch drei Häuser niederbrannten, von zwei Jaggelbachern mit einem Einkneifer gewettet, daß innerhalb dreier Tage vier Häuser abrennen würden. Die Prophezeiung erfüllte sich beinahe bis auf die Stunde. Die vier Häuser brannten zu einem großen Schutthaufen nieder. Der Einkneifer hatte, wie er trocken bemerkte, die Wette verloren. Dieser Sehergabe kam der Staatsanwalt als verdächtig vor, zumal der Angeklagte Asche in der Nacht vor dem Brande eine ganze Reihe von Sachen aus dem Hause geschafft hatte. Diese Sachen hat Asche dann bei seiner Versicherungsgesellschaft als verbrannt angegeben, um die darauf ruhende Versicherungssumme zu erhalten. Im Laufe der Untersuchung wurde daher die Anklage gegen Asche wegen Brandstiftung auch auf Versicherungsbetrug ausgedehnt. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte jede Schuld. Die Geschworenen hielten die Anklagepunkte nicht in allen Fällen für hinreichend erwiesen und sprachen ihn daher nur des Versicherungsbetruges schuldig. Das Gericht verurteilte den Angeklagten darauf zu einem Jahre Gefängnis.

**Verfammlungen.**

**Lohnbewegung der Schuhmacher.**

Eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Schuhmacher tagte am Montagabend im großen Saal bei Dräfels in der Neuen Friedrichstraße, um die Antworten der Arbeitgeberorganisationen auf die eingereichten Lohnforderungen zu hören. Da li h erstattete den Bericht. Der Obermeister W i e r b a c h von der Berliner Schuhmachervereinigung sprach, daß zu Mittwoch, 20. April, eine Sitzung des Hauptausschusses der Innung, in der über die Lohnforderungen verhandelt werden soll, anberaumt worden sei. Nach den Forderungen der Innung könne nur mit dem Gesellenauschlag über die Wünsche der Arbeiter verhandelt werden, jedoch würde gegen die Anwesenheit der Organisationsvertreter nichts eingewendet werden. Im gleichen Sinne hat die Charlottenburger Innung geantwortet. Auch die Innungen von Schöneberg, Steglitz und Groß-Lichterfelde sowie die Preisvereinigung selbständiger Schuhmacher haben noch für diese Woche Verhandlungen in Aussicht gestellt. Nicht geantwortet hat die Kigdorfer Innung, was wohl darin seine Ursache haben dürfte, daß deren Quartalsversammlung zu spät stattfand. Nebner tat dann einen kurzen Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung und schilberte darauf eingehend die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schuhmachergesellen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Anbetracht der überaus traurigen Verhältnisse, unter denen die Gesellen ar-

beiten, die Arbeitgebervereinigungen von San Bescheidenen und berechtigten Forderungen nicht abzurufen verstanden werden. Um die Durchführung des Tarifs wirksam zu fördern, müsse die Arbeiterorganisation mehr Einfluß auf die Arbeitsvermittlung im Gewerbe gewinnen. Zu diesem Zwecke wird der Zentralverband der Schuhmacher, der bisher nur eine Arbeitsnachweisstelle in der Blankenfelder Straße 10 unterhielt, noch zwei weitere Nachweisstellen einrichten, und zwar eine in der Bülowstr. 58 und die andere in Charlottenburg, Krumme Str. 43. Nur diese Arbeitsnachweisstellen dürfen von den Arbeitern benutzt werden. Der Innungsnachweis in der Fischerstraße muß getrieben werden.

In der Diskussion wurden die Antworten der Innungen als wenig befriedigend bezeichnet. Daß die eingereichten Lohnforderungen in den Innungsversammlungen nicht einmal auf die Tagesordnung gestanden haben, beweise eben, daß die Wünsche der Arbeiter von den Innungsvorständen als recht nebensächlich behandelt werden. Von den zahlreich an der Versammlung teilnehmenden Arbeitgebern forderten mehrere die Arbeiter auf, fest zusammenzuhalten und nichts von den Forderungen abzulassen, denn ein Teil der Arbeitgeber bezahle schon seit langem die jetzt geforderten Löhne.

**Zur Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.**

Bei der Firma S. Reichmann sind Differenzen über die Durchführung des abgeschlossenen Tarifvertrages entstanden. Die Firma möchte eine Tarifposition, Achselstärken und Zwidelaussagen, die mit 25 Pf. angefeht ist, teilen und für das Achselstärken ohne Zwidelaussagen nur 10 Pf. zahlen. Dies widerspricht jedoch dem Tarifvertrag, dessen einzelne Positionen nicht teilbar sind. Ferner will die Firma in jeder Serie Rohstoffe anfertigen lassen, während vereinbart ist, daß dies nur in der ersten Serie statthaft sein soll. Es handelt sich hier um einen Preisunterschied von durchschnittlich 2 M. Außerdem ist festgestellt, daß die Firma für einzelne Arbeiten 25 Pf. bis 1 M. unter Tarif zahlt. — Die Konfektionschneider von Reichmann hielten am Montag eine Sitzung ab, um zu diesen Tarifbrüchen Stellung zu nehmen. Sie sind einmütig der Auffassung, daß, wenn die Firma sich nicht gutwillig bereit findet, den Tarif strikte durchzuführen, sie kein Interesse daran haben, dort weiterzuarbeiten. Es soll im Laufe dieser Woche nochmals versucht werden, die Angelegenheit in Güte zu regeln, gelingt das aber nicht, so werden am nächsten Montag die Konfektionschneider der Firma wiederum zusammenkommen und beschließen, was notwendig ist.

Uebrigens sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auch bei anderen Firmen, die den Tarifvertrag anerkannt haben, Streikgeleiten über die Auslegung des Tarifs entstehen. Die Konfektionschneider werden jedoch, bei welcher Firma es auch sein mag, mit allen Mitteln dafür sorgen, daß den Tarifverträgen volle Geltung verschafft wird.

Zu den Firmen, die den Tarifvertrag endgültig abgeschlossen haben, sind Albert Graeb und Kaufmann u. Co. hinzugekommen, bei denen der Tarifvertrag am 15. April in Kraft getreten ist, sowie die Firma Jean Popper, wo er am 15. Mai in Kraft tritt. Diese Firma zahlt bis dahin einen allgemeinen Lohnaufschlag von 5 Proz. Bei den Firmen Müller u. Leopold und Philipp Udo sind die Tarife in Vorbereitung und werden wahrscheinlich in der kommenden Woche eingereicht werden.

**Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Bild: Zufuhr sehr gering, Geschäft ruhig, Preise gut. Festgelegt: Zufuhr gemindert, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr reichlicher, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert, für Hechte aufgehoben. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.**

**Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin.**  
Dienstag, den 26. April 1910, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhaus, Antikstr. 5:  
**Ordentl. Generalversammlung der Delegierten.**  
Tagesordnung:  
1. Berichtigung des Protokolls.  
2. Jahresbericht und Bekanntgabe der Restanten.  
3. Bericht der Revisoren.  
4. Sonstige Kassenanlegenheiten.  
Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht.  
Die zugesandte Einladung legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass.  
Der Vorstand. 274/12  
C. Fritze, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb d. Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.**  
Die ordentliche **General-Versammlung** findet statt am **Freitag, den 29. April cr.,** abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saal der Arminiahallen, Romanbänkelerstraße 58/59.  
Tages-Ordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung pro 1909 und Bericht der Revisoren.  
2. Der neue Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Referent: Alb. Kohn. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Richard Körner, Vorsitzender.  
Jouad Stahl, Schriftführer.

**Orts-Krankenkasse der Gastwirte**  
und verw. Gewerbe zu Berlin.  
**Bekanntmachung.**  
Mittwoch, den 27. April 1910, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Schilling, Rosenhaler Straße 11/12:  
**Ordentl. General-Versammlung der gewählten Kassenvorsteher.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.  
2. Annahme und Besprechung des Jahresberichts 1909.  
3. Besprechung der Regierungsvorlage zur Reichsversicherungsordnung.  
4. Mitteilungen des Vorstandes und Verschiedenes. 274/3  
Berlin, den 5. April 1910.  
Der Vorstand:  
H. Poppe, Vorsitzender.  
G. Braun, Schriftführer.

**Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe zu Berlin.**  
Donnerstag, den 28. April cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenhaler Str. 11/12:  
**General-Versammlung der Delegierten.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Annahme der Jahresrechnung pro 1909.  
3. Bericht der Revisoren.  
4. Einträge und Kassenanlegenheiten. 274/14  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**  
H. A. Paul Schroll, 1. Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse der Hutmacher, Hutornamenten- und Filzwarenverfertiger zu Berlin.**  
**Ordentliche General-Versammlung**  
am Donnerstag, den 28. April cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal VIII).  
Tagesordnung:  
1. Jahres- und Kassendbericht.  
2. Bericht der Revisoren pro 1909 und eventuellem Antrag auf Erteilung der Decharge des Vorstandes und des Kassanten.  
3. Verschiedenes.  
Eintritt nur gegen Vorzeigen der Einladung gestattet. 1753B  
Zahlreiches Besuch erwartet  
Der Vorstand.  
S. Danneberg, Vorsitzender, Wilsaafstr. 20/21.

**Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin.**  
Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassennmitglieder und der Arbeitgeber im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I.  
Tages-Ordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung pro 1909 nebst Bericht der Revisoren.  
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitgeber.  
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitnehmer.  
4. Vortrag des Herrn Köhler über die Reichsversicherungsordnung\*. 1752B  
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stukkateure u. verwandter Gewerbe zu Berlin.**  
Mittwoch, den 27. April cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Ordentliche General-Versammlung**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassendbericht pro 1909.  
2. Bericht der Revisoren.  
3. Statutenänderung (Streichung des § 28.) 4. Verschiedenes. 274/10  
Der Vorstand.  
J. A. Fritz Waldener, Vorf.

**Orts-Krankenkasse der Vergolder und Verguldenossen.**  
**Einladung**  
zu der am Donnerstag, 28. April, abends 8 Uhr, stattfindenden **General-Versammlung**  
im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal V).  
Tages-Ordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung 1909.  
2. Wahl der Kassenvorsteher.  
3. Stellungnahme zum Tarifvertrag.  
4. Verschiedenes. 274/11  
Der Vorstand.  
Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Mitteilung, daß ich das Restaurant d. Herrn Hirschfeld, Nigdorfer, Weserstraße 21 Ecke Teckstraße künstlich abrennen habe.  
Otto Eichardt.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke



Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mehrhornstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).  
Soberr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schläler etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre. Anstandslos niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Haarverfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Große Firma vergibt durch Privat-hand weit- und reichliche, Defekt jeder Art, Portieren, Leppiche, Gardinen und Stores. Ohne Anzahlung, bei kleinen Raten, keine Kaffierer. Aufträgen unter U. W. 100, „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.



Es haben sich viele 1000 Straußfedern gesammelt, welche gerant, nicht nur nicht so breit, aber immer noch 13 bis 15 cm breit u. 45 cm lang sind. Dieselben werden direkt an jedermann versandt und kostet 1 Stück 3 M., 2 Stück 5,20 M., 10 Stück 27 M. Die Federn sind fertig zum Garnieren auf den Hut. Große volle Blumenranken kosten nur 1 M., 2 M., 3 M. Zur Malfeiern rote Ansteckblumen 100 Stück 1 M., 1000 8 M.

**Reste**  
Damenstoffe, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neueste Muster, Tricot-Stoffe, Seiden-Püsch, Sammete, Seide etc.

**Hesse, Dresden, Sackellstraße.**

**Confection**  
Paletots, Jaquetts, Stahmmental, Costumes und Costum-röcke in grosser Auswahl.  
**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 3.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Nicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Blocher's daalders Cacao**  
ein vorzügliches Getränk mit köstlichem Aroma, die beliebteste und in Holland am meisten gekaufte Cacaomarkte.  
2 Pfundbüchse . . . . . M. 3.90 | 1 Pfundbüchse . . . . . M. 2.—  
1/2 Pfundbüchse . . . . . „ 1.05 | 1/2 Pfund-Probepbüchse . . . . . „ 0.50  
Niederlage Berlin, Schiffbauerdamm 16. Käuflich in allen feinen Kaffee- und Kolonialwarengeschäften.

Abzahlungs-Geschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 56, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrfährigen Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus
Gebr. Weber, Neue Königstr. 10.
Spandau, Potsdamerstr. 22 I.
Kottbusserdamm 94.

Lubascher, S.
Rosenheimer, M.
Fritz Schnicke
Weber, Hermann, Danzigerstr. 79 I.
Wolter, Carl,
Zuttrann & Co.

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham
Hamb. Measna- u. Römertrank-Koll.
Dece Brause

Goldtröpfchen
H. Neese, Mühlensener Str. 6.

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick

Si-Si
Ernst Krüger, G. m. b. H., Hochschule 24. 25.

Arbeiter-Bekleidung
Röhnen & Jöring

Bäckereien, Konditoreien
Eisenh. Krefel, v. d. H. u. v. d. H.
D. E. F., Feronia

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke
Läden in allen Stadtteilen

Kunze, Grofs-Bäckerei
Berlin N., Fankow, Weissensee.

Peter's Gross-Bäckerei
in allen Stadtteilen und ländlichen
Vororten: über 99 eigene Geschäfte.

Th. Turban
Landrotbäckerei, Frankfurter-Allee 22, Landsh. Allee 14a.

Ulbrich
Charlottenburg, 39 Filialen.

Badeanstalten
Anstalten vom Admiralsgarten-Bad
Alexanderplatz 2, Luisenpark 22.

Bad
H. Kallisch, Lieferant aller Klassen.

Bandagen, Gummiwaren
Lange, A. E., Brunnenstr. 147.

Panschow
Tschache, M., Fankow, Breitestr. 25b.

Wende, A.
Zimmermann, Rich., Gr. Frkt. Str. 112.

Beerdigungsanst. Sargm.
Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.

Beleucht.-Gegenstände
Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Beleucht.-Gegenstände
Kevendorf, O. P., L. d. Sp. Ver. Nord.

Beleucht.-Gegenstände
Schrammar, H., Rixdorf, 118.

Beleucht.-Gegenstände
Bohn, H., Invalidenstr. 122.

Beleucht.-Gegenstände
Graff & Heyn, Straße 118/119.

Beleucht.-Gegenstände
Hamburger-Laden, Charl., Wallstr. 23.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Schlesinger, Hermann
NW. Turmstraße 58 Die richtigen
N. Reinhold-Str. 48 Sachsen-
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

Wilh. Scholem
Kottbusserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Wecker, A. Kottbusserdamm 98.

Bergbrauerei
Feinstes Doppelbier
Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei
Die Patzenhofer Flaschenbiere
sind in allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin N., Dalldorf, Str. 13/130.

Max Böhm
Brauerei, Marienburgerstr. 17.

BORUSSIA
Malzbier.

Brauerei „Germania“
Action-Gesellschaft.
Inca, 100 eig. Ausschanklokal.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenb.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,
Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Enders.

Groterjans
Malzbier, Schilhan-Allee 118, Tel. III, 1043.

Kaiser-Brauerei A.-G.
schwerstes „Heller“ Berliner.

S. D. Moewes
Hecherstr. 67, Teloph. I, 8260.

Phönix-Brauerei
A.-G.
Erstklassige Biere.

Richter & Co., J. C. A.
Weißbierbrauerei,
Berlin C. M., Tel. III, 1517.

Roland
Schlossbrauerei Schöneberg.

Spandauer-Brauerei
Westend.

Vereins-Brauerei
Rixdorf
Berliner Kindl.

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 27, Tel.-A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann

Carl Franke
Gebr. 1861,
Nachr.

F. Hagen 22 Verkaufsstellen.

Hasse, Wilh.
Sebastianstr. 98,
Grünauerstr. 12.

Möding, J.
Markth., Adress, Krenztr.

Nordstern
14 Filialen
in Berlin N. u. NO.

Pomorski, Paul
Poppel-Allee 18,
Charlottenstr. 22.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate
Beer, Gust., Müllerstr. 153.

Cyliax, G.,
Filialen i. allen
Stadtteilen.

Seiffert, Erich,
Filialen in Berlin
und Vororten.

Cigarrenhandlungen
Adelt, A. G., Müllerstr. 12.

Böckmann, J.,
Rixdorf,
Bergstr. 156/157.

Alfred Dieck, Koppentr. 72.

Alh. Kasulke
Koschurak, O., Kreuzbergstr. 16-20.

Damenkonfektion
Hugo Ahronfeld,
Gr. Frankf.-Str. 117, Badstr. 22.

Oscar Basch,
Damen- und Kindermäntel,
Oranienstr. 203 Pt.

Carl Brünzler,
Ecke Rodenbergstr.

Dressel,
Siegfried Eisenstadt

König
Rixdorf, Rautenstr. 63, a. d. Kaiser-
Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.

Paul Loewenthal
Rosenthaler-Straße 16/17.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

A. Kieper, Nowawes
Friedrichstrasse 28.

Drogen u. Farben
Domsalla, W., Falkensteinstr. 44.

Eisen- u. Stahlw.-Waffen
Alm, O., Rl., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Brenneke, C.,
Berlin 50,
Wrangelstr. 94.

Wühle, Gust.,
Emdenstr. 2,
Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.
Beckner, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Hoyer, A.,
Bergstr. 169 I.,
Brunnenstraße 117,

Phonographen-Katz
größtes Spezialhaus.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 2.

Haus- u. Küchengeräte
Dähnert, O.,
Rixdorf,
Bergstr. 121.

Küchen-Schreiber,
Küchen-Schreiber,
Wedding,
Dalldorfstr. 12.

Fahrrad-Vertrieb
„Gross-Berlin“
8 Verkaufsstellen:

Unterstehende Geschäfte

Fahrradhaus Sport, Charlottenburg.

Hausberg, Willy,
Alte Jacobstr. 93.

Hoppe,
Lothringenstr. 40, Tüllhals.

Kröger, Rich.,
Köpenickerstr. 47a.

Charles Lehmann,
Neue Schönw.-Str. 5.

Carl Müller,
Reinickendorfer-Str. 106.

Carl Pollnow,
Frankfurter-Allee 62.

Meesters, Th.
Osw. Naefe

chem. Wäscherei
Fbr. Britz, Rüdowstr. 24.

Stenzel, Paul,
18 Geschäfte
in Nord-Berlin.

Fischhandlungen
Winkler & Bärthold,
Bergstr. 5 u. 67.

Fleischereien u. Wurstw.
Biesold, K., Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken
kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Anton Fehau,
Genthardstr. 28, Köpenickerstr. 16.

Pleisch- u. Wurst-Centrale
Brunnenstraße 76.

Oskar Klähn
114 Alt-Moabit 114

Wühle, Gust.,
Emdenstr. 2,
Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.
Beckner, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Hoyer, A.,
Bergstr. 169 I.,
Brunnenstraße 117,

Phonographen-Katz
größtes Spezialhaus.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 2.

Haus- u. Küchengeräte
Dähnert, O.,
Rixdorf,
Bergstr. 121.

Küchen-Schreiber,
Küchen-Schreiber,
Wedding,
Dalldorfstr. 12.

Fahrrad-Vertrieb
„Gross-Berlin“
8 Verkaufsstellen:

Unterstehende Geschäfte

Ad. Treptow, Handschuhe, Badstr. 14.

Herron- u. Knabenzard,
Amerikanische Verkaufshäuser.

Blitz!
Invalidestr. 185 80

Bohn, R.,
Turmstr. 41,

Ed. Freitag,
Garderoberhaus, Rügener-Str. 14.

Mark, F.,
Beruthstr. 1, 1,

Ringel,
Sie kaufen reell auch nach

Rosner, Max,
Schnellmeister,
Bergstr. 30/31,

Werner, Erich,
Schilhan-Allee 184,

Karl Westhof,
neu eröffnet.

RDto, Mützen u. Pelzw.
Bazar-Brannon, Brunnenstr. 66.

Bazar Norden,
Brannenstr. 12, Badstr. 65.

Belwe Nachf., Otto,
Turmstr. 50,

Graf & Heyn,
Wilmersdorfer-
Straße 118/119.

Grünberg Nachf., M.,
Petersburgerstr. 29

Seidel, W.,
Weg 45.

Wohlfühlungen
Adler, H., Kolonialw., Frk.-Allee 87.

O. Erhardt,
Charl., Potsd. Str. 12,

Rieck, Em.,
Geichstr. 62,

Schlesinger,
Turmstr. 58,

Schoer, Herm.,
Wilmersdorfer-Str. 48.

Vester, E.,
Damm 15/19.

Wagner, H.,
Greifswalderstr. 32.

Wangelhans,
Wrangelstr. 45.

Wühle, Gust.,
Emdenstr. 2,
Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm.
Beckner, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Hoyer, A.,
Bergstr. 169 I.,
Brunnenstraße 117,

Phonographen-Katz
größtes Spezialhaus.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 2.

Haus- u. Küchengeräte
Dähnert, O.,
Rixdorf,
Bergstr. 121.

Küchen-Schreiber,
Küchen-Schreiber,
Wedding,
Dalldorfstr. 12.

Unterstehende Geschäfte

Heinrich, R.,
Bergstr. 25/26,

Hentschel, Otto,
Komintenstr. 23.

Herrmann, Alfr.,
Oppelnerstr. 2,

Hilfrich, A.,
Mehlhändlung,

Kaseltz,
Reichenbergerstr. 26,

Kastler, M.,
Mehlhändlung,
Gubenerstr. 18.

Krüger, Berthold,
Turmstr. 74,

Kuhn, Oswald,
Müllerstr. 121,

Leppert, Fritz,
Marxstr. 120.

Lutze, Herm.,
Schwedenerstr. 18.

Miosch, Adolf,
Skallitzerstr. 72.

Münchow, Bob,
Schlammstr. 14.

Prig Pfeiffer,
Finkenstraße 5,

Rosner, Max,
Schnellmeister,
Bergstr. 30/31,

Salberg, H.,
Badstr. 18, fert. u. n. Maß.

Schäfer, H.,
Lieske-Platz 27.

Schönland & Sohn,
Wilmersdorfer-
Straße 118/119.

Berth. Schweitzer,
Wrangelstr. 93.

M. Swarenski,
Charlottenburg,

Werner, Erich,
Schilhan-Allee 184,

Karl Westhof,
neu eröffnet.

RDto, Mützen u. Pelzw.
Bazar-Brannon, Brunnenstr. 66.

Bazar Norden,
Brannenstr. 12, Badstr. 65.

Belwe Nachf., Otto,
Turmstr. 50,

Graf & Heyn,
Wilmersdorfer-
Straße 118/119.

Grünberg Nachf., M.,
Petersburgerstr. 29

Seidel, W.,
Weg 45.

Wohlfühlungen
Adler, H., Kolonialw., Frk.-Allee 87.

O. Erhardt,
Charl., Potsd. Str. 12,

Rieck, Em.,
Geichstr. 62,

Schlesinger,
Turmstr. 58,

Fortsetzung siehe nächste Seite.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die von der Handwerkerkammer neu erbauten „Kammerrale“...

Die „Freiwillige Sanitätskolonne“ vom Roten Kreuz feiert am 30. d. Mt. ihr erstes Stiftungsfest...

Sechster Wahlkreis. Es wird daran erinnert, daß die Vorträge des Genossen Grünwald über: „Ökonomische Grundfragen des wissenschaftlichen Sozialismus“...

Ober-Schönnewalde. Heute Abend findet in Nörners Blumen-garten eine öffentliche Versammlung statt...

Offener. Umständlicher findet unsere Wahlvereinsversammlung nicht Donnerstag, den 21., sondern Donnerstag, den 28. April, statt.

Berliner Nachrichten.

Rastvieh-Ausstellung.

Sanglos, nicht Klanglos, ist gestern früh auf dem Zentralviehhof die 88. Rastviehausstellung eröffnet worden...

Hier scheint das Interesse weit größer zu sein. Schon kommt offenbar forter Zug aus Groß-Berlins Umgegend und der Provinz...

Kranz! Man beglückwünscht sich zu den erwarteten Preisen, schwaht dummes Zeug von dem besten Berufsstand deutscher Erde...

Mehr Rücksicht auf unsere Schulkinder!

In den Berliner Gemeindefschulen scheint den Neulingen die Schulzeit recht unterschiedlich zuteil zu werden...

Das neue Rathaus, die Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung für das Jahr 1910 ist erschienen...

Mit „Bedauern“ abgefunden!

Die Unfallversicherung durch Zeitungsabonnent wird von der „Berliner Allgemeinen Zeitung“...

Das kommt in der Tat öfter vor, als mancher wird glauben wollen. Zwar werden die Bedingungen von Zeit zu Zeit durch das Blatt veröffentlicht...

Man sieht, der Verlag der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ hat bereits seine Erfahrungen. Frau G. ist nicht die erste...

Wootungslid auf der Gabel. Auf der Gabel bei Mittelbruch hat sich ein Wootungslid ereignet. Zwei Gärtner, darunter der Berliner Eugen Jernow...

Ein gefährlicher Fahrradmarder, der in letzter Zeit die nördlichen Stadtteile unsicher machte, ist jetzt der Polizei in die Hände gefallen...

wurde verfolgt und auch festgenommen. Die Polizei ermittelte in dem Versteck den erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassenen Müller Albert Szymad.

Straßenbahnunfälle. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern vormittag in der Weißselder Straße...

Um unangenehmen Verwechslungen vorzubeugen, ersucht uns der Schlosser Wilhelm König, Lothringer Straße 4, mitzuteilen...

Die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“, Abteilung Berlin, veranstaltet am Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr...

Ein hellbraune Brieftasche enthaltend Wahlvereinsmitgliedsbuch des IV. Kreises Nr. 18089 lautend auf Georg Jrmacher...

Der Jähr-Bülow-Platz (im ehemaligen Scheunenviertel gelegen) wird dieser Tage eingeweiht werden durch Aufstellung eines Randtierzirkus...

Jugengestuch. In einer Klagesache eines erwerbsfähigen Arbeiters auf Entschädigung sind noch Zeugen erwünscht...

Im Eisenbahnzuge von Treptow bis Wehden ist am Sonntag, den 10. April, eine schwarze Ledertasche mit drei roten Büchern...

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Erstr. 8. Donnerstag: 8. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch...

Das Berliner Aquarium hat mit Hilfe der letzten Zusendungen in erster Linie seinen „Marshall“ vergrößern, d. h. eines der geräumigsten marinen Becken...

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die Wahl von drei beabsichtigten Stadträten vorgenommen...

Die Vorlage, Anliegerbeiträge zur Deckung der Herstellungskosten der Untergrundbahn von den Anliegern am Stadtpark nicht zu erheben...

Eine längere Debatte rief der Antrag des Magistrats, am Rollendorfsplatz für die Charlottenburg-Wilmersdorfer-Schöneberger Untergrundbahn einen gemeinsamen Bahnhof zu erbauen...

Stadtbaurat Werlich wies darauf hin, daß selbst die Aufsichtsbehörde den Bau eines Bahnhofs vorschreibe, und in der Praxis wäre es auch die beste Lösung...

Stadtv. Depner (wilt) hielt eine seiner altbekannten Reden gegen die Vorlage; er glaubte die Interessen der Hochbahn dadurch wahrnehmen zu müssen...

Stadtv. Kuznich (lib.) bezeichnete die Vorlage als günstig und vorteilhaft. Die vorgelegten Modelle und Zeichnungen müßten jeden von dem Wert des gemeinsamen Bahnhofs überzeugt haben...

Stadtv. Joffig (unabh. Frakt.) meinte, so günstig sei der gemeinsame Bahnhof nicht, wie verschiedentlich betont werde...

Nachdem der Magistratsvertreter diese Bedenken widerlegt, lehnte die Versammlung den Antrag Depners ab und stimmte der Magistratsvorlage zu.

Die Errichtung des Familienobdachs im Südoßgelände wurde, da der Ausschuss die Kostenschätzungen und Zeichnungen sorgfältig geprüft und einige Abänderungen gutgeheißen hat, einstimmig angenommen. Die Kosten betragen 158 000 M.

Stadtv. Engel (lib.) berichtete sodann über den Plan der Bebauung des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes. Allgemein wurde behauptet, daß es nicht möglich war, einen größeren Spielplatz zu bekommen, da der Plan den geschlossenen Bestimmungen unterliegt. Der Ausschuss empfiehlt jedoch, die Baufluchtlinie zwischen dem vorgezeichneten Platz 5 und der Straße 2a zu streichen, wodurch der Platz bedeutend vergrößert. Dem Zwecke die Versammlung zu.

Wege. Die geplante Reichssteuer zur wachstumssteuer richtete sich folgender von der liberalen Fraktion eingebracht und der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlener Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ansicht, daß durch die geplante Reichssteuer zur wachstumssteuer in ihrer gegenwärtigen Gestalt die Finanzkraft der Stadt auf das empfindlichste bedroht wird. Neben anderen schwerwiegenden Bedenken, die sich gegen verschiedene Bestimmungen des Gesetzes richten, erhebt die Stadtverordnetenversammlung insbesondere Einspruch: 1. gegen die Bestimmung, daß Schöneberg nicht der Vergünstigung teilhaftig werden soll, die denjenigen Gemeinden gewährt wird, die vor dem 1. April 1909 die Wertzuwachssteuer eingeführt haben; 2. gegen die exorbitante Höhe des Steuerfußes, die das Reich aus den Erträgen dieser Steuer für sich in Anspruch nimmt, da die Versammlung der Ueberzeugung ist, daß die Wertsteigerung der Immobilien in erster Linie durch die Tätigkeit der Gemeinden herbeigeführt wird. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit demselben Nachdruck und derselben Beschleunigung, mit der er seinerzeit die Einführung der Wertzuwachssteuer in Schöneberg betrieben hat, bei den gesetzgebenden Körperschaften für Veseitigung der Kommunen so schwer benachteiligenden Bestimmungen vorstellig zu werden, und die in gleicher Lage befindlichen Nachbarkommunen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen.“

Der Stadtv. Heger erhebt gegen die sofortige Beratung dieses Antrages Einspruch. Der Antrag wurde hierauf bis zur nächsten Sitzung vertagt. Hieran schloß sich eine geheime Sitzung.

### Ober-Schönebrunn.

Gemeindevahlen. Bei den am Montag, den 18. April, stattgefundenen Erloßwahlen der dritten Klasse wurden die Kandidaten unserer Partei Braune, Lehmann, Winkelmann mit 465 Beziehungsweise 443 Stimmen gegen 43 Stimmen, welche auf die Kandidaten der Nationalen fielen, gewählt. Recht auffällig war das Verhalten des Wahlvorstehers im zweiten Wahlbezirk, welcher niemand ohne Legitimation wählen ließ, trotzdem die betreffenden vielfach von unseren im Wahlbureau sitzenden Genossen als ihnen bekannt bezeichnet wurden. Der Wahlvorsteher scheint nicht einmal seine Kollegen aus der Gemeindevertretung zu kennen, denn sonst hätte er den Genossen Rüdiger nicht auch abgewiesen. Mit dieser Wahl sind nun alle sechs Mandate der dritten Klasse von unserer Partei besetzt.

Gemeinde- und Privatgesellschaften. Bei einer kürzlich durch die Gemeindevorstandskommission vorgenommenen erneuten Besichtigung der durch die Terraingesellschaft hergestellten Kleinpflasterstraßen, wurden die Strafen in einem äußerst miserablen Zustande gefunden, trotzdem erst vor kurzem auf Ersuchen der Gemeinde eine vollständige Erneuerung und Aufhebung des Pflasters stattgefunden hat. Es zeigt sich hier, wie berechtigt seinerzeit die Opposition unserer Genossen bei Abschluß des Vertrages mit der Terraingesellschaft war, als die Mehrzahl der übrigen Vertreter die Interessen der Gemeinde hintanstellte, indem statt der im Ortsstatut der Gemeinde vorgesehenen Reibungsplasterung eine solche mit wesentlich billigeren Kleinplätzen gestattet wurde. Ist die fünfjährige Zeit um, nach welcher die Strafen in die Unterhaltungspflicht der Gemeinde übergehen, so werden fortdauernde größere Aufwendungen nötig sein. Nichtsdestoweniger dürfte der Terraingesellschaft der seinerzeit so billig erkaufte Vertrag keine große Freude machen, wenn die Gemeinde energisch auf Erfüllung der Vertragsbedingungen besteht. Hier zeigt sich wieder einmal augenfällig, was die Leichtfertigkeit bürgerlicher Vertreter zuwege gebracht hat.

### Steglich-Friedenau.

In der letzten Sitzung des hiesigen Gewerkschaftsrates wurde beschlossen, wegen der Errichtung eines Gewerksgerichts nachmals an die Gemeinde Friedenau zu petitionieren, da sich der Mangel einer solchen Einrichtung bei der großen Anzahl der am Orte tätigen Arbeiter und Unternehmern immer fühlbarer macht. Es ist für den liberalen Geist der Gemeindevertretung charakteristisch, daß sie die erste Petition mit der Begründung ablehnte, eine rechtliche Verpflichtung zur Schaffung eines Gewerksgerichts bestünde erst dann, wenn die nächste Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner ergäbe. Dabei weiß jedes Kind, geschweige die Brüder der kerulischen Sessel in Friedenau, daß der Ort längst sogar mehr als 30 000 Einwohner hat. Zur Agitation unter den hiesigen Gemeindegliedern wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Hagen, Böhlmann, Seliger und Olschky gebildet. Es fehlten die Vertreter der Bauarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Maschinisten und Heizer.

### Wilmerdorf-Schmargendorf.

Ein hygienischer Lichtbildervortrag über die Krankheiten Weiteiden und ihre soziale Bedeutung, veranstaltet vom Vorstand der Gemeinlichen Ortskrankenkasse, findet heute abend 8 1/2 Uhr in der Aula des Biemarckgymnasiums, Polzbürger Str. 30/32, statt. Vortragender ist Herr Dr. Braun. Da der Eintritt unentgeltlich ist, wird ein reger Besuch erwartet.

### Rixdorf.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr in dem Hause Juliusstr. 18 ereignet. Dort wohnt im Kellergehörs der Kurier Kamm. Als gestern nachmittags Frau K. auf kurze Zeit die Wohnung verlassen hatte, wollte ihr fünfjähriger Sohn Otto, der mit anderen Kindern auf der Straße spielte, in den Keller hinuntersteigen, um sich ein Spielzeug zu holen. Dabei trat der kleine Otto auf einen Nagel, wodurch er sich einen schweren Schaden zuzugab, der sich in eine tiefe Wunde entwickelte. Die Mutter, die sich sofort in die Wohnung begab, sah, daß der kleine Otto sich einen schweren Schaden zuzugab, der sich in eine tiefe Wunde entwickelte. Die Mutter, die sich sofort in die Wohnung begab, sah, daß der kleine Otto sich einen schweren Schaden zuzugab, der sich in eine tiefe Wunde entwickelte.

Auf dem Wege von der Eisenstraße, Treptow, nach der Panierstraße, Rixdorf, ist am Sonnabend eine Damenuhr verloren gegangen. Da es sich um ein Andenken handelt, wird der Finder der Uhr gebeten, dieselbe bei H. Pauls, Rixdorf, Panierstr. 5, vorn III, abzugeben.

### Adlershof.

Wir marschieren! In der letzten guldgesuchten Generalversammlung wurden 104 Mitglieder neu aufgenommen. Nach dem Vorstandsbericht des Genossen Ligner haben im ersten Quartal stattgefunden 1 General-, 1 Mitglieder-, 7 öffentliche Versammlungen und 11 Vorstandssitzungen. Ligner erläuterte die rege Agitationsarbeit im Wahlrechtskampfe. Er ersuchte die Genossen, einflußreich der neu aufgenommenen, sich an den Parteiarbeiten fleißig zu beteiligen, um im nächsten Quartal mit ebenbürtigen neuen Kämpfern antreten zu können. Der Kassenbericht des Genossen Hage ergab eine Einnahme von 803,80 M., eine Ausgabe von 810,48 M. Der Mitgliederstand betrug am 31. März 683. Der Expeditionsbericht des Genossen Schwarzlose weist eine Einnahme von 2253,06 M., eine

Ausgabe von 2151,08 M. auf. Die Zahl der „Vorwärts“-Lese betragt 650. Den Bericht vom Bildungs- und Jugendauschuss gab Genosse Horkly. Redner teilte mit, daß jeden Mittwoch, nachmittags von 4 bis 5 Uhr im Jugendheim die Kinderbibliothek geöffnet ist. Genosse Poppe gab bekannt, daß unsere diesjährige Weisfeier bei Böllstein abgehalten wird. Die Vormittagsversammlung findet mittags 12 Uhr bei Paier statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Hagedorn und des Genossen Köhler in der üblichen Weise. Gleichzeitig gedachte der Vorsitzende des Hinscheidens unseres nach Berlin verzogenen Genossen Piontel.

### Zegel.

Die Gemeindevertretung von Zegel hat in ihrer letzten Sitzung die wider alles Recht zustande gekommenen Gemeindevorstandswahlen für gültig erklärt.

### Bernau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung stimmte der Magistratsvorlage betreffend den Ankauf eines Teiles des Schöneberger Grundstücks an der kleinen Mühle zum Preise von 4000 M. zwecks Verbreiterung der Bernauer-Canal zu. Der Schulhausanbau wurde dem Maurermeister Gruppe-Bernau als Mindestfordernden zum Preise von 53 670,34 M. übertragen. Derselbe ist verpflichtet, bei Vermeidung einer Konventionalstrafe, den Bau bis spätestens 15. Oktober 1910 fertigzustellen. Mit dem Bau eines eigenen Wasserwerkes wird nunmehr in diesem Frühjahr begonnen; das Werk soll im November d. J. bereits fertiggestellt sein. Von der Versammlung wurde dem Vorschläge der Wasserleitungs-Kommission, die Veranschlagung der Vorarbeiten und Arbeiten für das Wasserwerk in 12 Losen zu vergeben, nach längerer Diskussion zugestimmt.

### Notawales.

Mit einer für die Hausweber wichtigen Angelegenheit hat sich der Vorstand der Gemeinlichen Ortskrankenkasse für Notawales und Umgegend zu beschäftigen. Nach dem Statut der letzteren sind auch die Hausindustriellen verpflichtet, der Kasse als Mitglieder anzugehören. Die Mehrzahl der Hausweber gehörte jedoch der Ortskrankenkasse bisher nicht an, sondern war in der sogenannten Meisterklasse verzeichnet, welche aber nur den Charakter einer Zuschußkasse hat. Da diese Kasse nun den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt und auch ihren statutarischen Verpflichtungen schwerlich noch lange nachkommen können, ersucht der Vorstand der Weberinnung auf eine Anfrage vom Landrat die Mitteilung, daß sich die Hausindustriellen Weber bei der Ortskrankenkasse zu versichern haben; letztere habe jedoch das Recht, von jedem sich Meldenden für zwei Jahre die Beiträge nachzuverheben. Der Vorstand der Weberinnung richtete darauf ein Gesuch an die Ortskrankenkasse, in Verhandlungen einzutreten zwecks Aufnahme sämtlicher Mitglieder der Meisterklasse gegen eine einmalige Entschädigung durch eine festzusetzende Pauschalsumme. Dieses Gesuch lehnte der Vorstand der Ortskrankenkasse ab, da sich in der Meisterklasse viele Mitglieder befinden, die nicht in die Ortskrankenkasse aufgenommen werden können. Angesichts der Tatsache, daß die Weber meist alte Leute sind, welche die Unterhaltungsbeiträgen der Ortskrankenkasse sehr stark in Anspruch nehmen werden, wurde vielmehr beschossen, von den sich zur Aufnahme meldenden Webern die geschuldigte Nachzahlung der Beiträge für die letzten zwei Jahre zu verlangen. Um jedoch unnötige Härten zu vermeiden, ist es den sich Meldenden freigestellt, ihre Verpflichtungen ratenweise zu erfüllen.

Die Abhaltung von Bezirksabenden wurde in der letzten Versammlung des Wahlvereins beschlossen; dieselben sollen alle 14 Tage nach den Wahlvereinsversammlungen stattfinden und der Aufklärung sowie dem besseren Zusammenhalt der Mitglieder dienen. — An Stelle des Genossen Singer, welcher seinen Posten als Schriftführer niedergelegt hat, wurde Genosse Rottstock gewählt. — Für Bibliothekswende haben die Maurer 25 M., die Schuhmacher 10 M., die Radfahrer 20 M. und das Gewerkschaftsamt 80 M. abgestellt, was die Versammlung dankend quittierte. — Der Vorsitzende teilte mit, daß die „Vorwärts“-Abonnenten, welche die Frühjahrsnummern, vom 1. Mai ab das Blatt am Bahnhof durch den Expediteur ausgehändigt erhalten können. — Sodann hielt Genosse Grühl einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Gemeindevotat. Redner erläuterte die einzelnen Positionen desselben und betonte, daß die bürokratische Gesetzgebung Preußens sich vielfach als Hemmschuh für die Entwicklung der Gemeinden erweise; ein großer Mißstand sei es, daß sich in der Nähe Berlins Gemeinden bilden können, die nur aus reichen Leuten bestehen, was durch den Erfolg von Bauordnungen, die die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern verbieten, ermöglicht werde, wodurch andere Gemeinden ihre besten Steuerzahler verlieren.

Eine Verbesserung der Verhältnisse sei erst durch eine andere Zusammenfassung des preussischen Landtages möglich, weshalb es unsere Pflicht sei, den Wahlrechtskampf mit aller Energie weiterzuführen. In der Diskussion beleuchtete Genosse Hoffmann den Etat von der sozialen Seite und erklärte, daß derselbe sehr viel zu wünschen übrig lasse; die Einrichtungen der Gemeinde, welche im Interesse des größten Teiles der Einwohnerschaft wirken, seien in sehr rückständiger Verfassung, wie z. B. die Volksschulen; von größeren Aufgaben, wie der Wohnungsfürsorge, sei überhaupt nichts im Etat vorhanden, während die Ausgaben für Zwecke, die den Besitzenden zugute kommen, immer höhere werden. Unseren Gemeindevotarien biete sich noch ein reiches Feld der Betätigung, welches sie nach Kräften ausnützen mögen. Genosse Gomoll bemerkte, so schlecht, wie der Vorredner es dargestellt habe, sei es in unserem Orte nicht; wir hätten in den letzten 20 Jahren manche Fortschritte in der Gemeinde gemacht, wofür man der Gemeindevertretung die Anerkennung nicht verweigern könne. Man könne nicht alles auf einmal einführen, das würde die Steuerzahler zu sehr belasten. Genosse Grühl erklärte, daß er diesen Ausführungen nicht zustimmen könne. Man dürfe sich nicht nach den Gemeindevotari, in denen es noch schlechter aussehe; die Sozialdemokraten hätten die Pflicht, die Mißstände aufzudecken und für Besserung einzutreten. Genosse Hoffmann äußerte sich in demselben Sinne und betonte, daß die Kosten der Strafenpflasterungen, Kanalisation zum größten Teil auf die Mieter abgewälzt worden seien, was durch die ungewohnt gestiegenen Wohnungspreise bewiesen werde. — Hierauf gab Genosse Richter den Kassenbericht vom 1. Quartal, der sich in Einnahme auf 911 M. und in Ausgabe auf 895 M. beläuft, wovon 607 M. an die Kreisbehörde abgeliefert sind. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf 751 männliche und 45 weibliche Genossen. Hierauf wurde die sehr zahlreich besuchte Versammlung, in der 37 Genossen aufgenommen wurden, geschlossen.

## Vermischtes.

### Explosion in einer Streichholzfabrik.

11 Tote, 18 Schwerverwundete.

Eine entsetzliche Katastrophe hat sich gestern vormittag in der Palkffischen Streichholzfabrik in Szeged, Ungarn, ereignet. Während der Betrieb in voller Tätigkeit war, erfolgte eine Kessel-explosion; zehn Mädchen und ein Mann wurden dabei getötet, siebzehn Mädchen und ein Mann wurden schwer verletzt.

Die Explosion im Kesselhause war so gewaltig, daß das Gebäude, in dem das Kesselhaus sich befand, vollständig zertrümmert wurde. Auch die beiden an das Kesselhaus angrenzenden Gebäude wurden bis auf den Grund niedergeworfen. Von dem gewaltigen Luftdruck wurden ferner zwei entfernter liegende Häuser arg beschädigt. In den Mauern zeigen sich große Risse. Der 40 Zentner schwere Kessel wurde durch das

Dach hindurch über 20 Meter hoch geschleudert. Bei der Explosion spielten sich unbeschreibliche Szenen ab.

### Rekordflug des Aviatikers Paulhan.

Einem Telegramm aus Paris zufolge unternahm Paulhan gestern nachmittags mit seinem Zweibecker einen Flug von Chevilly bei Orleans nach Vouan bei Nogent sur Seine und legte diese 190 Kilometer lange Strecke in ungefähr 8 1/2 Stunden zurück. Während des Fluges hielt Paulhan, der aus Mangel an Benzin landen mußte, beständig eine Höhe von 600 bis 600 Meter inne.

### Abgestürzte Aviatiker.

Mit der Entwicklung der Flugtechnik mehrten sich naturgemäß auch die Unglücksfälle, denen die waghalsigen Eroberer der Luft bei ihren Versuchen ausgesetzt sind. Nicht weniger als drei Abstürze meldete gestern der Telegraph.

Auf dem Exerzierplatz bei Minden i. B. stürzte der Aviatiker Schlüter aus Frankfurt a. M. mit seinem Zweibecker ab. Er erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Armbruch. Der Apparat wurde bei dem Absturz vollständig zertrümmert.

Durch Versagen des Motors stürzte der Flugapparat des Aviatikers Oreguet, der in dem Aerodrom in Douai Versuchsflüge unternahm, aus einer Höhe von 20 Meter ab. Oreguet trug schwere Wunden am Kopfe und sonstige Verletzungen davon.

Bei einem Fluge über dem Meere stürzte bei Rizza der Aviatiker Rougier mit seinem Aeroplan ab. Der Flugkünstler hat dabei Verletzungen im Gesicht davongetragen; der Flugapparat ist verloren.

### Ein bedeutender Zeitgenosse.

Die „Saarbrücker Zeitung“ teilt ihren Lesern folgende wichtige Nachricht mit: „Viele Landleute unserer Provinz nehmen auch im Norden Deutschlands bevorzugte Stellungen ein. Ein Sohn unserer Stadt Jakob Lang, ist seit anderthalb Jahren bei der Firma Franz Herchenröder in Kiel als Freiseur tätig und ist nur allein zur Bedienung des Prinzen Heinrich für „Daar“ und Parischneiden ins königliche Schloss befohlen.“

Hoffentlich tritt bald ein Komitee zusammen, um Herrn Jakob Lang, unter dessen Schere der Prinz Heinrich Haare lassen mußte, ein Denkmal zu setzen!

### Bergsturz.

Nach einer Kabelmeldung aus Du bed ging in der Nähe von Cataque ein Bergsturz auf einen Arbeiterzug nieder. 25 Arbeiter wurden getötet.

### Zugendwächter.

Antwerpen, 19. April. Die Polizei brang gestern in das Moderne Theater ein, wo augenblicklich eine Reue aufgeführt wird, welche reich an sehr freien Ausdrücken und Szenen ist. Der Saal war voll geproßt und der erste Akt hatte bereits sein Ende erreicht, als der Untersuchungsrichter und der Polizeikommissar mit 20 Polizeianten in den Saal einbrangen und drei Schauspielerinnen verhafteten. Dieselben wurden einem Verhör unterzogen und wegen Vergehens gegen die guten Sitten werden sie vor Gericht gestellt werden. Dieser Vorfall hat im Theater große Aufregung hervorgerufen.

Kleine Notizen. In Hegat (Ungarn) ereigneten sich in den letzten Tagen 15 Fälle von Genickstarre, von denen zehn tödlich verliefen. — Aus Roche hat der Brauereibesitzer Andreas Knobloch aus Wism in Böhmen seinen Schwager, einen Buchbinder Schmidt, erschossen. — Bei einem Spazierritt in der Umgebung Budapests stürzte der Hauptmann Karl Rajerz am Sonntag früh vom Pferde. Bei dem Sturz erlitt Rajerz eine Gehirnerschütterung. Erst nach 30 Stunden wurde der Verunglückte in bewußtlosem Zustande aufgefunden.

Berein ehemaliger Weibler zur Bekämpfung der Lungentuberkulose. Heute Mittwoch, den 20., abends 9 Uhr, im Rosenhauer Hof, Rosenhauer Str. 11/12: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen. — Leo- und Distriktsklub Baumkühlweg. Heute (Mittwoch) abends 9 Uhr im Lokale von Gögens, Baumkühlweg 27: Sitzung. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leo- und Distriktsklub Heinrich Heine. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Holz, Rodenbergstraße 3. Gäste willkommen.

Leo- und Distriktsklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Götlicher Straße 58: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Gladof über: Die Reichsverfassung. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leo- und Distriktsklub „Karl Marx“. Heute abend bei Gummel, Sophienstr. 6: Außerordentliche Generalversammlung.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz findet Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Nr. 174, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends statt. Jeder Auftrag ist ein Quatzen und eine Zahl aus dem Zeichen beizugeben. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Einige Fragen tragen man in der Ehrenkranz vor.

H. V. Ersuchen Sie vom Genossen Sassenbach, Engelstr. 15, das von ihm herausgegebene Verzeichnis — H. 2. 21. 1. Ja. 2. Bielefeld, Müllerstr. 177. 3. 1 M. — H. 2. 21. 1. Adm. 1. 1. 197. H. 2. 20. 1. 2. 8. und 4. Im zweimächtigsten bei dem Kaiserlich Deutschen Generalkonsulat in Randa. 5. Ja. — Körner. 1. Fern die Adresse des Schuldners durch Nachfragen bei den Einwohnermeldeämtern Berlin und seiner Vororte und durch Nachforschungen bei der Gelmalbehörde nicht zu ermitteln und eine Frist nicht vereinbart ist, so kann der Verkauf durch öffentliche Versteigerung fruchtlos erfolgen. 2. Die Bestimmungen des neuen Vertrages sind maßgebend. 3. und 4. Kleine, aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen müssen am ersten Quartalsstage — nicht mittags — mittlere, aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen müssen am zweiten Quartalsstage, mittags 12 Uhr, geräumt sein. — H. 2. Reichstagswahl: 25 Jahre, Landtagswahl: 24 Jahre. — W. O. 28. Ein solcher Vertrag wäre wegen Interessenkollision nichtig. Sie müßten vorher bei dem Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Pflegers beantragen. — P. Ja. — B. Karl, Reinickendorfer-Bek. Auf Grund der vorgelegten, vom Rentendirektor genehmigten unterzeichneten und der Unterschrift nach beglaubigten Quittung erfolgt Zahlung auch an die Eltern — W. 2. 36. Parteiliche Arbeit nachweis für die Berliner Holzindustrie, Hermannstr. 13. — W. W. 12. Ja. — August Verberich. Reut. — P. 42. 1. Einnahme 450 M., sofern es sich um die bloße Veranlagung handelt. 2. Der Vertrag hat auch Gültigkeit ohne jede Veranlagung. — H. 2. 26. Auf Grund des § 186 event. auch des § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs. Strafbar. — J. H. 1. Für den Bezirk des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Verleumdungsstelle für Gerichtsbescheidungsstelle, Neue Friedrichstr. 12-15. — Paul 10. 1. Stellen Sie einen Antrag an das Nachlassgericht, das ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Vater seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. 2. Von einem Auktionsversteigerer zu wählenden Arzt. — H. 3. 1. An die Veranlagungskommission. 2. Der Vermieter haftet für den Schaden, wenn die Reparaturbedürftigkeit nicht durch die Verschulden entstanden und wenn nicht etwa im Vertrage bestimmt ist, daß die Reparaturen vorzunehmen lassen müssen. Sie können auch die Bäume selber reparieren lassen und die Kosten von dem Vermieter erstattet verlangen. — Pflegekind. Sie können sich noch an die Ballenhausdeputation wenden. — R. 411. 1. Die Anrechte sind infolge Rückverwertung von Marken über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus verloren gegangen. Sie hätten innerhalb je zwei Jahren mindestens 20 Marken selber haben müssen. 2. Ständesamtliche Geburtsurkunde. 3. Nein. — Thale 100. Jeder Erbanspruch unter 150 M. ist steuerfrei. Hat der Erbe dem Hausstande des Erblassers angehört und zu bemerken in einem Dienstverhältnis gestanden, so ist der Erbanspruch bis zu 900 M. steuerfrei. Die Höhe der Erbschaftsteuer ist verschieden, je nach dem Grade des Verwandtschaftsverhältnisses. Außerdem sind u. a. besetzt Ehegatten, eheliche und legitimierte Kinder, uneheliche Kinder in Ansehung des Erblassers der Mutter, Eltern und Großeltern. — Rixdorf 100. Wenn die Befähigung Karl bemerkbar ist, halten wir Sie zur Lösung des Mietsvertrages ohne Einhaltung der vertraglichen

**Ständigungsfrist für Berechtigten und den Vermieter zum Ende des etwa entstehenden Schadens für verpflichtet.** Fordern Sie aber, bevor Sie ausziehen, den Vermieter zur Befreiung des Mietschuldens unter Vorlegung eines angemessenen Pfandes auf. — **Gewerbeinspektion 9.** Das ist möglich, da die durch Gesetz festgelegte Mindestmiete von einer Stunde nur auf besonderen Antrag, wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter es erzwängen erscheinen lassen, von der Behörde gestattet werden darf. — **Elisabeth 21.** 1 und 2. Beglaubigung und Verwendung eines Stempels ist nicht erforderlich. — **G. 2. 4.** Der Provisionsatzung ist unbedingtel. Anders wäre die Frage zu beurteilen, wenn Sie die Entgegennahme der Kaufträge die im Verkehr übliche Sorgfalt in bezug auf Prüfung der Kreditfähigkeit der Kunden außer Acht gelassen hätten. **G. 2. 6. 100.** 1. Das Vormundschaftsgericht kann auf Grund des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Vater die elterliche Gewalt entziehen und zur Ausübung derselben einen Pfleger bestellen. Das Antragsrecht steht auch Ihnen zu. 2. Dadurch, daß Sie dem unehelichen Kinde Ihrer Frau, dessen Vater Sie nicht sind, Ihren Namen erteilt haben, ist die Vormundschaft nicht erloschen. Ihre Bestellung zum Vormund ist gültig. Es entscheidet das Vormundschaftsgericht. — **G. 158.** Drei Monate befristete, ohne Verpflichtung zur Anmeldung. — **Verden.** Ein lagbarer Anspruch auf Durchführung des Heilverfahrens besteht nicht. Gegen einen ablehnenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt können Sie jedoch Beschwerde beim Reichsversicherungsamt führen. — **Schwetz 584.** 1. Nach

deutschen Gesetzen den Namen des Mannes. Die Wiederannahme des Mädchennamens ist nur nach rechtskräftiger Scheidung der Ehe zulässig. 2. Von dem eigenen Heimatort.

**Witterungsübersicht vom 19. April 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Stettin	761	S	4	Regen	9	Darmstadt	754	S	2	bedeckt	9
Hamburg	761	SSW	5	Regen	10	Petersburg	750	SW	1	Regen	6
Berlin	763	SSW	3	bedeckt	9	Stettin	760	SSW	4	bedeckt	9
Königsberg	767	S	4	Dunst	7	Breslau	754	SSW	3	bedeckt	8
München	771	S	3	bedeckt	7	Paris	770	SSW	2	bedeckt	13
Wien	767	SSW	4	bedeckt	9						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 20. April 1910.**  
Stetlich trübe und regnerisch, bei frühem westlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 4.	am 17. 4.	Wasserstand	am 18. 4.	am 17. 4.
Remel, Elbtal	186	+4	Saale, Großh.	107	+9
Pregele, Jüterburg	15	0	Saale, Spanbau	73	-1
Reichel, Thora	136	-14	Spre, Spremberg	130	-1
Oder, Ratibor	142	+4	Spre, Spremberg	74	0
Profen	105	0	Spre, Spremberg	87	-1
Frankfurt	115	-2	Spre, Spremberg	65	0
Salze, Schrimm	38	-2	Spre, Spremberg	18	-2
Saale, Landsberg	29	+6	Spre, Spremberg	400	+3
Rege, Borsdorf	12	-2	Spre, Spremberg	192	+8
Eibe, Leitzmeritz	10	+8	Spre, Spremberg	171	+1
Dresden	-117	+9	Spre, Spremberg	84	+19
Berlin	123	-3	Spre, Spremberg	139	-2
Magdeburg	111	-3	Spre, Spremberg	64	+1

+) + bedeutet Hoch, — Niedrig. — \*) Unterbecken.

**Bestellschein**  
für die Leser des „Vorwärts“

1-8 Worte lassen sich auf ein 6 Kilo-Paket versenden und kosten 50 Pfennig Porto. Auslandsendung a. Postkart. Genaue Adresse!

Hiermit bestelle ich unter Nachnahme bei Willibald Wendes Verlag, Berlin W. Lützowstraße 31.

**Karl Haversack** a. 9 M.

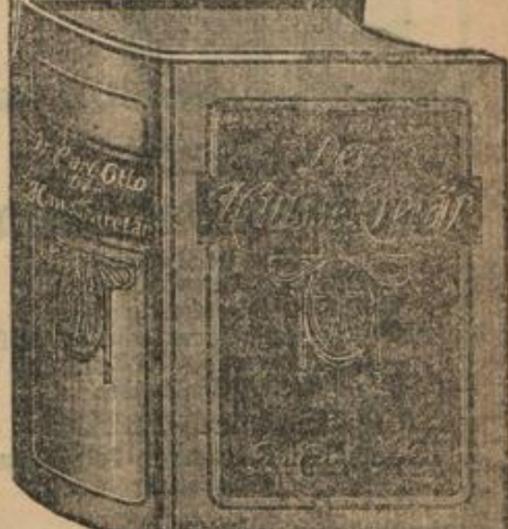
Umtausch oder Zurückgabe bereitwilligst gestattet.

**Angébot für die Leser des „Vorwärts“**

# Der Houssekretär

Neues Universal-Handbuch für den gesamten schriftlichen Verkehr, mit über **1000 Mustern** zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Anfertigung von Briefen in allen nur denkbaren Familienangelegenheiten, im Freundschafts-, gesellschaftlichen und Liebesleben, von Glückwünschen, Einladungen, Eingaben an Fürsten, an Regierungs-, Polizei-, Schul-, Gewerbe-, Steuer- und Kommunalbehörden, Klagen und Schriftsätzen in Kriminal-, Steuer-, Privat-, Konkurs- und allen anderen Rechtsachen, von Testamenten, Kontrakten, Lehr-, Kauf- und Verkaufsverträgen, von Schriftsätzen in Militär-, Berufs-, Gewerbe- und Geldsachen, von Vorlagen zu Geschäftsbriefen aller Art, nebst angefügter Anleitung zum Rechnen mit ganzen, Bruch- und Dezimalzahlen, einem ausführlichen Ratgeber im Zins-, Wechsel- und Scheckwesen, vielen Mustern zu Karten, Kartenbriefen, Postkarten, Telegrammen, Inseraten, zu Schriftstücken in den häufigsten Vereinsangelegenheiten sowie einem **Wörterbuch der Neuen Deutschen Rechtschreibung** und einem Verzeichnis der **gebrauchlichsten Fremdwörter**. Gesammelt u. herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Schriftsteller, Juristen, Handelslehrer und Gewerbetreibenden von **Dr. Carl Otto**. Das umfangreiche Werk enthält, was sein Titel verspricht, wer es besitzt, erspart den privaten Sekretär.

**Zirka 700 Seiten**  
Ganzleinerer Prachtband, Lexikonformat.  
Das Werk wird zu dem äußerst billigen Preise von nur **3 Mark** an die Leser des „Vorwärts“ abgegeben. Bestellungen sind unter Benutzung des nebenstehenden Bestellscheines einzusenden an **Willibald Wendes Verlag** Berlin W. Lützowstraße No. 31.



## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 20. April.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die Fledermaus.  
Königl. Schauspielhaus. Die drei Mosen.  
Deutsches. Jüdisch. Kammertheater. (Anfang 8 Uhr.)  
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeit der Sobeide. Wie er ihren Mann bezog.  
Rachm. 3 Uhr: Die Räuber. Komische Oper. Bestand. Festung. Landis der Rarr. Kleines. Lustspiel. Berliner. Laufen.  
Neues. Die goldene Axtzeit. Weisen. Die geschiedene Frau. Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Théodore u. Cie. Reizend. Das Nachspiel. Zehnte. Die Dorfmeister. Gebel. Das Reichthümchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Schiller O. (Wallner-Theater.) Goldene Herzen.  
Schiller Charlottenburg. Goldene Herzen.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Alt-Heidelberg.  
Volksoper. Die Baubest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Der Klapperstorch der Königin.  
Rosa. Des Meeres und der Liebe Wellen.  
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.  
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.  
Folies Caprice. Herr Wasserkopf. Der Luftturner. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Berlin bei Nacht.  
Gebr. Herrnsfeld. Uebergang. Die Endlich allein. Die letzte Ehre.  
Apollo. In den Katakomben von San Francisco. Spezialitäten.  
Wahne. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Bogenhofen. Spezialitäten. (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
Urania. Laubestraße 48/49. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten. Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.  
Lessing-Theater. Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert. Freitag, 8 Uhr: Blüthenkranz, erste Vorstellung, neu einstudiert: Der Hund der Jugend.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
**In den Dolomiten.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr: Anf.-Galtsp. d. Neuen Schauspielhauses **Alt-Heidelberg** mit Karl Heinz u. Harry Walden. Morgen und folgende Tage: **Alt-Heidelberg.**  
Neues Operntheater.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Der Graf von Luxemburg.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigtem Preise: **Der Zigeunerbaron.**

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Leutnantsmündel**  
Residenz-Theater  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Das Nachtlicht.** (Le Gigolet.)  
Schwan in 3 Akten v. H. Ramacolis. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Volksoper.**  
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Zauberflöte.**  
Luisen-Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Klapperstorch der Königin.**  
Satirische Komödie in 3 Akten von Carl Hülshof.  
Donnerstag, Freitag: Das Geheiß des Heryens.  
Sonntagabend: Weihenheffer.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Goldene Herzen.**  
Goldstück in 4 Akten v. E. Staudel. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Katakomben.**  
Freitag, abends 8 Uhr: **Goldfische.**  
Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Goldfische.**  
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Stadelburg. Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Hans Lange.**  
Freitag, abends 8 Uhr: **Hans Lange.**

**Voigts Krampenburg,**  
an der Großen Strampe, eignet sich infolge seiner einfachen, romantischen Lage ganz besonders zu **Ausflügen für Vereine, Fabriken und Schulen.**  
Säle von 100-3000 Personen fassend.  
Jeden Sonntag Dampfer-Extrafahrten der Reederei Nobiling. Abfahrt früh 9 Uhr, nachmittags 2 1/2 Uhr ab Jannowitzbrücke.  
Hochachtend **R. Voigt.** — Amt Köpenick 227.

**Zirkus Colombo**  
Magazinstr. 6/7, am Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
14 Attraktions-Nummern.  
**Fontane u. Gerard,** renommierte Reitanstler.  
**Herrnsfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. u. N. 4. 5083.  
Anfang 8 Uhr.  
Endlich allein.  
Die letzte Ehre.  
Sonntag, den 23. April: **Premiere** der Novitäten **Wenn zwei dasselbe tun.** Eine Kontraverg-Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld. **Ein starkes Stück.** Schwan von J. Dorf. Bistets zur Premiere bereits zu haben.

**Zirkus Busch.**  
Heute, Mittwoch, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr präz.: **Gr. Gala-Vorstellung.**  
**Dompteur Henriksen** in s. 10 wilden Tigern. (völlig unerreichte konkurrenzlose Dressur.)  
Die ber. Max Grix-Grigory-Truppe. **Geschw. Füllis** in ihren Produktionen d. hohen Schule. Hr. E. Schumann, Neudressur. **Zwerge von Francois.** Kunstr. 9 1/2 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr.  
**Marja!**  
Vorher das große Galaprogramm.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
Burgtheater-Kinematograph  
vorm. Grotzerjan, Inh.: Rud. Herz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.  
**Lebende Photographien.**  
Bogenstr. 39 u. 40 Pl. Anfang 7 Uhr. Sonntag 30, 40 u. 60 Pl. Unt. 4 Uhr. Vorzugskarten nur Sonntagsgültig. 25 Pl. auf allen Plätzen.  
**Stets wechselndes Programm.**  
Seden Sonntag im Oberaal:  
**Künstler-Konzert.**  
Entree 15 Pl. Garderobe 10 Pl. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Berliner Theater.**  
Gute 8 Uhr: **Taifun.**  
Morgen: **Taifun.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Die goldene Ritterzeit.**  
**Theater des Westens.**  
Gute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Die geschiedene Frau.**  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Ein Wolgetraum.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Des Meeres und der Liebe Wellen.**  
Krausenplei in 5 Akten v. Grillparzer. Donnerstag: **Prezioso.**  
Freitag: **D. W. Ferrer v. Kirchfeld.**  
Kottbusser Straße 8.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Morgen, Donnerstag:  
**Große Elite-Soiree**  
**Neues hochaktuelles Programm.**  
J. Schuh: Tanzkränchen. Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
Sonntag 8 Uhr: Drei Paar Schuhe  
ab. 8 Uhr: Das vollständig neue Programm.  
60 erstklassige Kritiken!  
9 Uhr: **Moran und Wisor,** Sensation. Jongleure mit Hüten.  
10 Uhr: **Gelechts Juwelen.**  
20 englische Badfische 20 Jung-England in Berlin. Einzige explizit. Exensible dieser Art.

**WINTERGARTEN**  
**Cleo de Merode.**  
Siegwart Gentes in seinem Sketch: **„Eine Opernprobe.“** Rosina Casselli mit ihrem Miniatur-Wunderhündchen.  
**Paul Conchas** der Arme-Herkules in seiner Szene: **„Im Feldlager“** und das bunteschwelende **April-Programm!**  
**W. Noacks Theater**  
Gartenstr. 15, am Rosenthaler Tor  
**Die Blinde von Paris.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Hermann. Donnerstag zum letztenmal:  
**Kean.**

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Gussy Holl** die reizende Parodistin  
**Ayoe** die dänische Vortragsdiva  
**Georg Kaiser** und 14 erstklassige Varietè-Attraktionen.

**Passage-Panoptikum.**  
!!! Lebend!!!  
**Prinz Atom** der kleinste Mensch der Welt.  
**Buddhas Wandertafel.**  
Weiß Kann Schreibe **Alles!**  
Alles ohne Extra-Entree!

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, 21. April 1910:  
Auf Wunsch zum erstenmal wiederholt!  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Aufz. von Hermann Subermann.  
Groß Trast-Saarbr.: Hans Reih.  
**Königstadt-Kasino.**  
Hohenzollernstraße 72.  
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten. Um 9 Uhr:  
**Der Segen kommt von oben.**  
Ländl. Singpiel v. R. Hohenfels.  
Reut! Ths 3 Albertos, Phänomen.  
Krausenplei v. Mstr. Ottokar, Trapez doulans x Erieh Castelli.  
Frans Sobanski usw.

**Walhalla-Variete Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenh. Tor. — Anfang 8 Uhr. —  
Spezialitäten-Programm.  
Tunnel: Die allgerühmte Kanone  
Theaterbesucher freien Eintritt.  
**Casino-Theater**  
Volksring Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Trotz des sensationellen Erfolges nur noch bis zum 13. Mai:  
**Berlin bei Nacht.**  
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:  
**Familie August Knoche.**  
Sonnt. 4 U.: Trübsens Sommerreise.  
**Voigt-Theater**  
Geundbrunnen Badstr. 68  
Voranzeige!  
Freitag, den 22. April 1910:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Voll in 4 Akten von F. und P. Schönthan.  
Raffensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Das wunderbare **April-Program.**  
**Siliputaner-Truppe** profangiert.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Tenoristen-Vogel.  
Ein Künstlerleben v. Noysel  
Anfang:  
Bogenstr. 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.  
**Frankes Festsäle**  
Badstraße 19.  
Heute sowie jeden Mittwoch:  
**Paul & Springers**  
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Rauchen: Tanz.  
**Städtebau-Ausstellung**  
1. Mai bis 15. Juni. Eintritt 1 M.  
Königl. Akademische Hochschule  
Hardenbergstr. 33.  
Waldgärtel Sport- u. Spielplätze, Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme, Innenstadt Vororte. Gartenstädte Arbeitersiedlungen. Groß-Berlin, 2. Mai: Vortrag, 8 Uhr: Landbau Prof. Goecke: Welche Erwartungen dürfen wir an das Ergebnis des Wettbewerbs Groß-Berlin knüpfen? (Lichtbilder.)  
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

